



Beteiligungsbericht

des Landkreises Dahme-Spreewald für das Jahr 2021

(Anlage 5 zum Gesamtabschluss 2021)

A decorative graphic at the bottom of the page consisting of overlapping wavy shapes in green, yellow, and blue.

Herausgeber
Landkreis Dahme-Spreewald

Verantwortlich
Dezernat für Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit und Recht
Amt für Wirtschaft und Tourismus
Weinbergstraße 1
15907 Lübben (Spreewald)
Telefon: 03546/20-1357
Telefax: 03546/20-1308
E-Mail: wirtschaft@dahme-spreewald.de

Stand
Dezember 2022

Inhalt

Vorwort	5
Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen	6
Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen	7
Kennzahlenanalyse der Beteiligungen im Vergleich	9
Wesentliche finanzielle Auswirkungen der Beteiligungsunternehmen auf den Haushalt des	11
Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2021	

Verkehr

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH	13
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	24

Standortentwicklung und Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH	34
Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH	46
Wirtschaftsregion Lausitz GmbH	54
BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH	63
I.N.A. Lieberoser Heide GmbH	73

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	80
Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH	92
Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH	98
Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH	104

Vermögensverwaltung

Teltower Kreiswerke GmbH	110
--------------------------------	-----

Sonstige Beteiligungen

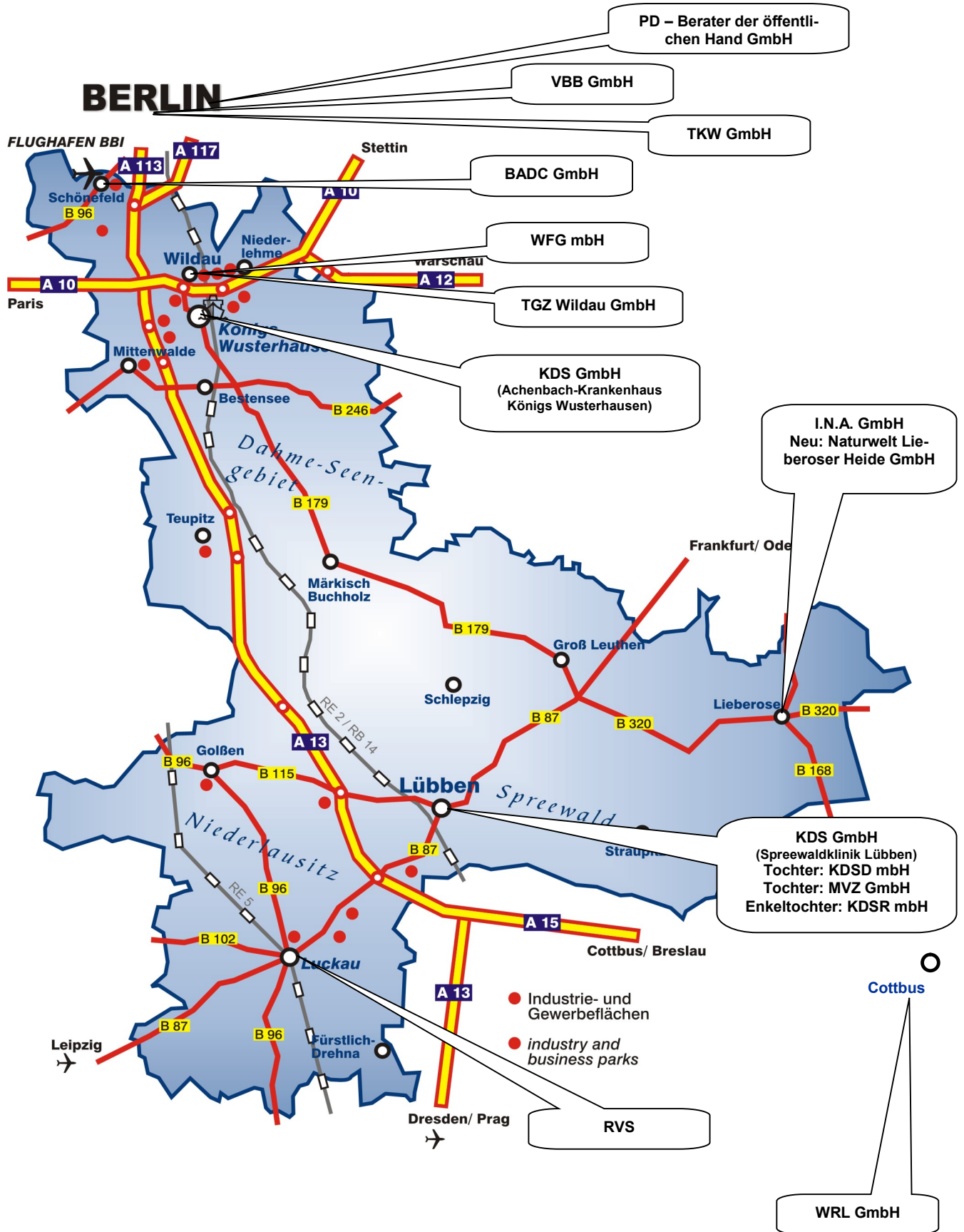
Partnerschaft Deutschland PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	118
---	-----

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV)	130
Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)	131
Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald	132

Abkürzungsverzeichnis	133
Anlage 1, Vertreter des Kreistages in den wirtschaftlichen Unternehmen	135

BERLIN



Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2021 haben Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich einen Gesamtüberblick über die ausgegliederten und finanzwirtschaftlich verselbständigten Bereiche des Landkreises Dahme-Spreewald zu verschaffen.

Das Leistungsspektrum der übertragenen Aufgaben der Daseinsvorsorge erstreckt sich dabei auf die Bereiche Verkehr, Standortentwicklung, Wirtschaftsförderung sowie auf das Gesundheits- und Sozialwesen. Die kommunalen Unternehmen haben einen hohen Anteil daran, dass der Landkreis Dahme-Spreewald seinen Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität auf zahlreichen Gebieten ermöglichen kann.

Basierend auf den Anforderungen des § 61 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) werden im Beteiligungsbericht detaillierte Informationen zum Geschäftsverlauf der kommunalen Unternehmen gegeben. Auf der Grundlage der geprüften und festgestellten Jahresabschlüsse 2021 werden Einblicke und Erläuterungen in die jeweilige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Aussagen zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der unmittelbaren Beteiligungen geliefert. Darüber hinaus enthält der Beteiligungsbericht Informationen über die mittelbaren Beteiligungen sowie Aussagen zu den Zweckverbänden, in denen der Landkreis Dahme-Spreewald Mitglied ist. Ergänzend ist er Informationsquelle über die Finanzverflechtungen zwischen dem Haushalt des Landkreises und den kommunalen Gesellschaften.

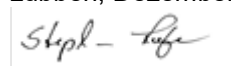
Das Beteiligungsspektrum des Landkreises Dahme-Spreewald erstreckt sich auf zehn Unternehmen. Die Unternehmen sind ausschließlich Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH). Drei davon befinden sich im Alleineigentum des Landkreises Dahme-Spreewald. Darüber hinaus ist der Landkreis Mitglied in Zweckverbänden und hat Stimmrechte in einer Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die Auswertung der Unternehmenszahlen zeigt, dass auch 2021 insgesamt als ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr zu werten war, obwohl die besonderen Herausforderungen der Corona-Pandemie auch den Beteiligungsunternehmen im Landkreis Dahme-Spreewald in sehr unterschiedlichen Bereichen Kräfte und Ressourcen gekostet haben. Im Jahr 2021 konnten die unmittelbar beteiligten Unternehmen insgesamt 218,2 Mio. EUR Umsatzerlöse erwirtschaften und somit erneut den Vorjahreswert (184,9 Mio. EUR) übertreffen. Insgesamt umfasste das Beteiligungsspektrum des Landkreises ein Vermögen im Wert von ca. 309 Mio. EUR (Vj. 290 Mio. EUR). Die kommunalen Unternehmen stellten 2021, wie bereits in den Jahren zuvor, eine tragende Säule auf dem Arbeitsmarkt mit 1.719 Beschäftigten dar.

Auch zukünftig werden den Unternehmen des Landkreises ein hoher Stellenwert und Verantwortung beigemessen. Mit dem wirtschaftlichen Wachstum des Landkreises und dem demographischen Wandel verstärken sich die Anforderungen an die Daseinsvorsorge. Zielstellung bleibt weiterhin, mit den beteiligten Akteuren die soziale, technische und verkehrliche Infrastruktur im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises zu sichern. Dazu zählen neben einem attraktiven ÖPNV-Angebot, wirtschaftliche Entwicklungen zu forcieren und zu begleiten, die den Landkreis in seiner Position als attraktiver Wirtschafts-, Lebens- und Erholungsraum festigen und ausbauen.

An dieser Stelle danke ich allen Beschäftigten in den Unternehmen für ihre tägliche engagierte Arbeit und wünsche der interessierten Leserschaft eine aufschlussreiche Einsichtnahme in die Zahlen und Erläuterungen des kommunalen Beteiligungsbesitzes im Landkreis Dahme-Spreewald.

Lübben, Dezember 2022



Stephan Loge
Landrat



Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald einschließlich mittelbarer Beteiligungen

Verkehr	Standort-entwicklung	Arbeit, Gesundheit, Soziales und Sport	Beteiligung/Vermögensverwaltung
(RVS) Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH GF: Herr Richter Eigenbeteiligung: 100 %	(WFG mbH) Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH GF: Herr Janßen Eigenbeteiligung: 100 %	(KDS GmbH) Klinikum Dahme-Spreewald GmbH GF: Herr Kabiersch (bis 30.09.2021) Herr Dr. von Klitzing (ab 01.10.2021) Beteiligung: 51 %	(TKW GmbH) Teltower Kreiswerke GmbH GF: Frau Groß (ehem. Hansel) Beteiligung: 40,7 %
(VBB GmbH) Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH GF: Frau Henckel (bis 18.04.2022) Herr Andreas Kuck, Herr Fuchs (interimistisch) ab 19.04.2022 Beteiligung: 1,85 %	(TGZ Wildau GmbH) Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH GF: Herr Janßen Beteiligung: 100 %	(KDSD mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH GF: Herr Kabiersch (bis 06.10.2021) Herr Dr. von Klitzing (ab 06.10.2021) Herr Schulte <i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS):</i> 100 %	(PD) PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH GF: Herr Beemelmans, Herr Wechselmann Beteiligung: 0,085 %
	(WRL GmbH) Wirtschaftsregion Lausitz GmbH GF: Herr Jahn Beteiligung: 14,29 %	(MVZ GmbH) Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH GF: Herr Kabiersch (bis 06.10.2021) Herr Dr. von Klitzing (ab 06.10.2021) <i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDS):</i> 100 %	
	(BADC GmbH) Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH GF: Frau Girschick Beteiligung: 10 %	(KDSR mbH) Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH GF: Herr Kabiersch (bis 06.10.2021) Herr Dr. von Klitzing (ab 06.10.2021) Herr Schulte <i>Mittelbare Beteiligung (Tochter KDSD):</i> 100 %	
	(I.N.A. GmbH) NEU: Naturwelt Lieberoser Heide GmbH GF: Herr Janßen Beteiligung: 26,67 %		

Kennzahlenanalyse sowie Leistungs- und Finanzbeziehungen

Die Kennzahlenanalyse im Beteiligungsbericht 2021 basiert auf der Definition der Kennzahlenberechnung des Rundschreibens des Ministeriums des Innern zur Anwendung der Bestimmungen über die Erstellung und den Aufbau der Beteiligungsberichte gem. §§ 82 Abs. 2 S. 2 Nr. 5 bzw. 3 sowie 83 Abs. 4 S. 2 Nr. 5 BbgKVerf i. V. m. § 61 KomHKV vom 22.12.2009. Abweichungen zu den in den jeweiligen testierten Jahresabschlüssen der Gesellschaften ermittelten Kennzahlen sind daher möglich.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Die Anlagenintensität – das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen – ist eine Kennzahl zur Analyse der Vermögensstruktur. Eine hohe Anlagenintensität entspricht aufgrund der Kapitalbindung einem höheren Risiko. Bei einem Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) ist eine eher niedrige Quote charakteristisch.

$$\text{Anlagenintensität} = \text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zum Gesamtkapital (Bilanzsumme). Sie ist ein wichtiges Kriterium für die Kreditwürdigkeit bzw. Bonität eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote, umso höher kann die finanzielle Stabilität des Unternehmens und die Unabhängigkeit gegenüber Fremdkapitalgebern bewertet werden. 30% könnten als Richtwert dienen, wobei bei Wachstumsunternehmen auch Abschläge hingenommen werden müssen. Darüber hinaus kann der Eigenkapitalquote eine erweiterte Aussagekraft zukommen, indem zum bilanziellen Eigenkapital der anteilige Ausweis der Sonderposten, der grundsätzlich Eigenkapitalcharakter aufweist, zugerechnet wird. Dies wurde in Form einer weiteren Kennzahl ergänzend angegeben. Die Berücksichtigung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse von 50 % bzw. 100 % erfolgte im Einklang mit der Berechnung des jeweiligen Wirtschaftsprüfers und richtete sich nach dem Erfüllungsstand der mit den Investitionszuschüssen verknüpften Bedingungen.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \text{bilanzielles Eigenkapital} / \text{Gesamtkapital} \times 100$$

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{bilanzielles Eigenkapital} + \text{Sonderposten für Investitionszuschüsse}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100$$

Ein Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ergibt sich, wenn ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz vorliegt. Gemäß § 268 Abs. 3 HGB erfolgt der Ausweis des Fehlbetrages als letzte Position auf der Aktivseite. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).

Kennzahlen zur Finanzierung und Liquidität:

Mit der Anlagendeckung II erfolgt eine Gegenüberstellung von Anlagevermögen und langfristigem Kapital. Sie zeigt auf, zu welcher Quote das Anlagevermögen langfristig (durch Eigenkapital, langfristiges Fremdkapital sowie Sonderposten) finanziert wird. Ein Deckungsgrad von 90% bedeutet beispielsweise, dass lediglich 90% des Anlagevermögens langfristig und die restlichen 10% kurzfristig finanziert werden. Da das Anlagevermögen langfristig gebunden ist, sollte es i.d.R. auch langfristig finanziert werden. Gemäß der goldenen Bilanzregel sollte die Kennzahl im Optimalfall über 100 % liegen. Je weiter der Deckungsgrad II über 100% liegt, umso mehr ist neben dem Anlagevermögen auch das Umlaufvermögen durch langfristiges Kapital finanziert und damit eine höhere finanzielle Stabilität des Unternehmens gegeben. Von einer hohen Anlagenintensität und Anlagendeckung kann bei Dienstleistungsunternehmen (ausgenommen Immobilienbranche) nicht ausgegangen werden.

$$\text{Anlagendeckung II} = (\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital} + \text{SoPo}) / \text{Anlagevermögen} \times 100$$

Die Zinsaufwandsquote trägt indirekt zur Beurteilung der Finanzierung bei. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Eine hohe Zinsaufwandsquote weist auf eine hohe Liquiditätsbindung hin, die meist langfristiger Natur ist. Typische Richtwerte dieser Kennzahl existieren nicht.

$$\text{Zinsaufwandsquote} = \text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} / \text{Umsatzerlöse} \times 100$$

Die Liquidität 3. Grades ist die Gegenüberstellung des gesamten Umlaufvermögens und des kurzfristigen Fremdkapitals. Sie gibt Auskunft über die Solidität der kurz- bis mittelfristigen Finanzposition. Es ist eine Liquidität über 100 % anzustreben. Ein hoher Liquiditätsstand erklärt sich auch dadurch, dass zum Jahresende zum Beispiel noch hohe Zahlungseingänge zu verzeichnen waren, deren Verwendung jedoch erst im Folgejahr erfolgt. Verstärkt wird der Effekt, dass zusätzlich geringe kurzfristige Verbindlichkeiten und hohe kurzfristige Forderungen bestehen.

$$\text{Liquidität 3. Grades} = \text{Umlaufvermögen} / \text{kurzfristiges Fremdkapital} \times 100$$

Der Cashflow zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes aus der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in der zu betrachtenden Periode an. Die Kennzahl ist ein Ausdruck der Innenfinanzierungskraft und zeigt den umsatzbedingten Liquiditätszufluss bzw. -abfluss an. Für Zwecke der Information der verschiedenen Adressaten über den im Berichtszeitraum erwirtschafteten Erfolg des Unternehmens soll die vereinfachte Form des Cashflows genügen; abweichende Angaben zum Ausweis im Jahresabschlussbericht der Beteiligungen sind daher möglich.

$$\text{Cashflow} = \text{Jahresergebnis} + \text{Abschreibungen} \pm \text{Veränderung der langfristigen Rückstellungen}$$

Kennzahlen zur Rentabilität und Geschäftserfolg:

Die Eigenkapitalrentabilität kann als Ausdruck für die Leistungsfähigkeit des im Unternehmen arbeitenden Kapitals interpretiert werden. Die Zinszahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen arbeitenden Kapitals an. Gemäß § 92 Abs. 4 BgkVerf soll eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erwirtschaftet werden, soweit der öffentliche Zweck nicht beeinträchtigt wird. Als Richtwert kann eine marktübliche Eigenkapitalverzinsung zugrunde gelegt werden. Die jeweilige Branchenspezifika ist jedoch zu beachten. Zuschussunternehmen sind ebenfalls differenzierter zu sehen, bei ihnen steht ein Kostendeckungspotenzial im Vordergrund. Wird eine höhere Eigenkapitalrendite durch Substitution von Eigen- in Fremdkapital erzielt, steigt die finanzielle Abhängigkeit von Fremdkapitalgebern.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \text{Jahresüberschuss (Gewinn)} / \text{Eigenkapital} \times 100$$

Die Gesamtkapitalrentabilität eines Unternehmens gibt an, wie viel % des Gewinns auf das eingesetzte Gesamtkapital entfällt. Sie errechnet sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich der Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, dividiert durch das Gesamtvermögen. Die Gesamtkapitalrentabilität ist ein Maß dafür, wie effektiv das Unternehmen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gearbeitet hat. Im Bereich kommunaler Unternehmen mit Ausrichtung am Gemeinwohl ist eine angemessene positive Gesamtkapitalrentabilität anzustreben. Der Wert der Gesamtkapitalrentabilität sollte über 0 % liegen. Generell gilt: Je höher, desto besser.

$$\text{Gesamtkapitalrentabilität} = (\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}) / \text{Bilanzsumme} \times 100$$

Aufwandsseitig interessiert insbesondere die Bedeutung des Personalaufwandes für den Erfolg des Unternehmens. Die Personalaufwandsquote bildet das Verhältnis von Personalaufwendungen und der Gesamtleistung ab. Erwünscht ist eine möglichst niedrige Quote, da eine hohe Personalaufwandsquote einen hohen Fixkostenanteil bedeutet.

$$\text{Personalaufwandsquote} = \text{Personalaufwand} / \text{Gesamtleistung} \times 100$$

Als Gesamtleistung bezeichnet man die Summe der ersten 3 Posten der Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB). Die Kennzahl gibt an, was das Unternehmen insgesamt im operativen Geschäft an Leistungen erbracht hat. Zu den Umsatzerlösen werden die Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (Bestandsveränderung) sowie andere aktivierte Eigenleistungen (z.B. eine selbsterstellte Produktionsmaschine) addiert. Zuschüsse Dritter werden demnach nicht berücksichtigt.

$$\text{Gesamtleistung} = \text{Umsatzerlöse} + \text{Bestandsveränderungen} + \text{aktivierte Eigenleistungen}$$

Kennzahlenanalyse der Beteiligungen im Vergleich

Kennzahl in 2021	Beteiligungsquote über 50 %				Beteiligungsquote unter 50 %					PD
	WFG	RVS	TGZ	KDS	TKW	I.N.A	WRL	BADC	VBB	
	100%	100%	100%	51%	40,7%	26,67%	14,29%	10%	1,85%	
Anlagenintensität	87%	82%	67%	26%	13%	34%	4%	6%	9%	6%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	19%	48%	43%	67%	97%	15%	0%	9%	6%	69%
Eigenkapitalquote (mit SoPo)	42%	78%	49%	88%	97%	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	15%	wird nicht erhoben
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Anlagendeckung II	102%	105%	115%	332%	774%	45%	971%	149%	171%	1.202%
Zinsaufwandsquote	13%	0%	2%	0%	0%	-	-	0%	1%	0%
Liquidität 3. Grades	114%	116%	132%	332%	2.935%	90%	149%	103%	106%	302%
Cashflow	1.911 TEUR	836 TEUR	197 TEUR	8.776 TEUR	62 TEUR	13,7 TEUR	353 TEUR	65 TEUR	-1.621 TEUR	8.211 TEUR
Eigenkapitalrentabilität (ohne SoPo)	0%	0%	0%	3%	5%	INA weist keinen Gewinn aus	0%	22%	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	40%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	3%	2%	5%	INA weist keinen Gewinn aus	37%	2%	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	28%
Umsatz	3.386 TEUR	6.937 TEUR	507 TEUR	110.654 TEUR	230 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	2.243 TEUR	558 TEUR	93.702 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss) *	4.221 TEUR	8.526 TEUR	618 TEUR	110.643 TEUR	236 TEUR	0 TEUR	0 TEUR	1.810 TEUR	1.154 TEUR	94.040 TEUR
Personalaufwandsquote	25%	123%	0%	56%	13%	-	-	10%	43%	45%
Anzahl der Mitarbeiter (ohne Fremdfinanzierung)	12	249	0	809	1	2	17	3	122	519
Jahresüberschuss /- fehlbetrag	-82 TEUR	-193 TEUR	-40 TEUR	3.206 TEUR	68 TEUR	0 TEUR	298 TEUR	55 TEUR	0 TEUR	12.703 TEUR
Bilanzsumme	49.518 TEUR	21.156 TEUR	995 TEUR	180.028 TEUR	1.411 TEUR	494 TEUR	799 TEUR	2.821 TEUR	5.463 TEUR	46.041 TEUR

*EK mit SoPo: WFG mbH, TGZ Wildau GmbH mit Anrechnung 50 % SoPo, KDS GmbH, VBB GmbH mit Anrechnung 100 % SoPo

Die Gesamtbetrachtung des Beteiligungsengagements des Landkreises Dahme-Spreewald zeigt, dass die wirtschaftliche Betätigung auch im Haushaltsjahr 2021 als positiv gewertet werden kann. So kann der künftige Fortbestand jedes einzelnen Unternehmens als nicht gefährdet eingeschätzt werden.

Die Auswertung der Kennzahlenanalyse (S. 9) ergibt, dass die Unternehmen WFG, RVS, TGZ, KDS, TKW und PD den Zielwert einer Eigenkapitalquote (teilweise unter Anrechnung des Sonderpostens) von ca. 30 % erreicht bzw. überschritten haben und somit über eine solide Eigenkapitaldecke, gemessen am Verhältnis zur Bilanzsumme, verfügen. Mit 97 % wurde bei der TKW GmbH eine überdurchschnittliche Eigenkapitalquote ausgewiesen. Durch die Erzielung von jährlichen Jahresüberschüssen erhöhte sich sukzessive das Eigenkapital.

Bei den restlichen Beteiligungen (INA, BADC, WRL, VBB) konnte die Zielquote per Definition nicht erreicht werden. Die INA, BADC und die VBB erfüllten die Zielquote strukturell bedingt nicht, sind aber ebenfalls nicht als bestandsgefährdet zu bewerten.

Die Regelung des § 92 Abs. 4 BbgKVerf fordert, soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird und andere gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen, dass die kommunalen Unternehmen einen Jahresüberschuss erwirtschaften, der mindestens einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals entspricht, um so den Haushalt der Gemeinde bzw. des Landkreises nicht zusätzlich zu belasten.

Mit Verweis auf die Tabelle auf Seite 9 wurden im Geschäftsjahr 2021 Jahresüberschüsse als auch Jahresfehlbeträge erzielt. Angesichts der weiterhin rückläufigen Entwicklung der Kapitalmärkte und der schwierigen Bedingungen angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie konnten die wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises Dahme-Spreewald insgesamt betrachtet moderate Eigenkapitalrentabilitätsquoten erzielen. Die Spanne reichte dabei bis zu 40 %. Bei der Ermittlung dieser Kennzahl werden Jahresüberschuss und Eigenkapital ins Verhältnis zueinander gesetzt und somit die Verzinsung des eingesetzten Kapitals zum Ausdruck gebracht. Demnach weisen auch hier die Unternehmen mit einem Jahresfehlbetrag keinen Wert aus.

Mit Ausnahme der Beteiligung I.N.A. Lieberoser Heide GmbH erreichten alle Unternehmen die für die Kennzahl Anlagendeckung II angestrebte Quote von mindestens 100 %. Bei der I.N.A. sank die Kennzahl auf 45 % infolge des Anstiegs des Anlagevermögens bei konstantem Eigenkapital. Es wird deutlich, dass das Anlagevermögen nur noch anteilig durch das langfristig vorhandene Kapital finanziert ist.

Zusammenfassend war festzustellen, dass das langfristige Anlagevermögen der Beteiligungen weitestgehend durch langfristiges Kapital gesichert war. Den mit Abstand größten Wert mit 1.202 % wies die PD aus, da dem geringen Anlagevermögen ein vergleichsweise hohes Eigenkapital gegenüberstand.

Die Liquidität 3. Grades sollte nach Möglichkeit einen Wert von über 100 überschreiten. Dies wurde von allen Beteiligungsunternehmen des Landkreises Dahme-Spreewald erreicht. Die Liquidität aller Gesellschaften war im Berichtsjahr als gesichert zu beurteilen. Bei der TKW bestand erneut eine überdurchschnittlich hohe Liquidität 3. Grades aufgrund des sehr hohen Kassenbestandes in Relation zu den niedrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten. Beim VBB war im Geschäftsjahr eine deutliche Reduzierung des Kassenbestandes zu verzeichnen. Infolge dessen wird ein negativer CashFlow ausgewiesen. Die Zahlungsfähigkeit war aber jederzeit gegeben. Dies wird auch mit der Liquidität 3. Grades in Höhe von 106 % deutlich.

Die Berechnung der Personalaufwandsquote erfolgte analog der Vorjahre unter Beachtung des erweiterten Umsatzbegriffes nach § 275 Abs. 2 Nr. 1 - 3 HGB (Gesamtleistung). Gesellschafterzuschüsse oder anderweitige öffentliche Einnahmen waren demnach nicht zu berücksichtigen, jedoch alle Leistungen, die mit dem operativen Geschäft erzielt wurden. Bei der Berechnung der Personalaufwandsquote fanden Fremdfinanzierungen (Arbeitnehmerförderung) sowie Zuschüsse der öffentlichen Hand keine Berücksichtigung. Vor diesem Hintergrund und der personalintensiven Branchen Medizin und Nahverkehr sind die relativ hohen Personalaufwandsquoten der RVS (123 %) und der KDS (56 %) erklärbar. Die WRL und auch die INA erzielten im Berichtsjahr keine Umsatzerlöse, so dass eine Personalaufwandsquote rein rechnerisch nicht ermittelbar war. Die Quote aller anderen Gesellschaften kann als angemessen bewertet werden.

Insgesamt zeigte sich, dass bei allen Gesellschaften die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Tätigkeit der Gesellschaften entsprechend, geordnet und stabil waren.

Wesentliche finanzielle Auswirkungen der Beteiligungsunternehmen auf den Haushalt des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2021

Im Jahr 2021 ergaben sich gegenüber dem Vorjahr Mehrausgaben in Höhe von 3.338 TEUR. Insbesondere ist dies auf die erhöhten Betriebskosten- und Investitionszuschüsse für die RVS zurückzuführen.

Ein Großteil der Beteiligungen wurde zur Erfüllung ihrer übertragenen Aufgaben auch im Jahr 2021 finanziell durch den Landkreis Dahme-Spreewald unterstützt. Ausnahmen bildeten die Gesellschaften: TKW GmbH, BADC GmbH, KDS GmbH und die PD GmbH.

Insgesamt unterstützte der Landkreis im Jahr 2021 seine Beteiligungen finanziell mit 8.736,7 TEUR (Vj. 5.398,6 TEUR). Der höchste Betriebskostenzuschuss wurde an die RVS gezahlt. Insgesamt wurde die RVS vom Land Brandenburg und vom Landkreis Dahme-Spreewald mit 13.853 TEUR (Vj. 8.996 TEUR) bezuschusst.

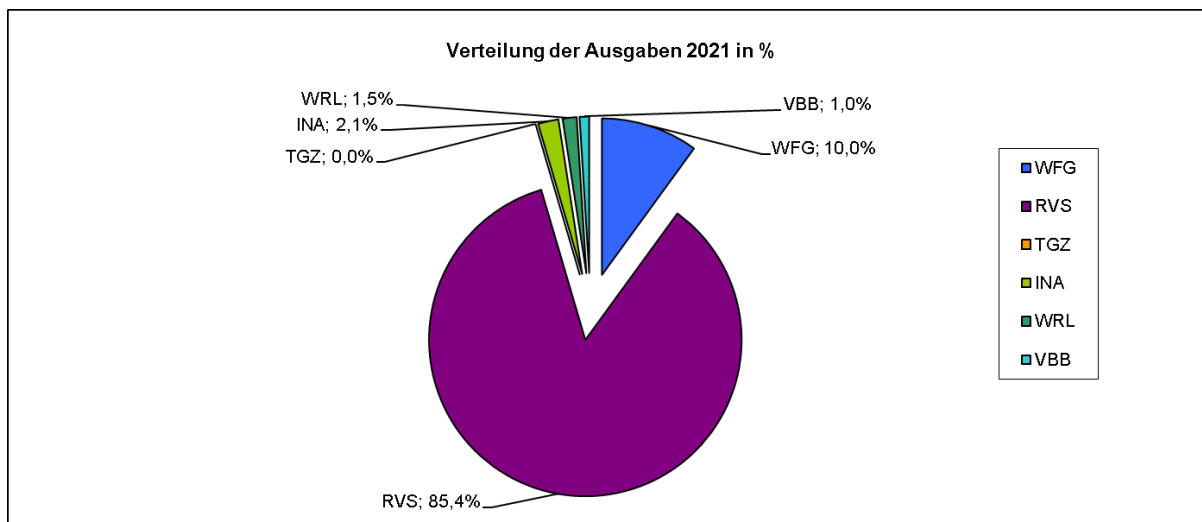
Das Halten von Geschäftsanteilen an der TKW GmbH stellt keine klassische Beteiligung im Sinne des § 92 BbgKVerf dar. Das Beteiligungsverhältnis entspricht vielmehr einer Vermögensverwaltung nach § 91 Abs. 7 BbgKVerf, da jährliche Ausschüttungen aus der Geschäftsbesorgung, der durch die TKW GmbH verwalteten Objekte generiert werden. Bei der Auszahlung handelt es sich um die erwirtschafteten Überschüsse der getrennt von der GmbH verwalteten Objekte der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus den Landkreisen Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark. Die Gewinnausschüttung aus Vermietung und Verpachtung belief sich in 2021 auf 387 TEUR (Vj. 387 TEUR).

Von einer finanziellen Unterstützung des Landkreises an seine Beteiligungen ist gemäß den beschlossenen Wirtschaftsplänen weiterhin auszugehen. Mittelbedarfe fanden in den Haushaltsplanungen 2021/2022 und 2023/2024, sowie in dem Nachtragshaushalt 2022 des Landkreises Berücksichtigung. Die Gründe für die finanzielle Unterstützung sind vielfältig und liegen oftmals im kommunalen Gesellschaftszweck selbst. Auch wenn für öffentliche Güter eine hohe Nachfrage und eine Verpflichtung seitens der Kommunen auf dessen Erfüllung besteht, bedürfen diese oftmals mangels Profitabilität finanzieller Unterstützung der öffentlichen Hand, zumal eine Privatisierung die Einflussnahme auf die sozialen Rahmenbedingungen über die Erfüllung der originären öffentlichen Aufgabe erheblich einschränkt. Unabhängig davon sind die kommunalen Unternehmen gemäß § 92 Abs. 4 BbgKVerf zum profitablen Wirtschaften angehalten.

Ein weiterer Grund für den eingeschränkten Beitrag zur Haushaltskonsolidierung sind die hohen Kreditbelastungen aufgrund getätigter Investitionen in Infrastruktur und den damit verbundenen Abschreibungsaufwendungen (WFG mbH, TGZ Wildau GmbH). Auch Risiken aus der Generierung von Fördermitteln zur Finanzierung von Projekten und damit verbundene Chancen (WRL GmbH, I.N.A GmbH) beeinflussen den Erfolg der kommunalen Unternehmen.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Haushaltsbelastungen und –entlastungen der wirtschaftlichen Beteiligungen des Landkreises in 2021.

Beteiligungen	Leistungs- und Finanzbeziehung	Einnahmen in TEUR	Ausgaben in TEUR
WFG	Betriebskostenzuschuss	0,0	821,7
	Projektmittel (Start to), KKP		0,0
	Projektmittel PTU		17,0
	Kapitalzuführung	0,0	0,0
	Dienstleistungsvertrag Breitband		37,0
RVS	Betriebskosten- und Investitionszuschüsse	0,0	7.463,0
	Verlustausgleich	0,0	0,0
KDS	keine Finanzbeziehung	0,0	0,0
TGZ	Übernahme Darlehen (Begleichung Kapitaldienst)	0,0	0,0
TKW	Gewinnausschüttungen aus Vermietung und Verpachtung	387,0	0,0
	Veräußerung aus dem Teltowvermögen		0,0
INA	Betriebskostenzuschuss	0,0	185,0
WRL	Betriebskostenzuschuss	0,0	118,0
	Projektmittel (STARK Eigenanteil)	0,0	9,0
BADC	Betriebskostenzuschuss		0,0
VBB	Betriebskostenzuschuss		86,0
PD	keine Finanzbeziehung	0,0	0,0
Einnahmen/Ausgaben insgesamt	liquide Haushaltsauswirkung für den LDS im Jahr 2021	387,0	8.736,7



Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Geschäftsleitung / Niederlassung Luckau

Nissanstraße 7

15926 Luckau

Tel.: +49 (0) 3544 / 5001-0

Fax: +49 (0) 3544 / 5001-15

E-Mail: info@rvs-lds.de

Niederlassung Mittenwalde

Gewerbestraße 1

15749 Mittenwalde

+49 (0) 33764 / 873-0

+49 (0) 33764 / 873-15

www.rvs-lds.de



	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	1.035.366,06	1.035.366,06	1.035.366,06
Datum der Gründung	01.07.1991		
aktueller Gesellschaftsvertrag	10.12.2012		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Organisation und Durchführung des Linienverkehrs nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg (ÖPNV-Gesetz).</p> <p>Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Straßenpersonennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Gesellschafter als Aufgabenträger. Grundlage ist der Nahverkehrsplan des Gesellschafters in der jeweils gültigen Fassung.</p> <p>Die Gesellschaft ist Inhaber der Liniengenehmigungen.</p> <p>Durchführung von Leistungen nach dem Personenbeförderungsgesetz (§ 42 PBefG) und Sonderformen des Linienverkehrs (§ 43 PBefG).</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer:</u> Herr Siegfried Richter</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Zu Beginn der neuen Wahlperiode des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2019 wurde die Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen neu beschlossen. Aus diesem Grund sind in diesem Beteiligungsbericht die Vertreterbestellungen in der Anlage 1 separat dargestellt.</p>		
Beschäftigte	249		

Bilanz der RVS

Bilanz zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	17.322.241	13.201.544	11.761.319
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	63.623	23.088	36.794
1.	Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u. ähnliche Rechte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten	63.623	23.088	36.794
II.	Sachanlagen	17.258.618	13.178.456	11.724.525
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	1.090.586	1.194.491	1.295.932
2.	Fahrzeuge für Personenverkehr	14.025.563	10.602.287	9.567.382
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	361.695	392.771	317.594
4.	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.780.774	988.907	543.618
III.	Finanzanlagen	0	0	0
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	3.758.277	4.266.368	5.505.694
I.	Vorräte	275.737	200.396	249.353
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	275.737	200.396	249.353
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.259.683	2.083.192	1.239.116
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	665.123	523.382	560.664
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.594.560	1.559.810	678.452
III.	Kassenbestand, Guthaben b. Kreditinstituten u. Schecks	1.222.857	1.982.780	4.017.225
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	75.486	66.307	83.239
	Bilanzsumme	21.156.004	17.534.219	17.350.253
Passiva				
A.	Eigenkapital	10.224.601	10.417.345	10.397.852
I.	Gezeichnetes Kapital	1.035.366	1.035.366	1.035.366
II.	Kapitalrücklage	4.661.163	4.661.163	4.661.163
III.	Gewinnrücklagen	4.720.816	4.701.323	4.654.665
1.	Sonderrücklage gemäß § 27 Abs. 2 DMBILG	2.586.173	2.566.679	2.030.264
2.	Sonderverlustrücklage gemäß § 17 Abs. 4 DMBILG	2.030.264	2.030.264	104.379
3.	Andere Gewinnrücklagen	104.379	104.379	2.520.021
V.	Bilanzgewinn / Bilanzverlust	-192.745	19.494	46.658
B.	Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	6.333.301	4.132.102	3.355.977
C.	Rückstellungen	1.505.599	1.850.517	2.887.525
1.	Steuerrückstellungen	184.000	357.000	400.000
2.	Sonstige Rückstellungen	1.321.599	1.493.517	2.487.525
D.	Verbindlichkeiten	2.947.976	1.034.191	635.892
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.583.757	0	0
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	906.683	936.953	539.073
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen	0	0	0
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	144.527	100.064	73.007
	Bilanzsumme	21.156.004	17.534.219	17.350.253

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen hat sich im Berichtsjahr um 4.121 TEUR auf 17.322 TEUR erhöht. Dies erfolgte insbesondere durch getätigte Investitionen in Höhe von 5.716 TEUR, welche die planmäßigen Abschreibungen (1.581 TEUR) und Anlagenabgänge mit 15 TEUR übersteigen. Die Anschaffungen betrafen im Berichtsjahr vor allem 20 neue Kraftomnibusse für den Personenverkehr, davon vier Kraftomnibusse in der Niederlassung Luckau (867 TEUR), 11 neue Busse in Mittenwalde (2.839 TEUR) und fünf neue Kraftomnibusse in der Niederlassung Lübben (1.074 TEUR). Die neuen Kraftomnibusse wurden im Berichtsjahr vom Gesellschafter bezuschusst (2.000 TEUR). Weiterhin wurde im Geschäftsjahr ein PKW (28 TEUR) erworben.

Die Zugänge bei den geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau (+792 TEUR auf 1.781 TEUR) beinhalteten den vierten gezahlten Abschlag (259 TEUR) und die Teilschlussrechnung (481 TEUR) für das System krauth technology (Bordrechner).

Die Erhöhung des Vorratsbestandes um 76 TEUR auf 276 TEUR resultierte vor allem aus höheren Beständen an Dieselmotoren auf Grund der stark gestiegenen Preise. Die Änderungen waren stichtagsbedingt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich im Saldo stichtagsbedingt um 176 TEUR auf 2.260 TEUR. Die Erhöhung resultierte mit 142 TEUR aus den Lieferungen und Leistungen und betraf vor allem das Schulverwaltungsamt des Landkreises Dahme-Spreewald. Die sonstigen Vermögensgegenstände waren in Summe um 35 TEUR gestiegen. Der Erhöhung der Umsatzsteuerforderungen von 761 TEUR vor allem aus dem Kauf der Kraftomnibusse stehen um 759 TEUR geringere Forderungen gegen den Landkreis Dahme-Spreewald gegenüber. Im Vorjahr war eine Forderung auf Ausgleich des Verlustes aus dem öDA gegenüber dem Landkreis Dahme-Spreewald erfasst, die in diesem Jahr nicht eingebucht wurde.

Die liquiden Mittel reduzierten sich im Berichtsjahr um 760 TEUR auf 1.223 TEUR. Dies lag vor allem an der Finanzierung von Investitionen mit Eigenmitteln, für die der Cashflow des Geschäftsjahres von 836 TEUR nicht ausreichte und Mittel des Bankbestandes genutzt wurden.

Die Investitionen vor allem in die Kraftomnibusse von insgesamt 5.716 TEUR wurden mit Zuschüssen von 2.519 TEUR unterstützt. Der von der RVS aufzubringende Eigenanteil von 3.197 TEUR wurde mit 1.600 TEUR durch Kreditmittel und Eigenmittel in Höhe von 1.597 TEUR finanziert. Die Eigenmittel konnten nur teilweise aus dem Cashflow des Jahres 2021 (836 TEUR) zuzüglich Einzahlungen aus Abgängen des Anlagevermögens (17 TEUR) und abzüglich der Tilgung 2021 (16 TEUR) erwirtschaftet werden, es musste auf den Bestand an flüssigen Mitteln mit 760 TEUR zurückgegriffen werden.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten (75 TEUR) betraf im Jahr 2021 gezahlte Inventar-, Elektro- und Gebäudeversicherungen (50 TEUR), Kosten für die Nutzung von Microsoft (10 TEUR) sowie Wartungs-, Lizenz- und Rundfunkgebühren über den Stichtag hinaus.

Das Eigenkapital verringerte sich auf 10.225 TEUR. Begründet wurde dies durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von 193 TEUR, der im Berichtsjahr dem Eigenkapital/Gewinnrücklage entnommen wurde.

In der Position Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sind die Zuschüsse des Gesellschafters für Investitionen abgebildet worden. Im Berichtsjahr betrug er 6.333 TEUR (Vj. 4.132 TEUR) und wurde für die Anschaffung von 20 Bussen (2.000 TEUR) gebildet. Des Weiteren beinhaltet die Position 15 TEUR für die Ausrüstung von zehn Bussen mit Abbiegeassistenzsystemen. Die Auflösung des Sonderpostens erfolgt über die Nutzungsdauer der geförderten Gegenstände.

Die Bilanzposition Rückstellungen hat sich um 345 TEUR auf 1.506 TEUR reduziert. Darin enthalten waren Steuerrückstellungen (184 TEUR), die auf Grund der Betriebsprüfung für die Jahre 2010 bis 2013 (108 TEUR) und der sich eventuell ergebenden Nachzahlungen für die Jahre 2014 bis 2019 (249 TEUR) zu bilden waren. Anfang 2021 ergingen nunmehr die Körperschaftssteuer- und Gewerbesteuerbescheide für die Jahre 2010 bis 2013. Die gesamte Inanspruchnahme betrug ausweislich der Bescheide 108 TEUR. Die Rückstellung wurde somit komplett aufgelöst. Im Berichtsjahr erfolgten die Auflösungen der Steuerrückstellungen in Höhe von 70 TEUR für die Jahre 2014 bis 2019 auf Grund der Anpassung an die Bescheide 2010 bis 2013. Für das Berichtsjahr wurden den Rückstellungen 5 TEUR zugeführt.

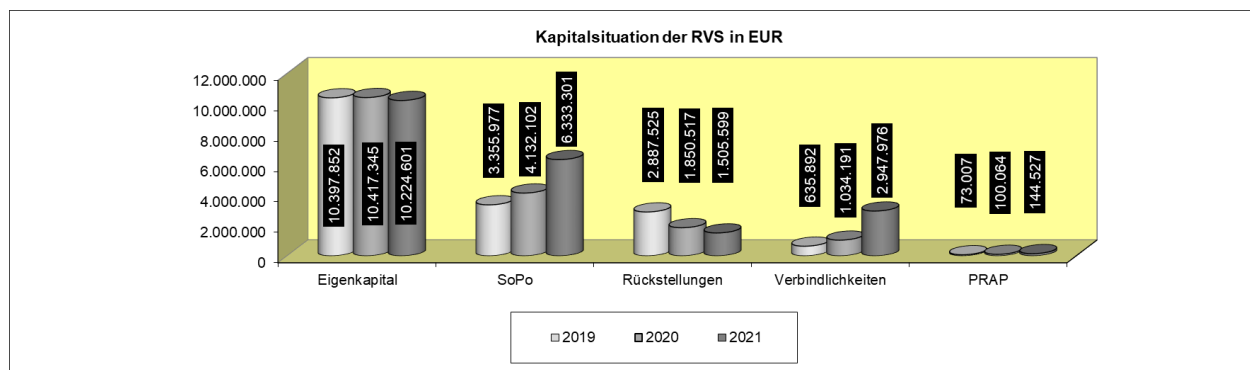
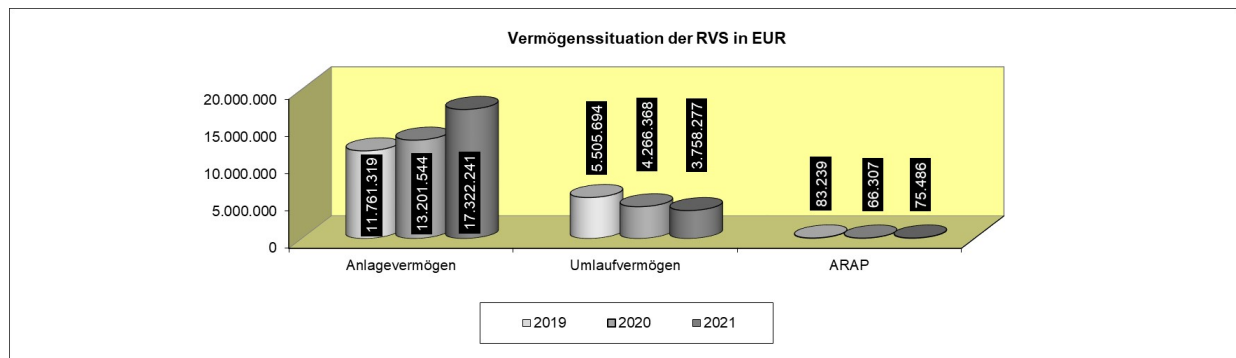
Die sonstigen Rückstellungen verminderten sich um 172 TEUR auf 1.322 TEUR. Die Position beinhaltete u.a. die Rückstellungen für die Einnahmenaufteilung des bilateralen Schülerverkehrs (323 TEUR), die Umlageforderungen des Haftpflichtverbandes öffentlicher Verkehrsbetrieb HÖV (480 TEUR), Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (209 TEUR) und weitere Personalarückstellungen (35 TEUR) sowie die Umlage für den Autoschadenausgleich (124 TEUR). Im Berichtsjahr erfolgte keine Rückstellung für die VBB-Einnahmenaufteilung Pool Berlin.

Die Kreditverbindlichkeiten betragen zum 31.12.2021 1.584 TEUR (Vj. 0 TEUR). Das Darlehen wurde im Berichtsjahr für die Finanzierung der Busse aufgenommen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (-30 TEUR, 907 TEUR) waren stichtagsbedingt und betrafen im Jahr 2021 hauptsächlich Verbindlichkeiten für Subunternehmer (253 TEUR), Verbindlichkeiten für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (204 TEUR, Material und Kraftstoffe) sowie sonstige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Zusammenhang mit dem bilateralen Schülerverkehr für die Jahre 2019 bis 2021 (202 TEUR).

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten (+360 TEUR; 458 TEUR) wurden vor allem offene Lohn- und Gehaltszahlungen sowie Provisionen ausgewiesen. Der größte Anteil bildeten dabei die Lohn- und Kirchensteuer für Dezember (87 TEUR). In der Position wurden im Berichtsjahr ebenfalls 358 TEUR für noch weiterzuleitende Gelder für Semestertickets der TH Wildau ausgewiesen, deren Abrechnung durch die RVS erfolgt und deren Weiterleitung an die beteiligten Verkehrsunternehmen erst in 2022 erfolgt.

In der Position passive Rechnungsabgrenzungsposten (+44 TEUR, 145 TEUR) wurden Einnahmen aus Jahresfahrkarten (33 TEUR), aus dem Azubi Ticket (102 TEUR), aus dem Abo-65plus (5 TEUR) und Firmentickets (5 TEUR) ausgewiesen.



Gewinn- und Verlustrechnung der RVS

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	6.944.177	6.937.319	7.499.886
2.	Sonstige betriebliche Erträge	12.745.748	11.067.675	9.193.353
3.	Materialaufwand	-6.522.592	-5.614.925	-5.579.585
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-3.545.469	-2.933.663	-3.382.382
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.977.124	-2.681.261	-2.197.204
	Rohergebnis	13.167.333	12.390.069	11.113.653
4.	Personalaufwand	-10.438.224	-9.553.178	-8.237.942
	a) Löhne und Gehälter	-8.401.054	-7.726.530	-6.619.808
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.037.170	-1.826.649	-1.618.134
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.580.793	-1.450.882	-1.392.070
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.391.040	-1.396.228	-1.404.111
	Betriebsergebnis	-242.725	-10.219	79.531
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	77	1.571	3.193
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.284	-3.276	-678
9.	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
	Finanzergebnis	-3.207	-1.706	2.516
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-245.932	-11.925	82.046
11.	Außerordentliche Erträge	0	0	0
12.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
13.	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	65.000	43.000	-25.000
15.	Ergebnis nach Steuern	-180.932	31.075	57.046
16.	Sonstige Steuern	-11.813	-11.582	-10.389
17.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-192.745	19.494	46.658

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr nur geringfügig um 6,9 TEUR auf 6.944 TEUR erhöht. Der Hauptbestandteil der Position war die Ausweisung der Erlöse aus dem Linienverkehr (6.194 TEUR, Vj. 5.644 TEUR). Neben den Erlösen aus dem Personenverkehr waren u.a. Erlöse aus Werkstatt und Tankungen für Fremde (216 TEUR, Vj. 255 TEUR) den Umsatzerlösen zuzuordnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge waren im Berichtsjahr um 1.678 TEUR auf 12.746 TEUR gestiegen. Die Position beinhaltet hauptsächlich die Ausweisung der Ausgleichsleistung des Gesellschafters (11.220 TEUR, Vj. 9.479 TEUR) und Erträge aus dem ÖPNV-Corona-Rettungsschirm (693 TEUR, Vj. 949 TEUR).

Die Erhöhung des Materialaufwands um 908 TEUR auf 6.523 TEUR erfolgte insbesondere durch den gestiegenen Materialverbrauch für Dieselmotoren (+ 594 TEUR, 2.692 TEUR) sowie die gestiegenen Aufwendungen für bezogene Leistungen (Nachauftragnehmer) (+258 TEUR, 2.801 TEUR).

Die gestiegenen Personalkosten (+885 TEUR; 10.438 TEUR) resultierten vor allem aus der Erhöhung der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter von 238 auf 249 im Berichtsjahr. Weiterhin wurde eine Tarifanpassung zum 01.03.2021 um 1,4 % und ab 01.11.2021 weiter auf 96 % des TV-N Berlin umgesetzt. Des Weiteren wurde die fixe Sonderzahlung von 512 EUR auf 1.000 EUR pro Mitarbeiter angehoben.

Im Berichtsjahr wurden planmäßige Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen in Höhe von 1.581 TEUR vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Berichtsjahr um 5,2 TEUR auf 1.391 TEUR reduziert. Einsparungen waren vor allem bei den Schadenersatzleistungen (-30 TEUR) und der Wartung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (-21 TEUR) zu verzeichnen. Gegenläufig stiegen vor allem die Internetkosten in Zusammenhang mit der Ausstattung aller Busse mit Internet (+42 TEUR).

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 8 EUR auf 3,3 TEUR. Sie betrafen die Abzinsung von Rückstellungen (1,3 TEUR, Vj. 3,1 TEUR) und Kreditzinsen (1,9 TEUR, Vj. 0 TEUR).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betragen -65 TEUR. Der Steuerertrag resultierte daraus, dass für die Jahre 2014 bis 2019 niedrigere Rückstellungen kalkuliert wurden. Die Rückstellung für diese Jahre konnte in Höhe von 70 TEUR aufgelöst werden. Im Berichtsjahr 2020 ist mit einem Steueraufwand von 5 TEUR zu rechnen, für den eine Rückstellung gebildet wurde.

Die Position sonstige Steuern (12 TEUR) betraf im Berichtsjahr die Grundsteuer (9 TEUR) und die Kfz-Steuer (3 TEUR).

Analysedaten

Die Anlagenintensität erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozentpunkte auf 82 %. Begründet war dies durch die Erhöhung des Anlagevermögens (+4.121 TEUR auf 17.322 TEUR; Sachanlagen – Fahrzeuge für den Personenverkehr und geleistete Anzahlungen im Bau). Das Gesamtvermögen der Gesellschaft (+3.622 TEUR auf 21.156 TEUR) erhöhte sich im Verhältnis zum Anlagevermögen nur geringfügig. Danach sind 82 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich um 11 Prozentpunkte auf 48 %. Ursächlich hierbei war die geringe Reduzierung des Eigenkapitals um 193 TEUR auf 10.225 TEUR und der starke Anstieg des Gesamtvermögens der Gesellschaft (+3.622 TEUR auf 21.156 TEUR).

Berücksichtigt man die Bilanzposition Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen (6.333 TEUR, Vj. 4.132 TEUR), so war ein leichter Rückgang der Eigenkapitalquote mit Sonderposten von 83 % auf 78 % im Berichtsjahr zu verzeichnen. Die hohe Eigenkapitalquote lässt die Unabhängigkeit und die finanzielle Sicherheit des Unternehmens erkennen.

Durch die Anschaffung von 20 neuen Kraftomnibussen im Berichtsjahr erhöhte sich die Bilanzposition Fahrzeuge für den Personenverkehr um 3.423 TEUR auf 14.026 TEUR. Das Eigenkapital plus der Sonderposten für Zuschüsse erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.008 TEUR auf 16.558 TEUR. Da die Busbeschaffung erstmalig im Berichtsjahr anteilig durch ein Darlehen finanziert wurde, werden im Jahresabschluss Kreditverbindlichkeiten (1.584 TEUR) ausgewiesen. Diese Faktoren beeinflussten die Kennzahl und im Ergebnis sank die Anlagendeckung II somit von 110 % auf 105 %. Mit der Kennzahl wird deutlich, dass das gesamte Anlagevermögen durch das langfristig vorhandene Kapital gedeckt ist.

Die Zinsaufwandsquote betrug unverändert 0 %. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. In der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen wurden der Zinsaufwand aus der Abzinsung von Rückstellungen (1,3 TEUR, Vj. 3,2 TEUR) sowie neu die Kreditzinsen (1,9 TEUR) abgebildet. In den letzten drei Berichtsjahren war dieser sehr gering im Verhältnis zu den Umsatzerlösen (6.944 TEUR, Vj. 6.937 TEUR), daher betrug die Kennzahl 0 %.

Auf Grund der im Vergleich zum Vorjahr reduzierten liquiden Mittel (-760 TEUR auf 1.223 TEUR) und im Vergleich zum Vorjahr gleich gebliebenen kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen von insgesamt 3 Mio. EUR war die Liquidität 3. Grades von 143% auf 116 % gesunken. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war im Berichtsjahr und ist auch zukünftig gegeben.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug zum Stichtag 836 TEUR. Einfluss auf das Ergebnis hatte im Vergleich zum Vorjahr die geringere Abnahme der Rückstellungen sowie die geringere Abnahme der Vorräte und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Der Zahlungsmittelbestand hat sich am Ende der Periode um 760 TEUR auf 1.223 TEUR (Vj. 1.983 TEUR) reduziert.

Die Eigenkapitalrentabilität betrug -1,89 %. Die Kennzahl bringt die Verzinsung des eingesetzten Kapitals durch seinen Einsatz im Unternehmen zum Ausdruck. Die Kennzahl war auf Grund des Jahresfehlbetrages (193 TEUR) und der Reduzierung des Eigenkapitals auf 10.225 TEUR erstmals negativ.

Die Gesamtkapitalrentabilität betrug im Berichtsjahr -0,9 %. Dies war begründet durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von 193 TEUR und dem starken Anstieg des Gesamtvermögens der Gesellschaft (+3.622 TEUR auf 21.156 TEUR). Die Kennzahl gibt die Verzinsung des im Unternehmen investierten Kapitals an.

Die Personalaufwandsquote erhöhte sich um 11 Prozentpunkte auf 123 %. Ausschlaggebend hierfür war der Anstieg der Personalaufwendungen um 885 TEUR auf 10.438 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Von den Gesamterlösen werden demnach 123 % durch Personalaufwand aufgezehrt.

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	82%	75%	68%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	48%	59%	60%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	78%	83%	79%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	105%	110%	117%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	116%	143%	153%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	836 TEUR	-155 TEUR	652 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0,19%	0,45%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0,13%	0,27%
Umsatz	6.944 TEUR	6.937 TEUR	7.500 TEUR
Gesamtleistung	8.470 TEUR	8.526 TEUR	8.887 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-193 TEUR	19 TEUR	47 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	123%	112%	93%
Anzahl der Mitarbeiter	249	238	212

Geschäftsverlauf 2021

Der öffentlich-rechtliche Dienstleistungsauftrag zwischen dem Landkreis Dahme-Spreewald und der RVS über die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs mit Bussen im Landkreis Dahme-Spreewald für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2026 wurde im Dezember 2016 auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses 2016/122 unterzeichnet. Mit dem Dienstleistungsauftrag stellt der Landkreis Dahme-Spreewald auch weiterhin eine ausreichende Verkehrsbedienung im Kreisgebiet sicher.

Die Covid-19-Pandemie hat auch im Jahr 2021 einen großen Einfluss auf den Geschäftsverlauf der RVS gehabt. Die niedrige Impfquote konnte durch Einführung einer Impfprämie erhöht werden. Es kam zu Ausfallzeiten durch Erkrankung und Quarantäne bei den Beschäftigten. Dies führte aber zu keinen coronabedingten Fahrausfällen.

Für 2021 (gesamtes Kalenderjahr) haben VBB und RVS einen Gesamtschaden in Höhe von 718.012,24 EUR errechnet und am 06.10.2021 erneut einen Antrag auf Gewährung einer Zuweisung entsprechend der Richtlinie Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV 2021 beim Landesamt für Bauen und Verkehr eingereicht und bewilligt bekommen. Grundlage waren die kassentechnischen Netto-Einnahmen der Jahre 2019 und 2021. Die Überkompensationskontrolle erfolgt in 2023.

Die RVS erzielte in 2021 Erlöse (ohne Innenumsatz) in Höhe von 19.690 TEUR (Vj. 18.005 TEUR). Die Gesamtkosten (ohne Innenaufwand) betragen vor Zinsen und Steuern 19.932,6 TEUR (Vj. 18.015 TEUR). Die RVS beendete das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 192.744,53 EUR. (Vj. +19.493,72 EUR). Der Kostendeckungsgrad der RVS betrug vor Zinsen und Steuern und ohne die Mittel zur Förderung von Verkehrsleistungen 42,2 % (Vj. 47,0 %).

Eine Fahrpreisanpassung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) erfolgte zum 01.01.2021 um durchschnittlich 1,9 %. Die Anpassungsrate orientierte sich an der Preisentwicklung der Lebenshaltungs-, Strom- und Kraftstoffpreise der vergangenen 60 Monate. Zum 01.01.2020 gab es im Verkehrsverbund zuvor die letzte Tarifierung um durchschnittlich +3,3 %.

Im Jahr 2020 wurde durch den Aufgabenträger die Erarbeitung eines neuen Nahverkehrsplans für den übrigen ÖPNV des Landkreises Dahme-Spreewald 2021–2025 beauftragt. Eine umfassende Beteiligung der BürgerInnen, Städte und Gemeinden erfolgte hierbei auch. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 16.12.2020 diesen beschlossen. Im Berichtsjahr wurden Maßnahmen umgesetzt, die in dem neuen Nahverkehrsplan verankert sind. Dies betraf die folgenden Angebotsausweitungen im Netz der RVS:

1. Umwandlung des freigestellten Schülerverkehrs an der Oberschule Goyatz in einen öffentlichen Linienverkehr
2. Einführung der neuen Linie 732 und damit Erschließung der Gewerbegebiete in Niederlehme (Industriegebiet Liepnitzenberg und Gewerbegebiet Am Möllenberg)
3. Erschließung des Bildungscampus Königs Wusterhausen Funkerberg durch Änderung der Linienführung
4. Anbindung des Zeuthener Winkels und damit Entfall des Schülerspezialverkehrs
5. Ausweitung der Bedienung Massow durch einen Bus der Linie 477

Im Berichtsjahr zeigte sich, dass über alle Leistungsarten im Vergleich zum Vorjahr 566.296 Wgkm (+6,7 %) mehr gefahren wurden (9.033.246 Wgkm; Vj. 8.466.950 Wgkm). Mehrkilometer ergaben sich zusätzlich auch durch Umleitungsverkehre wegen Straßen- und Brückenbaustellen.

Im Linienverkehr erhöhte sich die Anzahl der beförderten Personen zum Vorjahr auf 6.476.125 Personen – dies entsprach einem Zuwachs um 10,9 % bzw. um +634.705 Personen (Vj. -5,8 %, -340.365). Im Geschäftsjahr wurden auf insgesamt 51 Linien 1.001 Haltestellen bedient.

Auch in 2021 mussten weitere Leistungen an Subunternehmen vergeben werden, um alle Fahrten gewährleisten zu können. Im Berichtsjahr stiegen dadurch die Aufwendungen für fremde Transportkosten für Nachauftragnehmer um 258 TEUR (+10,2 %) auf 2.801 TEUR.

Gemäß dem öDA über die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Dahme-Spreewald darf die Vergabe an Nachauftragnehmer maximal ein Drittel der öffentlichen Verkehrsdienste betragen. In 2021 wurden 1.751,7 T Fahrplankm/Nutzwagen km durch Subunternehmer gefahren, das entspricht 22,0 % der Gesamtfahrplankilometer.

Im Jahr 2016 fand eine Verkehrserhebung statt, welche die Grundlage der VBB-Einnahmenaufteilung für die Jahre 2016 bis 2021 bildet. Eine Einnahmenaufteilung erfolgte im Berichtsjahr für die Jahre 2019 und 2020. Die RVS erhielt eine Erstattung in Höhe von 550 TEUR. Die Rückstellungen wurden aufgelöst (165 TEUR). Die Einnahmenaufteilung für das Jahr 2021 erfolgt auf der Basis der Verkehrserhebung 2016 und wird im Jahr 2022 abgeschlossen. Eine neue Rückstellung wurde nicht gebildet.

Die Vergütung der Beschäftigten erfolgt seit 01.01.2008 nach dem Tarifvertrag Nahverkehr Brandenburg (TV-N–BRB). Der TV-N BRB hat bundesweit das niedrigste Einkommensniveau aller Nahverkehrstarifverträge. Seit dem 01.04.2019 wirkt der siebte Änderungstarifvertrag des TV-N BRB, vom 14.02.2019. Nach vorangegangenen Verhandlungen einigten sich die Tarifparteien im November 2020 auf einen neuen Tarifvertrag:

- ab März 2021 linear um 1,4 % mindestens um 50 EUR,
- ab November 2021 weiter auf 96 % der entsprechenden Werte der Entgelttabelle des TV-N Berlin (Stand November 2020)
- ab März 2022 um weitere 2,0 %,
- ab März 2023 weiter auf die entsprechenden Werte (100 %) der Entgelttabelle des TV-N Berlin (Stand November 2020) und
- ab September 2023 linear um weitere 1,5 %

Darüber hinaus wurden auch Corona-Sonderzahlungen (für alle Beschäftigte 600 EUR) und die Erhöhung des Grundurlaubs in den ersten vier Jahren von 26 auf 28 Tage beschlossen. Der achte Änderungstarifvertrag des TV-N BRB endet zum 31.12.2023.

Die RVS hatte im Berichtsjahr 249 Beschäftigte (Vj. 238). Die Personalaufwendungen beliefen sich auf insgesamt 10.438.224,24 EUR (+885.045,76 EUR; Vj. 9.553.178,48 EUR).

Im Jahr 2021 wurden 20 Niederflurbusse angeschafft. Die Nettoinvestitionskosten betragen 4.780 TEUR. Es wurden Fördermittel in Höhe von 2.000 TEUR vom Aufgabenträger für die Businvestition zur Verfügung gestellt. Durchschnittlich waren 149 (Vj. 133) Omnibusse im Bestand. Im Geschäftsjahr wurden 4 Busse ausgesondert.

Die RVS feierte am 01.07.2021 ihr 30-jähriges Firmenjubiläum. Dieser Anlass führte ca. 30 geladene Gäste nach Luckau in die Nissanstraße.

Im zweiten Halbjahr 2021 wurden erste Gespräche für eine mögliche Erweiterung des Betriebshofes Mittenwalde bzw. für einen Alternativstandort geführt. Die Erweiterung werde notwendig, da die Abstellfläche für die Busse auf dem Betriebshof in Mittenwalde bedingt durch den Ausbau des Fahrplanangebotes zu klein geworden ist und weil im ÖPNV alternative Antriebsarten zu berücksichtigen sind. In der Gesellschafterversammlung im November 2021 wurde die Option eines Betriebshofneubaus im Norden des Landkreises diskutiert. Für die Investition sollen Fördermittel akquiriert werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der zum 03.11.2017 zwischen der RVS und Herrn Siegfried Richter abgeschlossene Geschäftsführervertrag wurde durch einen Umlaufbeschluss vom 14.02.2022 um weitere fünf Jahre (bis 02.11.2027) verlängert.

ÖPNV Rettungsschirm 2022:

Die sogenannten Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im ÖPNV im Zusammenhang mit dem Ausbruch von Covid-19 und dem temporär eingeführten 9-Euro-Ticket wurde vom LDS am 16.09.2022 beantragt. VBB und RVS haben einen diesbezüglichen Gesamtschaden von 1,458 Mio. EUR errechnet. Davon wurden bereits 718 TEUR vorab ausgezahlt. Die Auszahlung der verbleibenden 740 TEUR seitens des Landesamtes für Bauen und Verkehr erfolgt im November 2022.

Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass ein Ausgleich lediglich zum Stand 2019 erfolgt und Angebotsausweitungen (RVS + 17 %) unberücksichtigt bleiben und nicht als Schaden anerkannt werden. Die so entstehenden Mehraufwendungen müssen letztendlich vom Aufgabenträger LDS finanziert werden. In der aktuellen Diskussion um ein Nachfolgeticket (ggf. 49-Euro-Ticket) ab 2023 wurde dieser Systemmangel seitens des LDS kritisiert. Ein weiterer Ausbau des Angebotes im Sinne einer Verkehrswende kann nicht gelingen, wenn die Ticketeinnahmen dauerhaft auf dem Niveau von 2019 gedeckelt werden und Landeszuweisungen nur geringfügig steigen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 28.09.2022 folgende Beschlüsse gefasst:

- Verlängerung des Öffentlichen Dienstleistungsauftrages über die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung zur Durchführung des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Dahme-Spreewald (ÖDA) bis zum 31.12.2031 (KT Beschluss Nr. 2022/079). Neben der Laufzeitverlängerung um 5 Jahre werden auch die Regelungen zu Investitionskostenzuschüssen überarbeitet. Sobald die aktuell in Erarbeitung befindliche Strategie zur Umsetzung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes bestätigt ist, wird der Kreistagsbeschluss vollzogen.
- Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung zum Ausgleich eines erhöhten Aufwanddeckungsfehlbetrages der RVS infolge der hohen Bezugspreise für Dieselkraftstoff in Höhe von

- 1.137.900 EUR (KT Beschluss Nr. 2022/080); in 2022 erhöht sich die Ausgleichszahlung von 12,85 Mio. EUR auf 13,99 Mio. EUR. Die Auszahlung erfolgte am 17.10.2022.

Bei der Standortfrage des neuen Busbetriebshofes Nord wurde ein Grundstück im Hafen Königs Wusterhausen (Gemarkung Wildau) in die Prüfung aufgenommen. Mit der Verwaltung und den Fraktionsvorsitzenden der Stadt Wildau wurden Gespräche geführt und das Vorhaben vorgestellt. Die Stadtverordnetenversammlung Wildau hat den Aufstellungsbeschluss zur Einleitung der erforderlichen Bauleitplanung am 27.09.2022 gefasst. Einem Tag zuvor wurde zwischen den Geschäftsführungen der RVS und der LUTRA GmbH eine Reservierungsvereinbarung für mehrere Flurstücke am Hafen KW (Gemarkung Wildau) geschlossen. Die Inhalte des anschließenden Erbbaupachtvertrages werden aktuell verhandelt. Der Vertragsentwurf liegt noch nicht vor.

Am 11.07.2022 nahm die RVS in Berlin von der Parlamentarischen Staatssekretärin, Daniela Kluckert MdB eine Förderurkunde in Höhe von 8,832 Mio. EUR entgegen. Hierbei handelt es sich um eine Zuwendung für die Umstellung von bis zu 30 Bussen im Personennahverkehr auf alternative Antriebe innerhalb des 1. Förderaufrufes gemäß der Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personennahverkehr des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr. Mit der Förderung geht die RVS einen großen Schritt in Richtung Umstellung der Busflotte auf alternative Antriebe.

Mindestens 21 emissionsfreie Brennstoffzellenbusse schreibt die RVS bis März 2023 aus. Die Lieferung hierfür soll bis 2025 erfolgen. Wasserstoffbusse kosten aktuell das 2- bis 2,5-fache von konventionellen Dieselnissen. Geplant ist, die Brennstoffzellenbusse zunächst im Süden des Landkreises einzusetzen. In Lübben soll hierfür die erste Wasserstofftankstelle der RVS entstehen. Ein entsprechender Steckbrief auf Förderung aus Mitteln des Strukturstärkungsgesetzes wurde bei der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) eingereicht.

Zum 01.01.2022 erfolgte keine Fahrpreisanpassung im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB), darauf einigte sich der Aufsichtsrat des VBB in seiner Sitzung im Oktober 2021. Begründet wurde dies, dass wieder bei den Fahrgästen Vertrauen aufgebaut werden soll. Hintergrund ist hier auch die Corona-Krise in dem Bereich.

Bis zur Corona-Pandemie fuhren in Berlin und Brandenburg jeden Tag mehr als vier Millionen Menschen mit den Bussen und Bahnen der 36 VBB-Verkehrsunternehmen. Durch Lockdowns und sich verändernde Mobilitäts- und Arbeitsbedürfnisse sank diese Zahl 2020 auf knapp zwei Millionen Fahrgäste täglich ab. Damit brachen die Fahrgastzahlen 2020 im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 32 % auf insgesamt 1,07 Milliarden ein, bei den Einnahmen aus dem VBB-Tarif ist ein Rückgang von rund 20 % zu verzeichnen. Durch die Corona-Krise wurden die meist mittelständischen Verkehrsunternehmen finanziell stark in Mitleidenschaft gezogen, Bund und Länder spannten einen ÖPNV-Rettungsschirm für die Jahre 2020, 2021 und 2022. Die Fahrgastzahlen haben sich bis heute im Schnitt auf rund 80 % des vorpandemischen Stands erholt. Da angesichts dieser Situation alle Anstrengungen darauf verwendet werden müssen, die Fahrgäste und ihr Vertrauen in den ÖPNV zu gewinnen, hat der VBB-Aufsichtsrat ein Zeichen für die Fahrgäste gesetzt und sich für eine Preisstabilität ausgesprochen.

Der VBB-Aufsichtsrat hat in einer weiteren Sitzung am 29.09.2022 die im Frühjahr 2022 avisierte Tarifmaßnahme zum 01.01.2023 verschoben. Grund ist die aktuell zwischen dem Bund und den Ländern laufende Verhandlung über die Einführung eines bundesweit gültigen Nachfolgetickets zum 49-Euro-Ticket, so dass die Rahmenbedingungen für die VBB-Tarifstruktur und die damit verbundenen notwendigen Anpassungen im Moment noch nicht absehbar waren. Vor diesem Hintergrund hat der VBB-Aufsichtsrat nun die Umsetzung der Tarifmaßnahme zum 01.04.2023 in Höhe von 5,62 % für das gesamte Verbundgebiet beschlossen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert
Kapitalzuführungen	2021	0 TEUR
	2020	0 TEUR
	2021	0 TEUR
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	779 TEUR Verlustausgleich gemäß Trennungsrechnung
	2019	835 TEUR Gewinnentnahme gemäß Trennungsrechnung
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2021	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 13.853 TEUR dav. Kreismittel: 7.463 TEUR (inkl. 779 TEUR Verlustausgleich)
	2020	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 8.996 TEUR dav. Kreismittel: 2.283 TEUR
	2019	Zuschuss für Betriebskosten und Investitionen der Busse: gesamt: 9.248 TEUR dav. Kreismittel: 3.092 TEUR

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der RVS.

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

Stralauer Platz 29

10243 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 25 41 40

Fax: +49 (0) 30 / 25 41 41 12

E-Mail: info@vbb.de

www.vbb.de



**Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg**
Alles ist erreichbar.

	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	324.000	324.000	324.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteile in EUR	Anteile in %
	Land Berlin	108.000	33,33
	Land Brandenburg	108.000	33,33
	Stadt Brandenburg an der Havel	6.000	1,85
	Stadt Frankfurt/ Oder	6.000	1,85
	Stadt Cottbus	6.000	1,85
	Landeshauptstadt Potsdam	6.000	1,85
	Landkreis Barnim	6.000	1,85
	Landkreis Dahme-Spreewald	6.000	1,85
	Landkreis Elbe-Elster	6.000	1,85
	Landkreis Havelland	6.000	1,85
	Landkreis Märkisch-Oderland	6.000	1,85
	Landkreis Oberhavel	6.000	1,85
	Landkreis Oberspreewald-Lausitz	6.000	1,85
	Landkreis Oder-Spree	6.000	1,85
	Landkreis Ostprignitz-Ruppin	6.000	1,85
	Landkreis Potsdam-Mittelmark	6.000	1,85
	Landkreis Prignitz	6.000	1,85
	Landkreis Spree-Neiße	6.000	1,85
	Landkreis Teltow-Fläming	6.000	1,85
	Landkreis Uckermark	6.000	1,85
	Gesellschafteranteile gesamt	324.000	100,00
Datum der Gründung	08.12.1994		
aktueller Gesellschaftsvertrag	01.12.2005		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993.</p> <p>Aufgaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzepts und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplanes, • Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, • Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmearbeitungsverfahrens für das Verbundgebiet, • Vergabe der SPNV-Leistungen, • Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger, • Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfes für den Verbundverkehr, • Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet, • Koordinierung von Fördermaßnahmen der Aufgabenträger, • Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern, • Erarbeitung einheitlicher, qualitativer und quantitativer Standards für die Ver- 		

	kehrsbefugnis des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplannungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger,	
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.	
Beschäftigte	insgesamt	122
	davon:	
	Geschäftsführer	1
	Beschäftigte Mitarbeiter	113
	Auszubildende	8
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u>	bis 18.04.2022: Frau Susanne Henckel
		ab 19.04.2022 Herr Andreas Kuck und Herr Martin Fuchs (interimistisch)
	<u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS	Herr Stefan Klein (Dezernent)
	Stellvertreter LDS	Herr Christian Jank (-23-, Sachbearbeiter ÖPNV)
	<u>Aufsichtsrat:</u> Vertreter LDS	Herr Stephan Loge (Landrat)
	<u>Beirat der Gesellschaft:</u> Vertreter LDS	Herr Christian Jank (-23-, Sachbearbeiter ÖPNV)
	<u>Beirat der Verkehrsunternehmen:</u> Mitglied	RVS

Bilanz der VBB GmbH

Bilanz zum	31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	478.049	462.930	435.779
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	163.477	213.801	271.686
1. Immaterielle Vermögensgegenstände entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	145.727	200.194	224.936
2. geleistete Anzahlungen	17.750	13.607	46.750
II. Sachanlagen	314.571	249.128	164.092
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	314.571	249.128	164.092
B. Umlaufvermögen	4.900.975	6.616.155	6.106.271
I. Vorräte	5.479	6.748	15.396
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.479	5.148	5.124
2. Unfertige Leistungen	0	0	496
3. Waren	0	1.600	9.776
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	790.949	883.693	568.690
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	30.281	84.615	285.808
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0	0	0
3. Sonstige Vermögensgegenstände	760.668	799.078	282.883
III. Kassenbestand	4.104.547	5.725.714	5.522.184
Kassenbestand u. Guthaben bei Kreditinstituten	4.104.547	5.725.714	5.522.184
C. Rechnungsabgrenzungsposten	84.170	105.174	46.243
Bilanzsumme	5.463.194	7.184.260	6.588.292
Passiva			
A. Eigenkapital	324.000	324.000	324.000
I. Gezeichnetes Kapital	324.000	324.000	324.000
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	1.670	2.730	4.891
Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	492.307	460.309	430.888
C. Rückstellungen	1.428.874	1.605.618	1.737.896
Sonstige Rückstellungen	1.428.874	1.605.618	1.737.896
E. Verbindlichkeiten	3.181.663	4.791.603	4.090.617
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0	0	0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	510.394	463.271	611.284
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.167.674	3.955.658	2.777.525
4. Sonstige Verbindlichkeiten	503.595	372.673	701.808
F. Rechnungsabgrenzungsposten	34.680	0	0
Bilanzsumme	5.463.194	7.184.260	6.588.292

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen erhöhte sich um 15 TEUR auf 478 TEUR (Vj. 463 TEUR). Es handelte sich hauptsächlich um Lizenzen und Büroausstattung.

Die Vorräte reduzierten sich im Berichtsjahr um 1,3 TEUR auf 5,5 TEUR (Vj. 6,8 TEUR). In dieser Position wurden der Bestand der Produkte sowie der Bestand des Büromaterials ausgewiesen.

Die Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 54 TEUR auf 30 TEUR (Vj. 85 TEUR) resultierte im Wesentlichen aus dem Verkauf von Produkten des VBB (vor allem aus Fahrausweispapier).

Forderungen gegen Gesellschafter (0 TEUR, Vj. 0 TEUR) bestanden nicht.

Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen im Berichtsjahr 762 TEUR (Vj. 799 TEUR) und reduzierten sich in Bezug zum Vorjahr um 38 TEUR. Die Position beinhaltet u. a. Forderungen aus internationalen Sonderprojekten (139 TEUR) und eine Umsatzsteuerforderung (403 TEUR).

Es wurde zum Jahresende ein Kassenbestand in Höhe von 4.105 TEUR (Vj. 5.726 TEUR) ausgewiesen – die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes in Bezug zum Vorjahr betrug - 1.621 TEUR und war im Wesentlichen aus der Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und der Inanspruchnahme von Rückstellungen im Geschäftsjahr 2021 zurückzuführen.

Das Eigenkapital blieb auf Grund des ausgeglichenen Ergebnisses konstant.

Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sowie Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens: Die Sonderposten entwickelten sich im Berichtsjahr entsprechend dem Anlagevermögen. Den Zugängen in Höhe von 368 TEUR (Vj. 527 TEUR) standen Auflösungen in Höhe von 337 TEUR (Vj. 500 TEUR) gegenüber.

Die Rückstellungen reduzierten sich im Berichtsjahr um 174 TEUR auf 1.429 TEUR (Vj. 1.606 TEUR). Sie umfassten vor allem Prüfungs- und Beratungskosten / Leistungsverpflichtungen gegenüber Dritten (873 TEUR), Personalaufwendungen (227 TEUR) sowie ausstehende Rechnungen (73 TEUR).

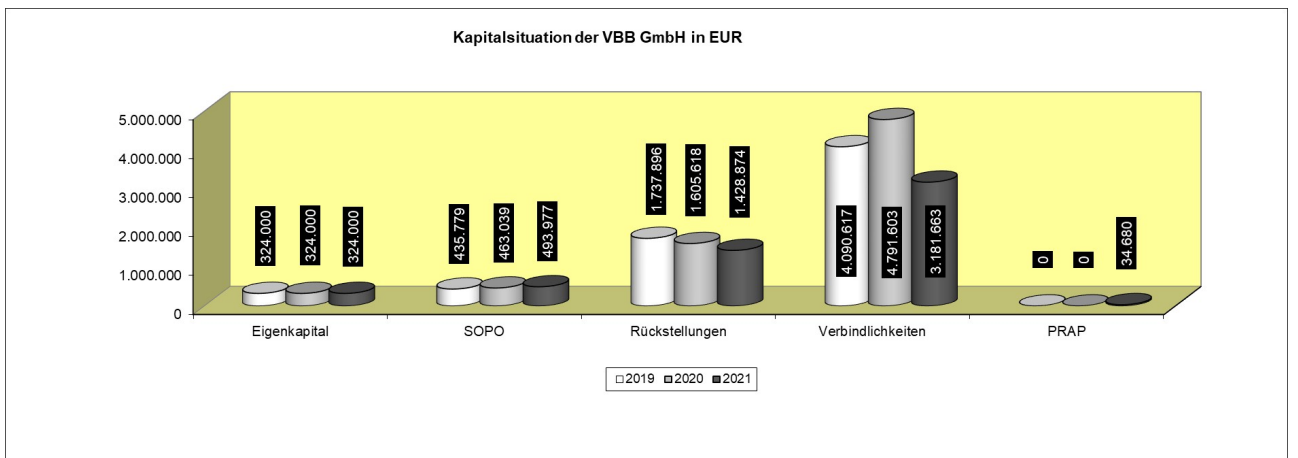
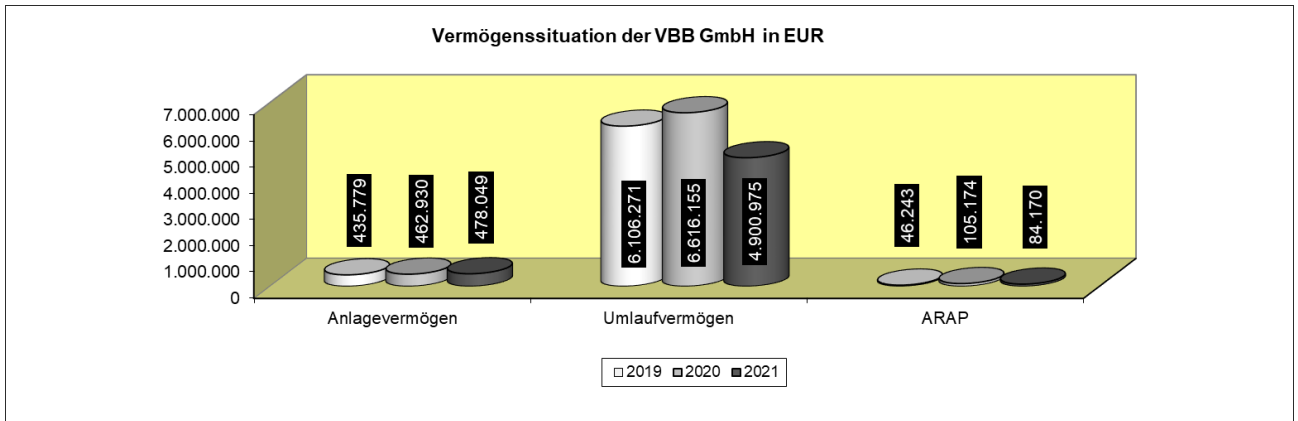
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen: Diese Bilanzposition belief sich im Berichtsjahr erneut auf 0 TEUR (Vj. 0 TEUR).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 47 TEUR auf 510 TEUR (Vj. 463 TEUR). Die Position beinhaltet hauptsächlich die Bestellung von VBB-Fahrausweispapier, Rechts- und Beratungskosten, die Verbindlichkeit aus der Gestellung von Personal sowie sonstigen Dienstleistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern reduzierten sich um 1.788 TEUR auf 2.168 TEUR (Vj. 3.956 TEUR). Die Position umfasste nicht verausgabte Gesellschafterbeiträge, deren Gebundenheit zur Finanzierung laufender Aufgaben und begonnener Projekte gegeben war. Im Berichtsjahr setzten sie sich u.a. wie folgt zusammen: Verbindlichkeiten aus Gesellschafterbeiträgen (833 TEUR), Verbindlichkeiten aus dem Vertragsmanagement (642 TEUR), Verbindlichkeiten aus den Akquiseprojekten der Gesellschafter (509 TEUR).

Kreditverbindlichkeiten hatte die VBB GmbH im Berichtsjahr nicht.

Die sonstigen Verbindlichkeiten erhöhten sich im Berichtsjahr um 131 TEUR auf 504 TEUR (Vj. 373 TEUR). Sie beinhalteten im Wesentlichen Auszahlungsverbindlichkeiten für das Projekt VBB-INNOS-START-VBB-2 (9 TEUR), sonstige Verbindlichkeiten aus Sonderprojekten (125 TEUR), Verbindlichkeiten aus Akquiseprojekten von Dritten (111 TEUR), Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt (151 TEUR) und sonstige Verbindlichkeiten (102 TEUR).



Gewinn- und Verlustrechnung der VBB GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	558.387	674.781	761.979
2.	Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	0	0	0
3.	Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen	14.197.243	11.121.719	9.065.909
4.	Projekterträge	3.266.094	3.518.476	0
5.	Sonstige betriebliche Erträge	595.585	689.969	4.822.955
6.	Materialaufwand	-415.082	-369.199	-631.000
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	-75
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-415.082	-369.199	-630.925
7.	Personalaufwand	-7.963.713	-7.111.492	-6.503.436
	a) Löhne und Gehälter	-6.353.176	-5.622.057	-5.161.687
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-1.610.537	-1.489.435	-1.341.749
8.	Abschreibungen	-336.940	-499.874	-205.013
	a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-336.940	-499.874	-205.013
9.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.900.073	-8.019.171	-7.310.041
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	905	2.303	2.984
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.852	-6.958	-3.784
12.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	554	554	554
13.	Sonstige Steuern	-554	-554	-554
14.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft wies ein ausgeglichenes Ergebnis aus, da sämtliche Aufwendungen durch Gesellschafterleistungen und sonstige Einnahmen finanziert wurden und im Geschäftsjahr nicht verbrauchte Gesellschafterbeiträge periodengerecht abgegrenzt und den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zugeführt wurden.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich um 116 TEUR auf 558 TEUR. Die Umsatzerlöse wurden hauptsächlich aus dem Verkauf des VBB-Fahrausweispapiers an die am öffentlichen Personennahverkehr teilnehmenden Verkehrsunternehmen erzielt. Darüber hinaus beinhaltete die Position Erlöse aus dem Verkauf von Fahrplanbüchern sowie Erlöse aus der Tarifkommunikation.

Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen: Um ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Ertragslage der VBB GmbH zu vermitteln, wurde die Position Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen gebildet. Sie betraf mit 8.751 TEUR die Grundfinanzierung durch die Gesellschafter, mit 4.732 TEUR die Finanzierung des Vertragsmanagements (Center) und mit 714 TEUR die Finanzierung aus Akquiseprojekten. Im Berichtsjahr erhöhte sich die Position um 3.076 TEUR auf insgesamt 14.197 TEUR.

Die Projekterträge (3.266 TEUR) und die sonstigen betrieblichen Erträge (596 TEUR) betragen im Berichtsjahr insgesamt 3.862 TEUR (Vj. 4.208 TEUR). Somit reduzierten sie sich gegenüber dem Vorjahr um 347 TEUR. Sie beinhalteten folgende Erträge: Erträge aus Sonderprojekten (3.266 TEUR, Vj. 3.221 TEUR), Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Gesellschafterbeiträge zur Finanzie-

rung des Anlagevermögens (337 TEUR, Vj. 500 TEUR) sowie Erträge aus Auflösung von Rückstellungen (182 TEUR, Vj. 134 TEUR).

Die Position Materialaufwendungen erhöhte sich um 46 TEUR auf 415 TEUR. Sie enthielt vor allem Kosten für die Gestaltung und Entwicklung von Fahrplanbüchern und die Beschaffung des Fahrausweispa-piers. Diese Aufwendungen stehen in direktem Zusammenhang mit der Erzielung von Umsatzerlösen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 852 TEUR auf 7.964 TEUR, dies war hauptsächlich durch die Erhöhung des Personalbestandes und der im Berichtsjahr erfolgten allgemeinen Gehaltserhöhungen begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 1.881 TEUR auf 9.900 TEUR. Die Position beinhaltet im Wesentlichen den sonstigen betrieblichen Aufwand aus Verbundaufgaben und Aufwen-dungen für Projekte in 2020 mit 5.138 TEUR, davon Projekte für Verbundaufgaben (3.569 TEUR), Aufga-ben und Projekte des Vertragsmanagements Center (1.569 TEUR), 43 TEUR für das Forschungsprojekt INNOS-Start-VBB-2 und Aufwendungen für spezielle Aufgaben von Aufgabenträgern (3.688 TEUR).

Analysedaten

Die Anlagenintensität betrug 9 % im Berichtsjahr – die Kennzahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um drei Prozentpunkte. Begründet war dies durch die Erhöhung des Anlagevermögens bei Verminderung der Bilanzsumme. Demnach sind nur 9 % des Gesamtkapitals im Anlagevermögen gebunden.

Die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) (6 %) hat sich gegenüber den Vorjahren kaum verändert. Eine verbesserte Eigenkapitalausstattung für die Verwirklichung des Gesellschaftszwecks wäre förderlich.

Die Anlagendeckung II erhöhte sich geringfügig um einen Prozentpunkt auf 171 %. Die Gesellschafter finanzieren das gesamte Anlagevermögen. Die Erhöhung war darauf zurückzuführen, dass sich das Anlagevermögen und die Sonderposten im gleichen Umfang erhöhten. Das Eigenkapital blieb dabei unverändert.

Die Liquidität des 3. Grades betrug 106 % im Berichtsjahr – sie erhöhte sich um drei Prozentpunkte ge-genüber dem Vorjahr. Die Erhöhung war durch die Reduzierung des kurzfristigen Fremdkapitals begrün-det.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug im Berichtsjahr -1.621 TEUR (Vj. 204 TEUR). Ausschlaggebend waren hierbei die Abnahme der Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die Redu-zierung des Umlaufvermögens insbesondere des Kassenbestandes.

Die Personalaufwandsquote war gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant mit 43 % geblieben (Vj. 44 %).

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	9%	6 %	7%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	6%	5 %	5%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	15%	11 %	12%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	171%	170%	174%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	106%	103%	105%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	-1.621 TEUR	204 EUR	1.739 TEUR

Kennzahl	2021	2020	2019
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn aus
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	558 TEUR	675 TEUR	762 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	1.154 TEUR	1.365 TEUR	1.065 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	43%	44%	44%
Anzahl der Mitarbeiter	122	102	96

Geschäftsverlauf 2021

Bestimmend waren im Jahr 2021 weiterhin die mit der Corona-Pandemie verbundenen Auswirkungen auf den ÖPNV: Es war gelungen, flexible Tarifprodukte pilothaft für Berlin und Frankfurt (Oder) zu konzipieren und umzusetzen, um auf die durch den Wandel der Arbeitswelt hervorgerufenen Änderungen im Mobilitätsverhalten der Menschen zu reagieren. Die Einführung dieser Angebote war Teil eines Gesamtkonzeptes, um Fahrgäste, die sich während der Pandemie von den öffentlichen Verkehrsmitteln abgewendet haben, wieder von den Vorteilen des ÖPNV zu überzeugen. Das Konzept umfasst auch Maßnahmen, die das Vertrauen in die öffentlichen Verkehrsmittel erneut stärken sollen. Die VBB GmbH hat Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen daneben intensiv bei der Antragsstellung und Abrechnung im Zusammenhang mit dem Corona-Rettungsschirm unterstützt. Zudem hat sie die einheitliche Kommunikation der sich kontinuierlich im Wandel befindlichen gesetzlichen Regelungen mit Relevanz für den ÖPNV im VBB organisiert.

Ferner hat die VBB GmbH im Jahr 2021 u.a. folgende Kernthemen vorangebracht:

Im Rahmen des Tarifentwicklungsverfahrens wurden die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für eine Tarifierfassung zum 01.01.2022 geprüft und abgestimmt. Ein Fokus lag ebenfalls auf der Fortschreibung des Semestertickets, insbesondere in Bezug auf Brandenburger Hochschulen. Das erfolgreiche VBB-Firmenticket, mit dem es im VBB erstmals gelungen ist, eine dritte Säule zur Finanzierung des ÖPNV zu etablieren, wurde evaluiert und mit einer Marketingkampagne beworben. In enger Abstimmung mit Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern ist es unter Moderation der VBB GmbH gelungen, den Vertriebseinbehalt im digitalen Vertrieb abzuschaffen. Damit einher geht die Neuausrichtung des Handyticket-Vertriebs in der VBB-App Bus & Bahn, der künftig von der BVG wahrgenommen werden soll. Im Rahmen der Fahrgastinformation wurde die Integration von Auslastungsinformationen in die VBB-Fahrinfo vorangebracht. Die VBB GmbH hat zudem ein Konzept zur Integration neuer flexibler Angebote in die VBB-Fahrinfo abgeschlossen und deren Umsetzung beauftragt. Die Entwicklung der VBB-Pendler-App wurde fortgesetzt. Zudem engagiert sich die VBB GmbH verbundübergreifend zur Stärkung der Lausitz als Modellregion für Mobilität. Die VBB GmbH hat sich ebenfalls aktiv in die Konzeption einer attraktiven Anbindung der Tesla-Gigafactory in Grünheide an den ÖPNV eingebracht. Die Anstrengungen zur kontinuierlichen Ausweitung des PlusBus-Angebotes im Verbund wurden weitergeführt. Die Vernetzungsstelle Bike+Ride hat ihre Arbeit aufgenommen. Im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement wurden das Vertrags- und Qualitätscontrolling sowie die Vergabe von SPNV-Leistungen konstant fortgeführt. Im Projekt i2030 wurden weitere Fortschritte in Bezug auf den Abschluss von Finanzierungs-

vereinbarungen für die einzelnen Teilprojekte, die Projektrealisierung und die kommunikative Arbeit erzielt.

Trotz der Corona-Pandemie war der Geschäftsbetrieb der VBB GmbH jederzeit sichergestellt. Die VBB GmbH hat zur Umsetzung der geltenden gesetzlichen Regelungen das Hygienekonzept für die Mitarbeiter*innen regelmäßig fortgeschrieben. Besprechungen wurden im Wesentlichen als Videokonferenzen organisiert. Die Mitarbeiter*innen wurden gebeten, von der Möglichkeit der mobilen Arbeit Gebrauch zu machen, um Ansteckungsrisiken zu minimieren. In diesem Zusammenhang ist auch die Digitalisierung papierbasierter Prozesse sowie von Kommunikationsformaten weiter vorangeschritten.

Der öffentliche Diskurs hat im Jahr 2021 einmal mehr gezeigt, dass die Verkehrswende weiterhin zentrales Thema ist und bleibt. Nicht zuletzt der Ausbau und die Stärkung der Angebote, die Umsetzung umweltfreundlicher Antriebsformen, wo nicht ohnehin schon vorhanden, sowie die nachhaltige Finanzierung des ÖPNV stellen große Aufgaben für die kommenden Jahre dar. Die VBB GmbH hat in diesem Zusammenhang die Aufgabe, die öffentlichen Verkehrsangebote in Berlin und Brandenburg ganzheitlich weiterzuentwickeln und ein überzeugendes ÖPNV-Angebot für die Menschen in der Hauptstadtregion zu schaffen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2021	Betriebskostenzuschuss: 86 TEUR*
	2020	Betriebskostenzuschuss: 85 TEUR*
	2019	Betriebskostenzuschuss: 74 TEUR*

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung zu Anschaffungskosten.

* Der Landkreis erhält die Mittel vom Land Brandenburg.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

Freiheitstraße 120

15745 Wildau

Tel.: +49 (0) 3375 / 52 38 0

Fax: +49 (0) 3575 / 52 38 44

E-Mail: info@wfg-lds.de

www.wfg-lds.de, www.zlur.de



	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	738.000	738.000	738.000
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	738.000	738.000	738.000
Datum der Gründung	11.05.1992		
aktueller Gesellschaftsvertrag	27.03.2013		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Verbesserung der Struktur des Landkreises Dahme-Spreewald durch die Förderung der Wirtschaft, des Verkehrs, des Tourismus sowie der sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen</p> <p>Gesellschafter bei der örtlichen und überörtlichen Planung und der Verbesserung der gemeindlichen Infrastruktur zu beraten und zu unterstützen</p> <p>ansässige und ansiedelnde Unternehmen bei der Beschaffung von Grundstücken, Gebäuden, Krediten, Arbeitskräften, Wohnungen und Fördermitteln zu beraten und zu unterstützen</p> <p>Ansiedlung von Unternehmen und Existenzgründungen zu fördern</p> <p>Grundstücke zu erwerben, zu verpachten, zu erschließen und durch Verkauf oder in sonstiger Weise einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen</p> <p>Unternehmen des Tourismus bei der Werbung und Verbesserung der touristischen Einrichtungen zu unterstützen und dazu mit den Verbänden des Tourismus zusammenzuarbeiten</p> <p>sich an Gesellschaften oder Einrichtungen zu beteiligen oder Dienstleistungen für solche Gesellschaften oder Einrichtungen zu erbringen</p>		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen		<u>Prokurist:</u> Frau Marion Schirmer
	<u>Gesellschafterversammlung:</u> Zu Beginn der neuen Wahlperiode des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2019 wurde die Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen neu beschlossen. Aus diesem Grund sind in diesem Beteiligungsbericht die Vertreterbestellungen in der Anlage 1 separat dargestellt.		

Bilanz der WFG mbH

Bilanz zum		31.12.2021	31.12.2020	31.12.2019
		in EUR	in EUR	in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	43.005.104	44.004.048	33.368.732
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	2.520	406	370
II.	Sachanlagen	43.002.584	44.003.642	33.368.362
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grund	42.658.011	43.101.637	23.810.761
2.	Technische Anlagen und Maschinen	190.980	117.307	0
3.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	153.593	165.093	185.935
4.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0	619.605	9.371.666
B.	Umlaufvermögen	6.428.736	4.324.155	5.599.619
I.	Vorräte	1.021.103	855.573	836.280
1.	Fertige Erzeugnisse und Waren	279.343	279.343	279.343
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	741.760	576.230	490.857
3.	Geleistete Anzahlungen	0	0	66.080
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.391.534	1.247.806	2.513.912
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	614.535	311.772	423.032
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.796	3.404	3.331
3.	Forderungen gegen Gesellschafter	3.602.839	4.918	1.924.729
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	169.365	927.712	162.820
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.016.099	2.220.776	2.249.427
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	83.952	29.154	70.898
	Bilanzsumme	49.517.791	48.357.357	39.039.249
Passiva				
A.	Eigenkapital	9.382.952	9.464.686	8.320.528
I.	Gezeichnetes Kapital	738.000	738.000	738.000
II.	Kapitalrücklage	6.519.136	6.519.136	5.119.136
III.	Gewinnvortrag	2.207.550	2.463.392	2.027.459
IV.	Jahresüberschuss	-81.734	-255.842	435.933
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	11.448.491	12.115.476	12.782.583
C.	Rückstellungen	248.782	219.356	149.685
1.	Steuerrückstellungen	3.813	0	0
2.	Sonstige Rückstellungen	244.969	219.356	149.685
D.	Verbindlichkeiten	28.364.036	26.536.636	17.786.151
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.192.701	22.927.664	15.894.907
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.791.650	552.855	560.474
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	672.845	2.404.468	1.011.447
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	288
5.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	0	204.560	22.416
6.	Sonstige Verbindlichkeiten	706.840	447.089	296.619
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	73.531	21.202	302
	Bilanzsumme	49.517.791	48.357.357	39.039.249

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Sachanlagevermögen verringerte sich aufgrund der Abschreibungen des fertiggestellten Zentrums für Zukunftstechnologien (ZFZ) und der Bestandsgebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung auf einen Wert von 43.005 TEUR (Vj. 44.004 TEUR). Mit der Fertigstellung des ZFZ wurden die Bilanzposition Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau ausgeglichen (0 TEUR; Vj. 620 TEUR) bzw. der Bilanzposition Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grund (42.658 TEUR; Vj. 43.102 TEUR) zugeschrieben.

Das Sachanlagevermögen entsprach ca. 87 % des Gesamtvermögens. Es setzt sich aus den Technologiezentren I, II, III, dem ZFZ, den Grundstücken und Außenanlagen sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung zusammen. Mit der Installation einer Krananlage im ZFZ sowie Ladesäulen waren technische Anlagen und Maschinen zu bilanzieren (191 TEUR; Vj. 117 TEUR).

Das Umlaufvermögen erhöhte sich auf 13 % (Vj. 9 %) des Gesamtvermögens bzw. auf 6.429 TEUR (Vj. 4.324 TEUR). Ursächlich dafür waren im Wesentlichen die Erhöhung der Forderungen auf 4.392 TEUR (Vj. 1.248 TEUR) mit den darin enthaltenen Forderungen gegen Gesellschafter (3.603 TEUR; Vj. 5 TEUR). Die Forderungen gegenüber dem Gesellschafter betreffen Forderungen aus dem Cash-Pool-Konto, auf dem Liquidität der WFG verwahrt wird. Darin ist u.a. der Verkaufserlös aus den Liegenschaften im Gewerbegebiet Alteno enthalten.

Bei den Forderungen gegenüber verbundene Unternehmen (ca. 5 TEUR; Vj. 3 TEUR) handelt es sich vollumfänglich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen gegenüber dem Finanzamt aus Umsatz- / bzw. Vorsteuererstattungen.

Der Kassenbestand lag zum Bilanzstichtag bei 1.016 TEUR (Vj. 2.221 TEUR). Die Liquidität der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug zum Bilanzstichtag 9.383 TEUR (Vj. 9.465 TEUR). Die Reduzierung ist auf die Jahresfehlbeträge der Geschäftsjahre 2021 und 2020 zurückzuführen.

Unter hälftiger Anrechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse belief sich das Eigenkapital auf 15.107 TEUR (Vj. 15.522 TEUR). Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wurde im Geschäftsjahr planmäßig aufgelöst und betrug zum Bilanzstichtag 11.448 TEUR (Vj. 12.115 TEUR).

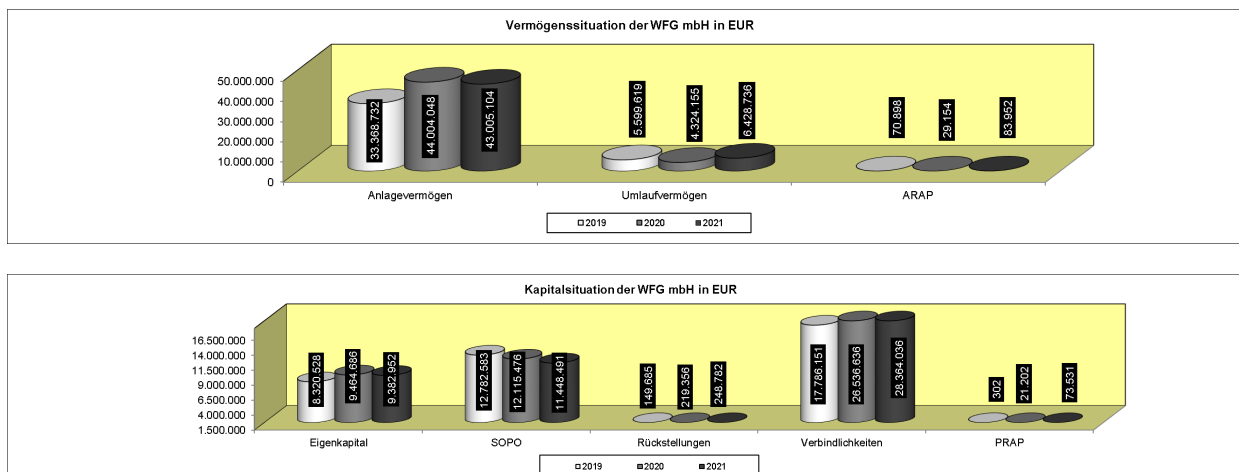
Die Rückstellungen erhöhten sich auf 249 TEUR (Vj. 219 TEUR) und beinhalten Steuerrückstellungen (4 TEUR; Vj. 0 TEUR) sowie Sonstige Rückstellungen in Höhe von 245 TEUR (Vj. 219 TEUR) für Umsatzsteuerzahlungen zzgl. Zinsen (68 TEUR), Archivierungskosten (56 TEUR), Prozesskosten (37 TEUR), Abschlusskosten (25 TEUR), Rückstellungen für Urlaub und Überstunden 47 TEUR) sowie für Abschlusskosten (11 TEUR).

Die gesamten Verbindlichkeiten der Gesellschaft beliefen sich auf 28.364 TEUR (Vj. 26.537 TEUR). Der Großteil der Verbindlichkeiten war den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (24.193 TEUR, Vj. 22.928 TEUR) zuzuordnen. Im Geschäftsjahr erfolgte planmäßig die Auszahlung aus einem Darlehen zur Ausfinanzierung des ZFZ in Höhe von 2.780 TEUR.

Insgesamt erhöhte sich das Fremdkapital um ca. 4,6 % im Vergleich zum Vorjahr auf 34.337 TEUR (Vj. 32.814 TEUR). Maßgeblich dafür waren die Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten zur Finanzierung des ZFZ (2.780 TEUR) sowie die Verbindlichkeiten aus Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen (2.792 TEUR; Vj. 553 TEUR). Diese betrafen überwiegend Vorauszahlungen für Betriebskosten aus bestehenden Mietverhältnissen. Infolge der ganzjährigen Vermietung des ZFZ stieg diese Bilanzposition deutlich an.

Die sonstigen Verbindlichkeiten (707 TEUR; Vj. 447 TEUR) beinhalteten überwiegend Kautionen aus Mietverhältnissen.

Die Bilanzsumme betrug zum Bilanzstichtag 49.518 TEUR (Vj. 48.357 TEUR). Der Vermögenszuwachs belief sich somit auf ca. 2,4 % gegenüber dem Vorjahr.



Gewinn- und Verlustrechnung der WFG mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	3.385.675	2.374.777	2.708.741
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	165.530	85.373	-17.858
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.491.428	1.381.758	1.347.623
4.	Materialaufwand	-888.022	-741.278	-892.607
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-167.557	-158.772	-356.156
	b) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	-720.466	-582.506	-536.451
5.	Personalaufwand	-1.052.964	-764.759	-726.036
	a) Löhne und Gehälter	-853.885	-624.592	-593.398
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-199.078	-140.166	-132.638
6.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.992.688	-1.449.059	-1.293.805
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-578.668	-637.379	-535.237
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	530.291	249.434	590.822
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	10	158.694
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-447.141	-455.541	-247.938
11.	Finanzergebnis	-447.141	-455.531	-89.244
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	1
13.	Ergebnis nach Steuern	83.150	-206.097	501.577
14.	Sonstige Steuern	-164.884,23	-49.745	-65.645
15.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-81.734	-255.842	435.932

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Das Geschäftsjahr 2021 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -82 TEUR (Vj. -256 TEUR) ab. Der Jahresfehlbetrag ist im Wesentlichen auf erhöhte Aufwendungen in Höhe von 4.512 TEUR (Vj. 3.592 TEUR) zurückzuführen. Insbesondere der gesteigerte Personalaufwand durch die Neueinstellung von Mitarbeitern im Projektmanagement führten zu dieser Entwicklung.

Gleichwohl konnten die Umsatzerlöse insbesondere durch die erstmalig ganzjährige Vermietung des neu errichteten Zentrums für Zukunftstechnologien (ZFZ) auf 3.386 TEUR (Vj. 2.375 TEUR) erheblich gesteigert werden. Darin enthaltene Umsatzerlöse aus Mieteinnahmen betragen 2.801 TEUR (Vj. 1.911 TEUR). Die Umsatzerlöse aus Arbeitsmarktprojekten (Lotsendienst, Praxistage im Unternehmen) lagen mit 247 TEUR über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (184 TEUR). Im Bereich der Geschäftsbesorgungen konnte durch personelle Umstrukturierungen der Facility Leistungen der Umsatz mit 88 TEUR nahezu verdoppelt werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich auf 1.491 TEUR (Vj. 1.382 TEUR) und lagen damit um 109 TEUR über dem Vorjahreswert. Darin enthalten waren die im Vergleich zum Vorjahr erhöhte Zuwendung des Gesellschafters in Höhe von 822 TEUR (Vj. 600 TEUR), Erträge aus der anteiligen Auflösung des Sonderpostens (667 TEUR) und übrige Erträge (3 TEUR).

Den gesamten Erträgen stand ein zum Vorjahr um 31 % gestiegener betrieblicher Aufwand in Höhe von 4.512 TEUR (Vj. 3.592 TEUR) gegenüber. Der Aufwandszuwachs von 920 TEUR ist im Wesentlichen bedingt durch erhöhte Abschreibungen auf das Anlagevermögen durch die Fertigstellung des ZFZ (1.993 TEUR; Vj. 1.449 TEUR) und erhöhten Personalaufwendungen (1.053 TEUR; Vj. 765 TEUR).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr auf 579 TEUR (Vj. 637 TEUR) durch geringere erforderliche Fremdarbeiten sowie Rechts- und Beratungskosten.

Die im Materialaufwand (888 TEUR; Vj. 742 TEUR) enthaltenen erhöhten Aufwendungen für bezogene Leistungen (167 TEUR; Vj. 159 TEUR) begründen sich aus dem Arbeitsmarktprojekt Lotsendienst.

Der Personalaufwand stieg tarifbedingt und durch Neueinstellungen von 2 Mitarbeitern auf 1.053 TEUR (Vj. 765 TEUR) an. Der Personalbestand erhöhte sich von 10 Mitarbeitern auf 12 Mitarbeitern.

Das ordentliche Betriebsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 281 TEUR auf 530 TEUR. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf die gesteigerte Gesamtleistung (+ 44%) bei unterproportional gestiegenem betrieblichen Aufwand (+31 %) zurückzuführen.

Das Finanzergebnis entsprach aufgrund der Belastungen aus den Kapitaldiensten zur Finanzierung des ZFZ und der anderen Technologiezentren mit 447 TEUR (Vj. 455 TEUR) weitestgehend dem Vorjahresniveau.

Analysedaten

Die Anlagenintensität reduzierte sich abschreibungsbedingt auf 87 % (Vj. 91 %). Aufgrund der hohen Kapitalbindung durch die Zentren für Luft- und Raumfahrt und des fertiggestellten ZFZ ist diese weiterhin sehr hoch, wodurch Liquiditätsengpässe möglich sein könnten. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Unter Anrechnung des hälftigen Sonderpostens beträgt die Eigenkapitalquote 31 %.

Die Anlagendeckung II konnte mit einem Wert von 102 % weiterhin als stabil bewertet werden. Der Wert zeigt an, dass das Anlagevermögen langfristig finanziert ist.

Die Zinsaufwandsquote reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr von 19 % auf 13 %. Dies ist auf erhöhte Umsatzerlöse zurückzuführen.

Die Liquidität 3. Grades stieg deutlich von 87 % auf 114 % an. Maßgeblich ist der Liquiditätszufluss aus der Veräußerung der Liegenschaften im Gewerbegebiet Alteno. Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gesichert.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 1.193 TEUR auf 1.911 TEUR erhöht.

Die Eigen- und Gesamtkapitalrentabilität lag aufgrund des Jahresfehlbetrages weiterhin bei 0 %.

Die Personalaufwandsquote erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 25 %. Der Mitarbeiterbestand wuchs von 10 auf 12 Mitarbeiter.

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	87%	91%	85%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	19%	20%	21%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	42%	45%	54%
Eigenkapitalquote (mit 50 % Sonderposten)	31%	32%	38%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	102%	99%	109%
Zinsaufwandsquote	13%	19%	9%
Liquidität 3. Grades	114%	87%	205%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	1.911 TEUR	1.193 TEUR	1.730 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	0%	0%	5%
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	0%	0%	2%
Gesamtkapitalrentabilität	1%	0%	2%
Umsatzerlöse	3.386 TEUR	2.375 TEUR	2.709 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	4.221 TEUR	3.842 TEUR	3.489 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-81 TEUR	-256 TEUR	436 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote	25%	24%	21%
Anzahl der Mitarbeiter	12	10	9

Geschäftsverlauf 2021

Das Geschäftsjahr 2021 wies bei einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -82 TEUR (Vj. -256 TEUR) eine Ergebnisverbesserung um 174 TEUR gegenüber 2020 aus. Die Erhöhung des Jahresergebnisses war begründet in einer im Vergleich zum Vorjahr um 1.092 TEUR und damit um 44 % auf 3.552 TEUR gestiegenen Gesamtleistung bei gleichzeitigem Anstieg des betrieblichen Aufwands um 920 TEUR bzw. 31 %.

Im Bereich der Umsatzerlöse war auf Grund der erstmaligen gesamtjährigen Vermietung des errichteten „Zentrum für Zukunftstechnologien“ (ZfZ) ein Anstieg der Mieteinnahmen um 890 TEUR auf 2.801 TEUR zu verzeichnen gewesen. Durch den zusätzlichen Neubau ZfZ mit einer Fläche von 7.300 m² sank die durchschnittliche Vermietungsquote aller Mietobjekte der WFG mbH zu Beginn des Jahres auf 69,6 %, konnte aber im Laufe des Geschäftsjahres auf 85,6 % gesteigert werden. Die Durchschnittsvermietung der Technologiezentren lag im Geschäftsjahr 2021 bei 82 % (Vj. 88 %). Sie lag damit über der erwarteten Vermietungsquote.

Die Einnahmen aus Förderprojekten erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 57 TEUR (bei gleichzeitiger Erhöhung des korrespondierenden Aufwands für bezogene Leistungen für Förderprojekte), die sonstigen Erlöse stiegen ebenso um 31 TEUR.

Die Erhöhung der Abschreibungen um 544 TEUR resultierte aus der für das Geschäftsjahr 2021 vorzunehmenden ganzjährigen Abschreibung des im Vorjahr fertiggestellten ZFZ.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Investitionen in Höhe von 994 TEUR getätigt. Diese entfallen mit einem Volumen von 920 TEUR auf Restarbeiten am Gebäude und an den Außenanlagen des ZFZ. In Höhe von 37 TEUR erfolgten Investitionen in eine Ladeinfrastruktur für Elektromobilität am ZLR I. Des Weiteren wurden in Höhe von 10 TEUR Ersatzinvestitionen im ZLR III getätigt. 26 TEUR wurden in die Betriebs- und Geschäftsausstattung der WFG investiert.

Nach dem in 2019 gefassten Beschluss zur Nachfinanzierung des Bauvorhabens ZFZ in Höhe von 2,2 Mio. EUR war im Geschäftsjahr keine weitere Nachfinanzierung erforderlich. Im Geschäftsjahr erfolgte die planmäßige Auszahlung des zur Nachfinanzierung aufgenommenen Darlehens.

Die Gesellschaft wies im Berichtsjahr bedingt durch den ausgewiesenen Jahresfehlbetrag ein gegenüber dem Vorjahr um 82 TEUR vermindertes Eigenkapital in Höhe von 9.383 TEUR aus. Unter Einbeziehung des hälftigen Sonderpostens errechnete sich eine Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag von 30,5 % (Vj. 32,1 %) bei einer um 1.161 TEUR gestiegenen Bilanzsumme.

Die Finanzmittel der Gesellschaft verringerten sich im Geschäftsjahr insgesamt um 1.205 TEUR. Ausgehend vom Anfangsbestand per 01.01.2021 in Höhe von 2.221 TEUR verfügte die WFG mbH zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von 1.016 TEUR. Der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (-1.029 TEUR), der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit (-994 TEUR) sowie der positive Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (+818 TEUR) ergab die Verringerung der verfügbaren Liquidität. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2021 jederzeit gegeben.

Zur Finanzierung des ZLR III bestanden zum 01.01.2021 vier Darlehen mit einem Gesamtvolumen von 5.158 TEUR. Durch die planmäßige Tilgung in Höhe von 414 TEUR reduzierte sich die Restschuld zum Bilanzstichtag auf 4.744 TEUR. Das ZFZ wird durch vier Kredite mit einem Gesamtvolumen von 19.351 TEUR finanziert. In 2021 erfolgte eine erste Tilgung von 469 TEUR, so dass sich die Restschuld am Ende des Geschäftsjahres auf 18.882 TEUR belief. Die gesamten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen 24.193 TEUR zum 31.12.2021.

Die WFG mbH hatte gemäß verabschiedeten Stellenplan 13 Mitarbeiter*innen (12,44 Vollzeitäquivalente) im Geschäftsjahr 2021 beschäftigt. Mit Inbetriebnahme des ZFZ wurde das Facility Management neu strukturiert. Ab dem 01.01.2021 sind zwei Mitarbeiter bei der WFG im Facility Management tätig. Dadurch konnte das Facility Management für Mietflächen der WFG mbH und der TGZ Wildau GmbH aus einer Hand mit Vertretungsmöglichkeiten bzw. auch vertretbaren Bereitschaftsdiensten umgesetzt werden.

Die notarielle Beurkundung über die Veräußerung des im Umlaufvermögen ausgewiesenen Grundstückes Flur 1, Flurstück 196 (135.539 m²) in der Gemarkung Alteno erfolgte am 18.02.2021. Der in drei Raten zu zahlende Kaufpreis belief sich auf 3.150 TEUR. Damit wurde ein Veräußerungsgewinn von ca. 3.000 TEUR erzielt und stellt damit ein Ereignis von besonderer Bedeutung mit wesentlicher Auswirkung auf den Geschäftsverlauf dar. Erst mit Eingang des vollständigen Kaufpreises bei der WFG mbH in 2022 erfolgt der Übergang des Besitzes, Nutzung und Lasten, Gefahr und Verkehrssicherungspflichten auf den Erwerber.

Die Corona Pandemie hatte auf Grund des Leistungskataloges der Gesellschaft keine oder nur geringe Auswirkung auf den Geschäftsverlauf des Geschäftsjahres 2021.

Weitere Ereignisse von besonderer Bedeutung, die wesentliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf haben, sind nach Abschluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die von der WFG mbH betriebenen Technologiezentren stellen durch die Schaffung von High-Tech Arbeitsplätzen und der hohen Internationalisierung eine bedeutende Rolle auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt des Landkreises Dahme-Spreewald dar. Gerade in Corona Zeiten hat sich herausgestellt, dass bislang Technologiezentren von einer derartigen Krise deutlich weniger betroffen sind.

Die positive Entwicklung erhält mit der für die regionalen Technologieeinrichtungen in den Kommunen Zeuthen, Wildau, Königs Wusterhausen entwickelten Dachmarke „Dahme_innovation“ eine neue Struktur und Entwicklungsperspektive.

Trotz der durch Corona eingeschränkten Möglichkeiten konnten erste Projekte für das gemeinsame Standortmarketing umgesetzt werden.

Mit der im März 2021 beschiedenen GRW-Förderung und den Eigenanteilen des Landkreises wurde das Projekt in Zusammenarbeit mit den genannten Kommunen und den ansässigen Hightech-Akteuren (u.a. TH Wildau, DESY, Fraunhofer IAP, Technologiepark Funckerberg, Technische Akademie Wuppertal) weiter vorangetrieben. Erste Meilensteine waren die erfolgte Eröffnung des ZFZ sowie die Ansiedlung und der Aufbau des „Zentrum für Künstliche Intelligenz in der Public Health Forschung“ des Robert Koch Instituts. Weitere Akzente in Forschung und Entwicklung konnten Anfang 2022 mit der Grundsteinlegung für das „Data Science Center der Cherenkov Teleskop“ und der offiziellen Inbetriebnahme des neu gebauten „Fraunhofer IAP/PYCO Standortes“ in Wildau gesetzt werden.

Mit dem Betrieb der bestehenden Technologiezentren sind aktuelle und mittelfristige Chancen und Risiken verbunden, die sich auf die einzelnen Häuser verteilen.

Die coronabedingte Abmietung von 600 m² Bürofläche durch die AneCom AeroTest GmbH, den Hauptmieter des **ZLR I**, konnte im Geschäftsjahr durch Neuvermietungen weitestgehend kompensiert werden. Für die bereits länger geplante Reparatur des Wärmeverbundsystems im ZLR I/Innenhof sowie für die Reparatur der Ablufttürme wurden Angebote eingeholt. Der Abschluss der Maßnahme soll in 2022 erfolgen.

Die zu Beginn des Jahres 2021 auf 50 % abgesunkene Vermietung des **ZLR III** konnte im weiteren Geschäftsjahr auf 88 % gesteigert werden. Die noch verfügbaren Büroflächen stellen eine angemessene Reserve für weitere Vermietungen dar. Der Saal des ZLR III war mit ca. 70 Veranstaltungen pro Jahr stark beansprucht worden. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27.04.2022 soll der Boden im Erdgeschoss und den Obergeschossen erneuert werden.

Das **Zentrum für Zukunftstechnologien (ZFZ)** erreichte in 2021 eine Vermietungsquote von 94 % und übertraf damit deutlich die Erwartungen. Trotz der guten Vermietungssituation und Mietpreise konnte das Objekt noch kein positives Ergebnis erzielen. Wirtschaftliche Effekte durch Indizierung der Mieten werden das derzeitige Ergebnis noch verbessern. Gegebenenfalls können mittelfristig durch Vertragsverlängerungen die Mietkonditionen angepasst werden, so das mit dem ZFZ Jahresüberschüsse im unteren fünfstelligen Bereich erzielt werden können.

Bei der WFG mbH ist im Jahr 2015 eine **steuerliche Außenprüfung** begonnen worden, die im Jahr 2022 fortgesetzt wurde. Prüfungsschwerpunkte waren die Umsatz- und Gewerbesteuer. Auf der Grundlage des Prüfungsergebnisses für die Prüfungsjahre 2010 - 2013 wird die Prüfung für die Folgejahre 2014 - 2016 fortgesetzt.

Herausforderungen der kommenden Jahre

In Anbetracht der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,9 % im Jahr 2021 und den Prognosen für den Arbeitsmarkt in der Region zeigt sich zunehmend, dass die Gewinnung von qualifizierten **Arbeitskräften** schwieriger wird, um die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu stärken. Vor diesem Hintergrund gilt es, attraktive Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes zu schaffen, die Integration von Flüchtlingen und möglicherweise die Anwerbung von in- und ausländischen Mitarbeitern zu fördern. Gegebenenfalls sind die Anstrengungen mit weiteren Haushaltsmitteln des Landkreises und der Kommunen zu unterstützen.

Die WFG mbH wird sich in 2022 und in den Folgejahren verstärkt mit dem Thema **Flughafenumfeldentwicklung** auseinandersetzen. Mit der Eröffnung des BER im Herbst 2020 beschäftigen sich Unternehmen zunehmend mit den Möglichkeiten einer Ansiedlung im Flughafenumfeld.

Eine Neuorganisation der Vermarktung der Standorte im Flughafenumfeld ist seitens der Landespolitik und seitens des MWAE angeregt worden. In diesem Zusammenhang soll eine Evaluierung des aktuell in der Region agierenden Airport Region Teams angestoßen werden.

Aus Sicht der WFG ist es dringend geboten, dass eine gebündelte Vermarktung der Standorte im Flughafenumfeld durch die regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften auf Brandenburger und Berliner Seite sowie durch private Grundstücksgesellschaften erfolgt. Die WFG mbH hat zusammen mit den Kommunen des Regionalen Wachstumskerns das Konzept „NEOCITY“ für die Flughafenregion beauftragt. Erste Ergebnisse wurden im 4. Quartal 2022 vorgelegt.

Digitale Infrastruktur und digitale Dienste

Auf Grundlage der in 2016 gegenüber dem Landkreis getätigten Fördermittelzusage des Bundes und Landes in Höhe von 15,7 Mio. EUR und dem Kreistagsbeschluss vom 13.04.2016 über die Erbringung der erforderlichen Eigenmittel in Höhe von 1,7 Mio. EUR wurden die Aktivitäten zum **Breitbandausbau** fortgesetzt. Die WFG mbH setzte damit auf der Grundlage des am 01.01.2017 mit dem Landkreis abgeschlossenen Dienstleistungsvertrages die vereinbarten Aufgaben des Breitbandausbaus bis zum voraussichtlichen Ende der ersten Ausbauphase um. Die Arbeiten zum Ausbau erfolgten durch die Telekom, als bester Bieter des Vergabeverfahrens. Der Abschluss dieses Ausbauprojektes erfolgte im September 2022.

Da das „Weiße-Flecken Programm“ vornehmlich auf die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Kupfernetzes abzielt, ist eine zweite Phase mit zukunftssicheren flächendeckenden Glasfaseranschlüssen eine zentrale Aufgabe für die nächste Dekade.

Zur Vorbereitung eines Förderantrages im Rahmen des neuen „graue Flecken Programm“ des Bundes hat die WFG mbH in 2021 ein Markterkundungsverfahren durchgeführt. Nach ersten Schätzungen werden für eine flächendeckende Versorgung des Landkreises mit Glasfaseranschlüssen (FTTH/FTTB) Gesamtkosten zwischen 200 – 400 Mio. EUR entstehen. Im Rahmen der Gesamtfinanzierung wären Eigenmittel in Höhe von 10 % des Landkreises; d.h. zwischen 20 – 40 Mio. EUR durch den Landkreis zu leisten. In Anbetracht dieser Summe, ist das Ergebnis der Markterkundung zur Entscheidung über das weitere Vorgehen in die zuständigen Gremien des Landkreises eingebracht worden. Im Ergebnis einer ersten Einschätzung sind die Gesamtkosten auf ca. 100 Mio. EUR zu begrenzen.

Mit dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur wurde die Voraussetzung für eine verstärkte Digitalisierung des Landkreises und der Nutzung digitaler Dienste durch die Bürger, Öffentliche Einrichtungen und Unternehmen geschaffen. Für einen strukturierten Prozess bedarf es einer derzeit in Erarbeitung befindlichen Digitalisierungsstrategie für den gesamten Landkreis Dahme-Spreewald.

Als erstes umsetzungsorientiertes Digitalisierungsprojekt erarbeitete die WFG mbH eine vom Landkreis im Rahmen des BMEL-Programms „Smarte LandRegionen“ gestellten Förderantrag. Das Projekt sieht die Etablierung einer „digitalen Vermarktungsform für regionale Lebensmittel“ vor. Für die Konzeption stellte das BMEL 200 TEUR zur Verfügung. Ziel ist es, bis 2024 eine umfassende Konzeption zu erarbeiten. Hinsichtlich der Umsetzung sollen in einem zweiten Schritt Fördermittel aus dem Strukturstärkungsgesetz beantragt werden.

Naturwelt Lieberoser Heide

Die WFG mbH übernahm zum 01.01.2021 die Geschäftsführung der I.N.A. Lieberoser Heide GmbH (neu: NaturWelt Lieberoser Heide GmbH). Ziel ist es, die Lieberoser Heide als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusregion über modellhafte Projekte zur Verbindung von Wildnis, Naturschutz und Regionalentwicklung weiterzuentwickeln. Die von der WFG mbH erarbeitete Konzeption mit einem Investitionsvolumen von ca. 110 Mio. EUR wurde von einschlägigen Gremien hinsichtlich einer Förderung aus Strukturstärkungsmitteln begutachtet und beraten. Der Geschäftsbesorgungsvertrag endet nach derzeitiger Beschlusslage zum 31.12.2022. Es bleibt abzuwarten, wie weit bis dahin die Vorbereitung fortgeschritten ist und ob – in Abhängigkeit davon – ein Engagement der WFG mbH fortgesetzt wird oder ob die „NaturWelt Lieberoser Heide GmbH“ einen neuen Geschäftsführer zur Fortsetzung des bisherigen regulären Geschäftsbetriebes suchen wird.

Existenzgründungsförderung

Nach Intervention diverser Landkreise und kreisfreier Städte wird die Existenzgründungsförderung in Brandenburg im Zeitraum 2022 - 2025 in der bisherigen Form auf Ebene der Kreise fortgesetzt. Aufbauend auf bestehende Stärken und Kompetenzen wird sich die WFG mbH mit einem neuen Konzept für dieses Förderprogramm mit einem jährlichen Volumen von ca. 190 TEUR bewerben.

Gewerbeflächen

Im Norden des Landkreises verstetigt sich zunehmend um das Schönefelder Kreuz ein **Gewerbeflächenengpass** bei Grundstücken zwischen 2.000 m² und 10.000 m². Vor diesem Hintergrund konnten die Nachfragen an kleinteiligen Flächen für dort bereits ansässige Firmen seit 2017 nicht mehr bedient werden. Um die wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis weiter zu befördern, bedarf es einer vertieften Bedarfsanalyse und Planung. Möglicherweise sind in einem zweiten Schritt Haushaltsmittel des Landkreises für Flächenankäufe und Erschließungsmaßnahmen erforderlich.

EU-Förderung

Bei allen Tätigkeiten der WFG mbH ist zu bedenken, dass die vergangene **Förderperiode der Europäischen Union (EFRE und ESF)** mit Ablauf des Jahres 2021 endete. Bei der Förderrichtlinie ab 2022 für das Land Brandenburg ist die Förderquote in vielen Bereichen deutlich abgesenkt worden bzw. sind Förderatbestände nicht mehr Bestandteil des Programms.

Bei der Finanzierung der WFG mbH und ihrer Projekte sind Mittel aus den EU-Strukturfonds seit Jahren ein wesentlicher Bestandteil der Finanzierung. Es ist davon auszugehen, dass hierfür mittelfristig andere Finanzierungsquellen zu erschließen sind.

Kooperation

Die WFG mbH ist bestrebt die Kooperationen mit den Kommunen, aufbauend aus der Zusammenarbeit mit dem Breitbandausbau, zu intensivieren. Diese erfreuliche Entwicklung soll in den Folgejahren fortgesetzt werden.

Für das Jahr 2022 geht die Geschäftsführung davon aus, dass das prognostizierte und angestrebte Betriebsergebnis von 61,2 TEUR auf Grund erfolgter Grundstücksverkäufe deutlich übertroffen werden kann.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	1.400 * Kapitalerhöhung zur Finanzierung ZFZ durch Kapitaldienstverzicht
	2019	0
	2018	0
	2017	2.500
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2021	0
	2020	Bürgschaft gegenüber der MBS zur Finanzierung des ZFZ i.H.v. 8,337 Mio. EUR
	2019	0
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können in TEUR	2021	821,7 Betriebskostenzuschuss
		0,0 Kleinkreditprogramm
		37,0 Dienstleistung Breitband (brutto)
		0,00 Start to fly, Start to green, Start to health (brutto)
		16,9 PTU (brutto) FM LDS
	2020	600 Betriebskostenzuschuss
		0,0 Kleinkreditprogramm
		37,0 Dienstleistung Breitband (brutto)
		16,9 Start to fly, Start to green, Start to health (brutto)
2019	550 Betriebskostenzuschuss	
	0,0 Kleinkreditprogramm	
	35,7 Dienstleistung Breitband (brutto)	
	76,5 Start to fly, Start to green, Start to health (brutto)	

*Von Oktober 2011 - 2019 erfolgte in halbjährlichen Raten in Höhe von 103 TEUR die Tilgung des Rendarlehens von ursprünglich 3.718 TEUR gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg über die Finanzierung des ZLR III. Der Landkreis Dahme-Spreewald stellt die Tilgung sicher, die Tilgungsraten werden von der WFG mbH refinanziert. Ab 2020 bis 2029 verzichtet der Landkreis auf die vollständige Refinanzierung des durch die WFG zu erbringenden Kapitaldienstes. Dadurch freigesetzte Liquidität der WFG mbH von insgesamt 1.400 TEUR sichert den Kapitaldienst des von der WFG mbH aufzunehmenden Darlehens zur Finanzierung zusätzlicher Baukosten des ZFZ ab. Der als Kapitalerhöhung zu wertende teilweise Kapitaldienstverzicht ist im Jahresabschluss 2020 bei der WFG mbH abgebildet.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der WFG mbH.

Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH

Freiheitstraße 124-126

15745 Wildau

Tel.: +(49) (0) 3375 / 52 38 0

Fax: +(49) (0) 3375 / 52 38 44

E-Mail: kontakt@tgz-wildau.de

www.tgz-wildau.de



	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	51.200	51.200	51.200
Beteiligung des LDS in %	100	100	100
Beteiligung des LDS in EUR	51.200	51.200	51.200
Datum der Gründung	22.12.1994		
Aktueller Gesellschaftsvertrag	25.11.2014		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Betrieb eines Technologie-, Innovations- und Gründerzentrums mit dem Ziel, vor allem innovations- und technologieorientierten Unternehmen Unterstützung und günstige Bedingungen für die Unternehmensgründung und Ansiedlung zu bieten</p> <p>Vermietung bzw. Verpachtung entsprechender Räume an technologie- und innovationsorientierte Unternehmen</p> <p>Betreuung der Mieter durch Informationen über Unternehmensplanung (Technologie-, Finanzierungs- und Marketingberatung) sowie Vermittlung von Kontakten und Kooperationen</p> <p>Akquise finanzieller Mittel für wichtige Projekte der Wirtschafts-, Arbeits- und Technologieförderung</p>		
Öffentlicher Zweck	<p>Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer:</u> Herr Gerhard Janßen</p>		
	<p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Zu Beginn der neuen Wahlperiode des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald im Jahr 2019 wurde die Bestellung von Vertretern des Landkreises in wirtschaftlichen Unternehmen, Zweckverbänden und sonstigen Einrichtungen neu beschlossen. Aus diesem Grund sind in diesem Beteiligungsbericht die Vertreterbestellungen in der Anlage 1 separat dargestellt.</p>		

Bilanz der TGZ Wildau GmbH

Bilanz zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	664.035	858.910	1.095.097
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II.	Sachanlagen	664.035	858.910	1.095.097
1.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	611.023	826.525	1.057.241
2.	Technische Anlagen und Maschinen	12.390	14.359	16.328
3.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	40.622	18.026	21.528
B.	Umlaufvermögen	318.139	445.080	391.397
I.	Vorräte	125.571	135.578	146.186
1.	Unfertige Leistungen	125.571	135.578	146.186
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29.875	16.923	16.633
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21.281	15.835	12.325
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	8.594	1.088	4.308
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	162.693	292.580	228.578
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	13.008	12.615	12.330
	Bilanzsumme	995.182	1.316.605	1.498.824
Passiva				
A.	Eigenkapital	426.459	466.907	435.252
I.	Gezeichnetes Kapital	51.200	51.200	51.200
II.	Kapitalrücklage	105.671	105.671	105.671
III.	Gewinnvortrag	310.036	278.381	183.236
IV.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-40.447	31.655	95.145
B.	Sonderposten für Investitionszuschüsse	128.498	250.878	373.257
C.	Rückstellungen	20.230	23.914	22.845
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	Sonstige Rückstellungen	20.230	23.914	22.845
D.	Verbindlichkeiten	419.995	574.906	667.470
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	260.578	413.961	486.236
2.	Erhaltene Anzahlungen	107.921	121.819	129.974
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	34.022	25.273	33.973
4.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	3.043
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	17.473	13.854	14.243
E.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	995.182	1.316.605	1.498.824

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Die Bilanz der TGZ Wildau GmbH war auch im Berichtsjahr 2021 durch hohes gebundenes Anlagevermögen, dem Grundstück, Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des TGZ gekennzeichnet. Gemessen an der Bilanzsumme betrug der Anteil des Anlagevermögens 67 %.

Die unter Vorräte untergeordnete Position „unfertige Leistungen“ beinhalten die umlagefähigen Betriebskosten, die im Folgejahr mit den Mietern endabgerechnet werden. Mit 126 TEUR beliefen sich die Vorräte leicht unter dem Vorjahreswert (135 TEUR).

Der Forderungsbestand befand sich mit 30 TEUR deutlich über dem Vorjahreswert (17 TEUR). Die darin enthaltenen Lieferforderungen (21 TEUR) beziehen sich auf Betriebskostenabrechnungen für das Jahr 2020, welche im IV. Quartal 2021 in Rechnung gestellt wurden. Die sonstigen Vermögensgegenstände betragen 9 TEUR (Vj. 1 TEUR).

Der Kassenbestand reduzierte sich aufgrund der Investitionen in das Coworking Space und der Ablösung der Restsumme des KfW-Kredits um 130 TEUR auf 163 TEUR zum Bilanzstichtag.

Insgesamt reduzierte sich das Umlaufvermögen gegenüber dem Vorjahr auf 318 TEUR (Vj. 445 TEUR).

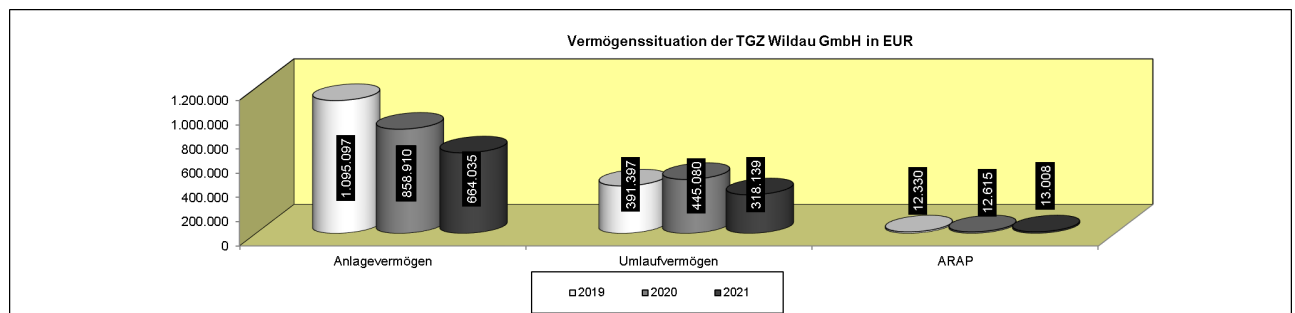
Das Eigenkapital verminderte sich auf 426 TEUR zum Bilanzstichtag, bei einem Gewinnvortrag von 310 TEUR und einem Jahresfehlbetrag aus 2021 in Höhe von -40 TEUR. Das gezeichnete Kapital sowie die Kapitalrücklage blieben konstant gegenüber dem Vorjahr.

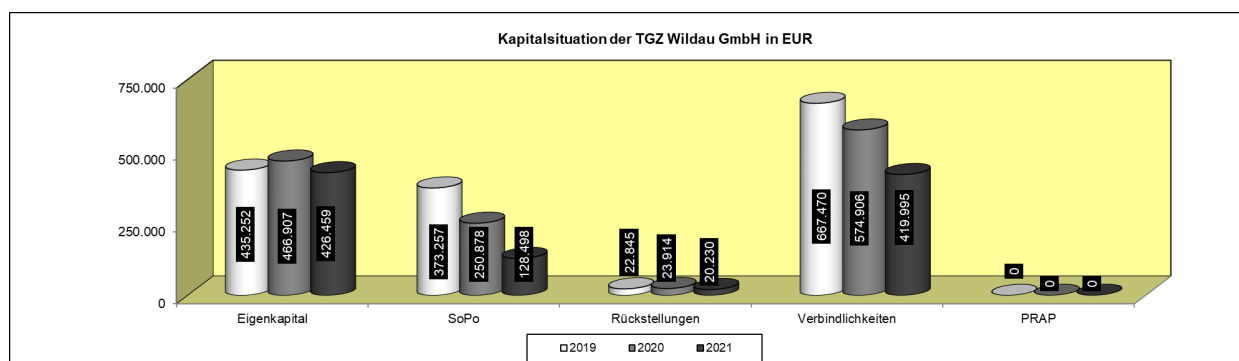
Unter Berücksichtigung des hälftigen Sonderpostens für Investitionszuschüsse, der Eigenkapitalcharakter hat, errechnete sich für 2021 eine Verringerung des Eigenkapitals auf 490 TEUR (Vj. 593 TEUR). Die Eigenkapitalquote stieg auf 49 % (Vj. 45 %) durch die überproportionale Reduzierung des langfristigen Fremdkapitals und der Verkürzung der Bilanzsumme.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse verringerte sich analog der anteiligen Abschreibungen des TGZ-Gebäudes planmäßig um 123 TEUR. Zum Bilanzstichtag betrug dieser 128 TEUR (Vj. 251 TEUR).

Die Rückstellungen in Höhe von 20 TEUR blieben im Vergleich zum Vorjahr (24 TEUR) annähernd konstant. Sie beinhalten Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (10 TEUR), für Archivierungskosten (9,8 TEUR) und für ausstehende Rechnungen (0,4 TEUR).

Die Verbindlichkeiten beliefen sich insgesamt auf 420 TEUR (Vj. 575 TEUR). Ein Großteil davon entfällt auf die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 261 TEUR (Vj. 414 TEUR). Die kurzfristigen Verbindlichkeiten und übrigen Verbindlichkeiten beliefen sich auf 211 TEUR (Vj. 314 TEUR).





Gewinn- und Verlustrechnung der TGZ Wildau GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	450.092	506.538	521.039
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-10.006	-10.609	4.450
3.	sonstige betriebliche Erträge	122.983	122.379	142.989
4.	Materialaufwand	-137.172	-134.270	-130.409
5.	Personalaufwand	-333	-73.288	-70.859
	a) Löhne und Gehälter	0	-59.356	-57.708
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-333	-13.932	-13.151
6.	Abschreibungen	-237.443	-226.913	-219.263
	a) Abschreibungen auf imm. VG und Sachanlagen	-237.443	-226.913	-219.263
	b) außerplanmäßige Abschreibungen auf Vermögensgegenstände und Sachanlagen	0	0	0
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-216.760	-141.196	-135.791
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	-28.642	42.642	112.157
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	4.538	0
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.218	-8.938	-10.425
11.	Finanzergebnis	-5.218	-4.400	-10.425
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
13.	Ergebnis nach Steuern	-33.860	38.242	101.732
14.	Sonstige Steuern	-6.587	-6.587	-6.587
15.	Jahresergebnis	-40.447	31.655	95.145

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 450 TEUR (Vj. 507 TEUR) und lagen damit unter dem Vorjahreswert.

Sonstige betriebliche Erträge (123 TEUR) stammten im Wesentlichen aus der ertragswirksamen Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen.

Der Materialaufwand in Höhe von 137 TEUR (Vj. 134 TEUR) beinhaltet die bezogenen Leistungen (Betriebskosten) und hat sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig erhöht. Im Berichtsjahr wurden weitere Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von 78 TEUR durchgeführt.

Die Abschreibungen in Höhe von 237 TEUR lagen leicht über dem Vorjahreswert (227 TEUR).

Die Verwaltung des Technologiezentrums erfolgte auch in 2021 vollständig im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TGZ Wildau GmbH und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH. Die Kosten, die im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages entstanden sind, wurden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Ab 2021 wird das Facility Management des TGZ von der WFG mbH erbracht. Durch den Personalwechsel fielen bei der TGZ Wildau GmbH keine Personalkosten mehr an bzw. nur 333 EUR für Sozialabgaben. 2020 beliefen sich die Personalaufwendungen noch auf 73 TEUR.

Im Geschäftsjahr wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -40 TEUR erzielt (Vj. + 32 TEUR). Gegenüber dem bestätigten Wirtschaftsplan für 2021 stellt das Jahresergebnis eine Verbesserung von 17 TEUR (Planwert -57 TEUR) dar.

Analysedaten

Die Anlagenintensität war aufgrund des TGZ Gebäudes mit 67 % weiterhin hoch. Da es sich hierbei um langfristig gebundenes Vermögen handelt, sollte dieses auch langfristig finanziert sein. Bei Betrachtung der Anlagendeckung II mit einem Wert von 115 % zeigt sich, dass diese Regel vollumfänglich erfüllt ist. Der Zielwert liegt bei 100 %.

Eine hohe Anlagenintensität erfordert daher einen hohen Anteil von Eigenkapital bzw. langfristigem Fremdkapital. Unter Einbeziehung des hälftigen Sonderpostens für Investitionszuschüsse kann die leicht gesteigerte Eigenkapitalquote von 49 % als solide beurteilt werden. Durch die Veränderung des Fremdkapitals und der Erhöhung des Gewinnvortrages durch den erzielten Jahresüberschuss konnte die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) im Vergleich zum Vorjahr von 35 % auf 43 % gesteigert werden.

Die Zinsaufwandsquote blieb aufgrund der Tilgungen von Krediten bei 1 %. Im Rahmen des planmäßig erbrachten Kapitaldienstes von insgesamt 153 TEUR, wurden 5 TEUR (Vj. 9 TEUR) für Zinszahlungen geleistet. Die Liquidität 3. Grades hat sich von 132 % auf 94 % reduziert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt gegeben.

Der Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um 62 TEUR auf 197 TEUR. Aufgrund des negativen Jahresergebnisses betrug die Eigenkapitalrentabilität und die Gesamtrentabilität 0 % (Vj. 7 % bzw. 3 %).

Aufgrund der Ausgliederung des Facility Management in die WFG mbH fielen keine Personalaufwendungen im Berichtsjahr an, lediglich 333 EUR für zu entrichtende Sozialaufwendungen. Vor diesem Hintergrund errechnete sich keine Personalaufwandsquote (Vj. 12 %). Die Kosten für das Facility Management waren den betrieblichen Aufwendungen zuzurechnen.

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	67%	65%	73%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	43%	35%	29%
Eigenkapitalquote (mit 50% Sonderposten)	49%	45%	42%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	115%	114%	112%
Zinsaufwandsquote	1%	2%	2%
Liquidität 3. Grades	94%	132%	141%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	197 TEUR	259 TEUR	314 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	7%	22%
Gesamtkapitalrentabilität	0 %	3%	7%
Umsatz	450 TEUR	507 TEUR	521 TEUR
Gesamtleistung	563 TEUR	618 TEUR	668 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-40 TEUR	32 TEUR	95 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	0%	11%	11%
Anzahl der Mitarbeiter	0	1	1

Geschäftsverlauf 2021

Die Leistungen der TGZ Wildau GmbH bezogen sich auf die Dauervermietung von Räumlichkeiten überwiegend an „kleine und mittlere“ Unternehmen, die Einzelvermietung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Seminare. Facility-Managementleistungen für Dritte werden ab 2021 durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages erbracht.

Das Geschäftsjahr war durch eine erhebliche Fluktuation gekennzeichnet. Über ein Drittel der Fläche des TGZ inkl. großer Werkstattbereiche musste deshalb instandgesetzt werden. Darüber hinaus ist das Coworking Space neu eingerichtet worden. Erste Mieter zogen zum 01.09.2021 ein. Insgesamt konnte durch die flexiblen anmietbaren Einzelarbeitsplätze im Coworking Space das räumliche Angebot für Gründer am Standort sinnvoll erweitert werden. Nichts destotrotz war die Auslastung des Coworking Space in 2021 coronabedingt noch sehr zurückhaltend. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Die Durchschnittsvermietung in TGZ lag auf dem Vorjahresniveau von 88,3 % (Vj. 90 %). Im Geschäftsjahr konnten 21 neue Mietverhältnisse abgeschlossen werden.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 43 TEUR getätigt. Davon entfielen 40 TEUR auf die Errichtung des neuen Coworking Spaces. Die übrigen Investitionen erfolgten in allgemeine Betriebs- und Geschäftsausstattungen des TGZ. Finanzierungsmaßnahmen bzw. Vorhaben fanden in 2021 nicht statt.

Es wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -40,4 TEUR erzielt, was einer Verbesserung von 17 TEUR gegenüber dem Planwert entsprach.

Die Geschäftsführung sowie die gesamte Verwaltung des Technologiezentrums erfolgten, wie auch in den Vorjahren, durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH, welche im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages diese Aufgaben abdeckt. Seit dem 01.01.2021 verfügt die TGZ

Wildau GmbH nicht mehr über eigenes Personal. Das Facility Management wird nunmehr ebenfalls durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages erbracht.

Der Kapitaldienst der beiden Kredite zur Finanzierung der Errichtung des Technologie- und Gründerzentrums wurde im Geschäftsjahr planmäßig bedient. Dieser beinhaltete die planmäßige Tilgung sowie die Tilgung einer Restsumme eines Darlehens von insgesamt 90 TEUR und Zinsaufwendungen in Höhe von 5 TEUR. Die Kreditverbindlichkeiten reduzierten sich auf 261 TEUR (Vj. 414 TEUR).

Bedingt durch die vergleichsweise hohen Tilgungsleistungen sowie die Finanzierung des Umbaus für das Coworking Space aus Eigenmitteln in Höhe von 40 TEUR sanken die liquiden Mittel um 130 TEUR auf 163 TEUR. Betriebskostenzuschüsse des Gesellschafters wurden nicht geleistet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2021 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Mit einer Sockelliquidität Ende 2021 in Höhe von 160 TEUR besteht aus Sicht der Geschäftsführung ausreichend Liquidität für unvorhergesehene Reparaturen (Heizkessel o.ä.) bzw. temporäre Mietausfälle. Aufgrund der stabilen Vermietungssituation in 2022 wird die Liquidität durch einen Vermietungsstand von über 90 % wieder gesteigert werden.

An der Strategie, der Investition in die Gebäudesubstanz, zum Erhalt der Qualität wird auch in den folgenden Jahren festgehalten. Sie ist Voraussetzung für eine nachhaltige Bewirtschaftung. Unter Berücksichtigung der sich verstetigenden Tendenz warmer Sommer ist die nachträgliche Klimatisierung des zweiten Flügels des TGZ und von Teilflächen des Anbaus weiterhin zu erwägen.

Nach dem bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2022 geht die Geschäftsführung davon aus, dass das Planergebnis von + 18 TEUR geringfügig übertroffen wird.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen (eigenkapitalerhöhende Betriebskostenzuschüsse)	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	In 2021 erlosch mit Ablösung des Darlehens die Bürgschaft des LDS.	
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2021	Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank Restschuld zum 31.12.2021: 0 TEUR
	2020	Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank Restschuld zum 31.12.2020: 37 TEUR
	2019	Umsetzung Sanierungsvereinbarung vom 18.10.2006 mit der Übernahme des Kapitaldienstes gegenüber der DKB-Bank Restschuld zum 31.12.2019: 74 TEUR
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der TGZ Wildau GmbH.		

Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

Am Turm 14

03046 Cottbus

Tel.: +49 (0) 355 / 28 890 404

Fax: +49 (0) 355 / 288 90 405

E-Mail: info@wirtschaftsregion-lausitz.de

www.wirtschaftsregion-lausitz.de



	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	35.000	35.000	30.000
Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital
Wirtschaftsregion Lausitz GmbH	5.000 EUR; 5.000 EUR, 28,57 %	-	-
Landkreis Bautzen (seit 26.08.2019)	-	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR, 14,29 %
Landkreis Dahme-Spreewald	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %
Landkreis Elbe-Elster	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %
Landkreis Görlitz	-	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %
Landkreis Oberspree-wald- Lausitz	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %
Landkreis Spree-Neiße	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %
Stadt Cottbus	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %	5.000 EUR; 14,29 %
Datum der Gründung	15.07.2009 als Energieregion Lausitz-Spreewald GmbH		
Umfirmierung	27.11.2017 (Eintragung Handelsregister)		
aktueller Gesellschaftsvertrag	26.08.2019		
Gegenstand des Unternehmens	Strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels durch die Entwicklung zukunftsfähiger wirtschaftlicher Perspektiven für die Lausitz		
	Begleitung der Strukturentwicklung als Maßnahmenträger sowie die direkte Unterstützung konkreter Projekte		
	Koordinierung der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg sowie benachbarter Staaten zu Fragen der Struktur- und Regionalentwicklung unter Beachtung des § 91 Abs. 4 Satz 2 BbgKVerf		
	Soweit zugelassen und möglich, soll sich die Gesellschaft wie ein Träger öffentlicher Belange an gebietsrelevanten Verfahren beteiligen		
	Koordinierung, Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen zum Marketing und zur Imagestärkung der Wirtschaftsregion Lausitz		
Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Herr Heiko Jahn (ab 13.09.2019)

Gesellschafterversammlung:

Vertreter LDS:

Herr Stephan Loge (Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald) bis 09.11.2020

Frau Heike Zettwitz (Beigeordnete des Landkreises Dahme-Spreewald) ab 10.11.2020
(Betreuung gem. § 97 Abs. 1 BbgKVer)

Stellvertreter LDS:

Gem. § 97 Abs. 1 BbgKVerf

Aufsichtsrat:

Vertreter des LDS:

Herr Stefan Klein (Dezernent für Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit und Recht des Landkreises Dahme-Spreewald, Betreuung gem. § 97 Abs. 1 BbgKVerf) ab 01.01.2020

Herr Olaf Schulze (Abgeordneter des Kreistages des Landkreises Dahme-Spreewald)

Bilanz der WRL GmbH

Bilanz zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	30.055	57.153	57.636
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	5	5	5
1.	Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	5	5	5
II.	Sachanlagen	30.050	57.148	57.631
1.	Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	30.050	57.148	57.631
B.	Umlaufvermögen	756.052	824.574	860.040
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	326.161	79.450	432.410
1.	Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen	317.738	62.256	423.643
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	8.422	17.194	8.767
II.	Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	429.891	745.124	427.630
C.	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	12.485	7.786	1.090
D.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	16.765	0
	Bilanzsumme	798.592	906.278	918.766
Passiva				
A.	Eigenkapital	271.699	0	197.719
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	35.000	35.000
II.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-51.765	162.719	0
III.	Jahresfehlbetrag/-überschuss	298.464	-214.484	162.719
IV.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	16.765	0
B.	Geleistete Einlagen zur beschlossenen Kapitalerhöhung	20.000	0	0
C.	Rückstellungen	28.182	487.882	325.221
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	Sonstige Rückstellungen	28.182	487.882	325.221
D.	Verbindlichkeiten	478.711	418.396	395.826
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	85.894	0
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	31.100	246.212	346.054
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	447.611	86.290	49.771
D.	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	798.592	906.278	918.766

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen (30 TEUR; Vj. 57 TEUR) hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund planmäßiger Abschreibungen, denen geringe Zugänge innerhalb der Betriebs- und Geschäftsausstattung gegenüberstanden, verringert.

Das Umlaufvermögen (756 TEUR; Vj. 825 TEUR) hat sich per Saldo um 69 TEUR verringert. Dabei sind unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen die noch nicht geleisteten Eigenanteile der Ko-

operationspartner zum Projekt „Zukunftswerkstatt Lausitz“ in Höhe von 297 TEUR ausgewiesen. Gegenläufig haben sich die liquiden Mittel zum Bilanzstichtag im Vergleich zum Vorjahr um 315 TEUR und damit deutlich reduziert (430 TEUR; Vj. 745 TEUR).

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet Kosten für Werbung und Versicherungen in Höhe von 12 TEUR (Vj. 8 TEUR), die das Folgejahr betreffen.

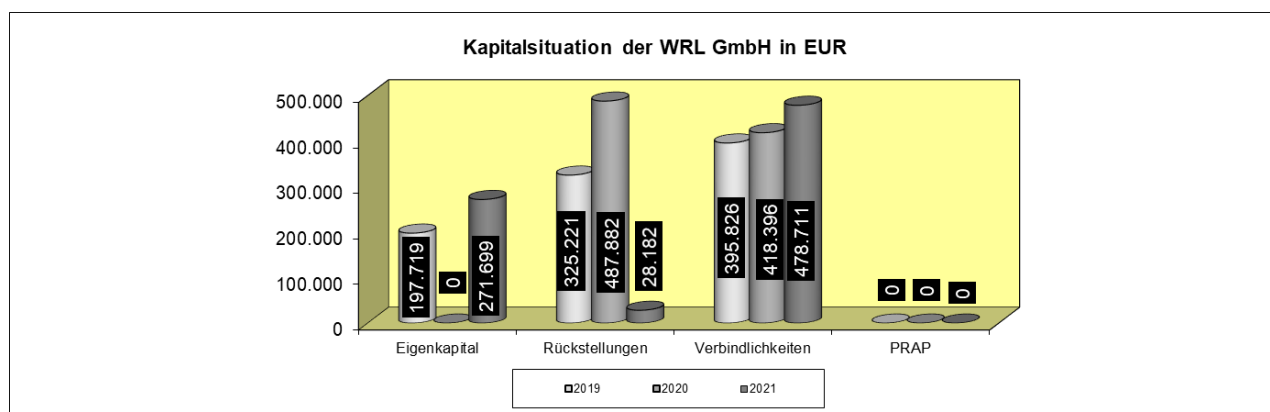
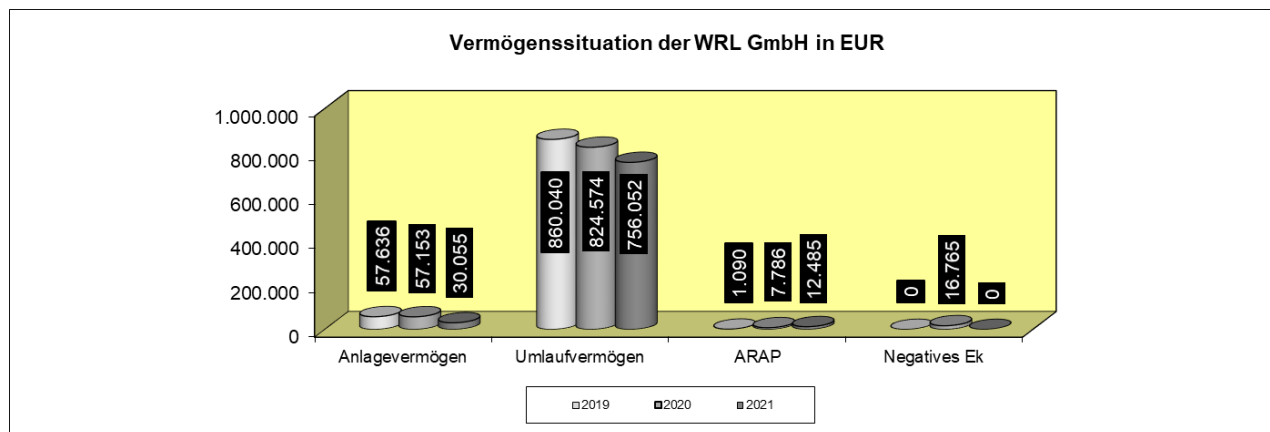
Das Eigenkapital unterscheidet sich in der Zusammensetzung gegenüber dem Vorjahr in allen Positionen. Das gezeichnete Kapital reduzierte sich im Berichtsjahr um 10 TEUR, was den Anteilen der früheren sächsischen Gesellschafter Landkreis Görlitz und Landkreis Bautzen entsprach. Diese Anteile wurden 2021 von der WRL abgesetzt ausgewiesen und werden mit Wirkung zum 01.01.2022 vom Land Brandenburg übernommen. Der Verlustvortrag in Höhe von -52 TEUR resultiert aus der Verrechnung des Jahresfehlbetrages des vergangenen Jahres. Im Berichtsjahr konnte ein Jahresgewinn in Höhe von 298 TEUR ausgewiesen werden. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag des vergangenen Jahres wird nicht mehr ausgewiesen.

Eine neue Bilanzposition „Geleistete Einlagen zur beschlossenen Kapitalerhöhung“ weist als Sonderposten 20 TEUR aus, welche bereits von der Landesregierung Brandenburg für die beschlossene Kapitalerhöhung zum 01.01.2022 eingezahlt wurden. Die wirtschaftliche Wirkung tritt zum 01.01.2022 in Kraft, wie Urkundenrolle UR 1625/2021 bezeugt.

Unter den Rückstellungen konnten insbesondere die sonstigen Rückstellungen, welche maßgeblich für Rückforderungen aus dem Projekt „Zukunftswerkstatt Lausitz“ gebildet waren und im Berichtsjahr aufgelöst worden sind, reduziert werden. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für Personalkosten in Höhe von 5 TEUR und Rückstellungen für die Kosten der Prüfung des Jahresabschlusses in Höhe von 9 TEUR bilanziert.

Die gesamten Verbindlichkeiten (479 TEUR; Vj. 418 TEUR) erhöhten sich um 61 TEUR. Davon betreffen 246 TEUR die Rückzahlung eines Anteils der im Jahr 2021 erhaltenen institutionellen Förderung des Landes Brandenburg gemäß Zuwendungsbescheid vom 23.09.2021.

Die Bilanzsumme reduzierte sich von 906 TEUR auf 799 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der WRL GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	0	0	0
2.	Sonstige betriebliche Erträge	1.787.600	6.228.471	5.732.811
3.	Materialaufwand	0	0	-49.573
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	-49.573
4.	Personalaufwand	-1.176.874	-1.269.296	-1.054.371
	a) Löhne und Gehälter	-977.111	-1.047.405	-870.446
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-199.762	-221.890	-183.924
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-34.903	-45.362	-33.336
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-276.132	-5.114.069	-4.407.145
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	0	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-679	-13.932	-25.668
9.	Ergebnis nach Steuern	299.016	-214.188	162.719
10.	Sonstige Steuern	-552	-296	0
11.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	298.464	-214.484	162.719

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Im Jahr 2021 erzielte die WRL GmbH Gesamterträge in Höhe von 1.788 TEUR (Vj. 6.228 TEUR). Umsatzerlöse wurden nicht generiert.

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 1.788 TEUR wurden unter anderem die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter des Berichtsjahres ausgewiesen sowie die institutionelle Förderung des Landes Brandenburg. Die deutliche Verringerung im Berichtsjahr um 4.440 TEUR gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Beendigung des Förderprojektes „Zukunftswerkstatt Lausitz“.

Die Personalaufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 1.177 TEUR. Dies entsprach einer Verminderung gegenüber dem Vorjahr um 92 TEUR. Die Mitarbeiterzahl reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um vier Stellen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich insbesondere analog zu den Erträgen deutlich um 4.839 TEUR aufgrund des beendeten Förderprojektes „Zukunftswerkstatt Lausitz“.

Gegenüber dem Vorjahr konnten die Zinsaufwendungen (1 TEUR; Vj. 14 TEUR) nochmals reduziert werden.

Das Berichtsjahr schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 298 TEUR ab.

Analysedaten

Die Anlagenintensität von 4 % ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken.

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses hat sich die Eigenkapitalquote deutlich erhöht und beträgt 34 % ohne Berücksichtigung des Sonderpostens, der im Berichtsjahr gebildet worden ist. Berechnet man die Quote unter Einbeziehung der 20 TEUR, die bereits durch das Land Brandenburg gezahlt wurden, jedoch erst im kommenden Geschäftsjahr dem Eigenkapital zugerechnet werden, erhält man eine Eigenkapitalquote in Höhe von 37 %.

Die Liquidität 3. Grades betrug 149 % und lag damit über dem Schwellenwert von 100 %.

Die Ermittlung der Personalaufwandsquote ist aufgrund einer neutralen Gesamtleistung des Unternehmens auch in diesem Berichtszeitraum nicht abbildbar. Die Anzahl der Mitarbeiter hat sich gegenüber dem Vorjahr etwas reduziert.

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	4%	6%	6%
Eigenkapitalquote	34%	0%	22%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	17 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	971%	0%	343%
Zinsaufwandsquote	-	-	-
Liquidität 3. Grades	149%	101%	119%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	353 TEUR	-169 TEUR	196 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	82%
Gesamtkapitalrentabilität	37%	0%	21%
Umsatz	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Gesamtleistung	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	298 TEUR	-214 TEUR	163 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	-	-	-
Anzahl der Mitarbeiter	17	22	20

Geschäftsverlauf 2021

Im Berichtsjahr 2021 setzte sich die Gesellschafterstruktur nach dem erfolgten Austritt der beiden sächsischen Mitgesellschafter Landkreis Görlitz und Landkreis Bautzen zum 09.12.2020 wie folgt zusammen: Landkreis Dahme-Spreewald, Landkreis Elbe-Elster, Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Landkreis Spree-Neiße und die kreisfreie Stadt Cottbus. Die beiden Anteile der früheren sächsischen Gesellschafter hielt die WRL GmbH vorerst, bis im Jahresverlauf der Beitritt des Landes Brandenburg als Mehrheitsgesellschafter der WRL GmbH beschlossen wurde und es zum Beginn des Jahres 2022 zur Umsetzung kam. Am 17.12.2021 wurde die Erhöhung des Stammkapitals notariell beurkundet, die Eintragung in das Handelsregister erfolgte im Januar 2022.

Dem Geschäftszweck des Unternehmens entsprechend, nahm die WRL GmbH im Berichtsjahr ihre gesellschaftsrechtliche Aufgabe, den Strukturwandel in der Lausitz zu befördern, wahr und konzentrierte sich insbesondere auf die folgenden Aufgaben:

- Strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels durch die Entwicklung zukunftsfähiger wirtschaftlicher Perspektiven für die Lausitz,
- Begleitung der Strukturentwicklung als Maßnahmenträger sowie die direkte Unterstützung konkreter Projekte,
- Koordinierung der länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg sowie benachbarter Staaten zu Fragen der Struktur- und Regionalentwicklung,
- Koordinierung, Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen zum Marketing und zur Imagestärkung der Wirtschaftsregion Lausitz.

Aufgrund der Neuausrichtung der WRL GmbH als Landesstrukturentwicklungsgesellschaft des Landes Brandenburg konzentriert sich das Unternehmen ab dem Jahr 2021 ausschließlich auf Projekte, die direkt mit dem Strukturwandel in der Lausitz in Verbindung stehen. Eine Fortführung der Arbeit als Projektträger sowie finanzielle Unterstützung für andere Projekte erfolgt nicht mehr.

Somit stehen neben der Entwicklung des Werkstattprozesses zwei weitere Themen auf der Agenda für das Jahr 2021:

- Landesprojekt „Sächsischer MitmachFonds – Lausitzer Revier“
Dieses Projekt lief im Berichtsjahr 2021 aus. Aufgrund der pandemischen Lage wurde eine Verlängerung bis zum 30.04.2021 umgesetzt, die für die WRL GmbH kostenneutral war.
- Bundesmodellvorhaben „Unternehmen Revier“
Die erste Förderperiode in diesem Projekt, welches die WRL GmbH als Regionalpartner seit dem Jahr 2018 erfolgreich koordiniert, endete planmäßig zum 31.10.2021. Die Verabschiedung einer Neuauflage der Förderrichtlinie ermöglichte eine nahtlose Fortführung der Arbeit im Projektteam der WRL GmbH. Bis zum 31.12.2027 läuft nun die zweite Phase des Bundesprojektes. Die WRL GmbH wird weiterhin als Regionalpartner des Bundes tätig sein.

Der bereits im Jahr 2020 geschaffenen Aufbaustab an Personal für die Umsetzung des aus dem „Lausitzprogramm 2038“ abgeleiteten Werkstattprozesses, konnte im Jahr 2021 erfolgreich in eine Drittmittelfinanzierung über das sogenannte STARK-Bundesprogramm überführt werden. Die hier entstehenden Eigenanteile werden über die kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen ausgeglichen. Im Berichtsjahr 2021 fanden insgesamt 21 Werkstattsitzungen statt. Es konnten 50 Projekte durch die Interministerielle Arbeitsgruppe der Landesregierung (IMAG) bestätigt und damit zur Antragstellung zugelassen werden. Daraus resultieren bis zum Jahresende 8 Zuwendungsbescheide der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB).

Um auch die Außenwahrnehmung der neuen Rolle der WRL GmbH zu befördern, lag ein großes Augenmerk auf der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Da der Akzeptanz des Werkstattprozesses eine große Bedeutung zukommt, sind entsprechende Bürgerforen durchgeführt worden, um eine Bürgerbeteiligung – vor allem in den Kerngebieten des Strukturwandels – zu erreichen. Für die kommenden Jahre wird an einer Imagekampagne gearbeitet, die von externen Partnern umgesetzt und ebenfalls aus den STARK-Bundesmitteln finanziert werden soll. Die Homepage des Unternehmens wurde überarbeitet und ist seit Frühjahr 2021 im neuen Design erreichbar.

Das Geschäftsjahr 2021 schließt mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 298 TEUR ab.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Auch zukünftig ist für den Erhalt einer liquiden Basis der Gesellschaft und dem damit in Verbindung stehenden Handlungsspielraum die Grundfinanzierung durch die institutionelle Förderung der Staatskanzlei Brandenburg und die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter unerlässlich, denn durch die Betrauung gemäß geltendem EU-Recht ist die Anhäufung von Liquiditätsreserven nicht zulässig.

Ein rechtsverbindlicher Betrauungsakt, der die ausgleichsfähige Daseinsvorsorge genau definiert, gilt für die Gesellschaft seit dem 01.01.2014 und reduziert somit das beihilferechtliche Rückforderungsrisiko.

Um eine frühestmögliche Erkennung bestandsgefährdender Risiken zu gewährleisten, die Auswirkungen auf die Ertrags- oder Finanzlage des Unternehmens haben könnten, wird auf lückenlose und engmaschige Kommunikation gesetzt.

Für das Jahr 2022 wird unter Berücksichtigung der finanziellen Unterstützung des Landes Brandenburg in Höhe von 500 TEUR laut Wirtschaftsplanung ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2021	118 Betriebskostenzuschuss 9 STARK Eigenanteil
	2020	60 Betriebskostenzuschuss 34 ZWL Eigenanteil
	2019	50 Betriebskostenzuschuss 43 ZWL Eigenanteil

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung zu Anschaffungskosten.

BADC – Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

Mittelstraße 11

12529 Schönefeld

Tel.: +49 (0) 30 / 81 03 17 72

Fax: +49 (0) 30 / 80 92 70 52

E-Mail: info@badc-gmbh.de

www.badc-gmbh.de

BADC

Berlin-Brandenburg Area Development Company

	2021		2020		2019	
Stammkapital in EUR	50.000		50.000		50.000	
Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %	Anteil in EUR	Anteil in %	Anteil in EUR	Anteil in %
Landkreis Teltow-Fläming	2.500	5	2.500	5	2.500	5
Gemeinde Rangsdorf	8.000	16	8.000	16	8.000	16
Gemeinde Großbeeren	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Ludwigsfelde	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	3.000	6	3.000	6	3.000	6
Landkreis Dahme-Spreewald	5.000	10	5.000	10	5.000	10
Stadt Königs Wusterhausen	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Stadt Wildau	7.500	15	7.500	15	7.500	15
Gemeinde Eichwalde	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Schulzendorf	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Zeuthen	1.500	3	1.500	3	1.500	3
Gemeinde Bestensee	1.000	2	1.000	2	1.000	2
Gemeinde Schönefeld	500	1	500	1	500	1
Stadt Mittenwalde	500	1	500	1	500	1
Datum der Gründung	26.02.2001					
aktueller Gesellschaftsvertrag	16.12.2015					
Gegenstand des Unternehmens	<p>Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld BER in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen</p> <p>Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld BER sowie Unterhaltung und Betrieb einer Kommunikationsplattform</p> <p>Sicherstellung eines Interessenausgleichs zwischen kommunalen Gebietskörperschaften des Flughafenumfeldes (gemäß Definition LEP FS) untereinander sowie zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und den Betreibern des Flughafens Berlin-Schönefeld und deren Gesellschaftern andererseits</p> <p>Koordinierung und Umsetzung ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Flughafenumfeld BER</p> <p>Darüber hinaus kann die Gesellschaft alle Aufgaben wahrnehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienlich sind.</p>					

Öffentlicher Zweck	Gemäß § 122 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ist der Landkreis verpflichtet, die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführerin:</u> Frau Dipl.- Ing. Antje Girschick <u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Frau Heike Zettwitz (Beigeordnete) Stellvertreter LDS: Herr Dr. Städter (Amt 23)

Bilanz der BADC GmbH

Bilanz zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	199.549	197.455	194.315
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	142.283	142.283	142.284
1.	Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte und ähnliche Rechte	0	0	1
2.	Geleistete Anzahlungen	142.283	142.283	142.283
II.	Sachanlagen	5.266	3.172	32
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.266	3.172	32
III.	Finanzanlagen	52.000	52.000	52.000
1.	Genossenschaftsanteile	52.000	52.000	52.000
B.	Umlaufvermögen	2.619.701	3.094.173	4.073.746
I.	Vorräte	1.031.210	1.260.722	1.693.250
1.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	1.031.210	1.260.722	1.693.250
2.	Geleistete Anzahlungen	0	0	0
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	106.205	181.051	353.892
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	90.636	157.138	306.517
	davon Forderungen gegen Gesellschafter	0	3.879	24.718
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	15.569	181.051	47.375
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.482.286	1.652.400	2.026.604
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.584	1.490	1.254
D.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
	Bilanzsumme	2.820.834	3.293.118	4.269.315
Passiva				
A.	Eigenkapital	349.554	294.847	230.174
I.	Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	244.847	180.174	70.378
III.	Jahresüberschuss	54.707	64.673	109.796
IV.	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B.	Rückstellungen	23.590	22.507	26.770
1.	Steuerrückstellungen	427	0	0
2.	sonstige Rückstellungen	23.163	22.507	26.770
C.	Verbindlichkeiten	2.442.323	2.970.018	4.006.246
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	2.250.991	2.880.542	3.780.201
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	188.818	84.595	223.151
	davon Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	100.156	19.397	74.052
3..	Sonstige Verbindlichkeiten	2.514	4.881	2.894
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	5.366	5.745	6.125
	Bilanzsumme	2.820.834	3.293.118	4.269.315

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

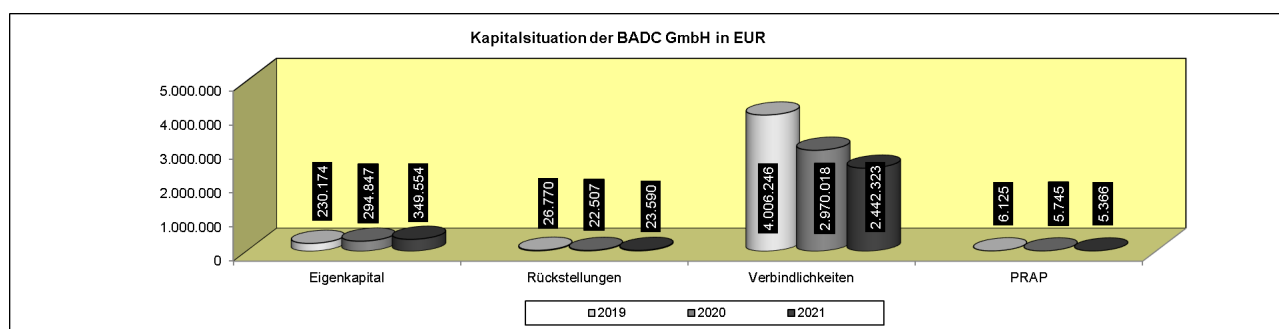
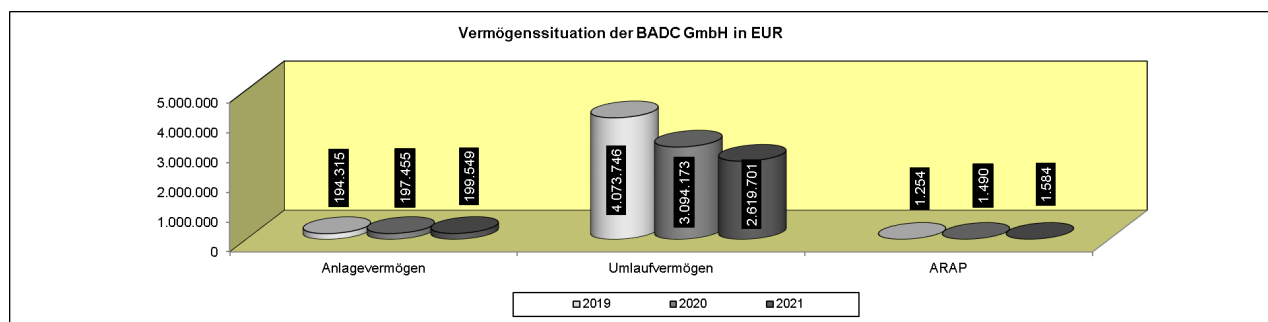
Auf der Aktivseite war ein Zuwachs des Anlagevermögens um 2 TEUR durch den Erwerb von Sachanlagen (5 TEUR) auf 200 TEUR zu verzeichnen. Das Umlaufvermögen reduzierte sich um 474 TEUR auf 2.620 TEUR. Maßgeblich dazu beigetragen haben der Abbau der unfertigen Erzeugnisse (Fertigstellung von Teilprojekten) um -230 TEUR, der in diesem Zusammenhang stehende Abbau der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-67 TEUR) sowie die Reduzierung des Kassenbestandes um 170 TEUR auf 1.482 TEUR (Vj. 1.652 TEUR). Insgesamt reduzierte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um 472 TEUR auf einen Wert von 2.821 TEUR.

Die Forderungen betrafen im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 106 TEUR und sind daher kurzfristiger Natur mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Durch den Jahresüberschuss in Höhe von 55 TEUR erhöhte sich mit Abschluss des Wirtschaftsjahres 2021 das Eigenkapital zum Bilanzstichtag auf 350 TEUR (Vj. 295 TEUR).

Weiterhin war auf der Passivseite der Bilanz ein Rückgang der Verbindlichkeiten auf 2.442 TEUR (Vj. 2.970 TEUR) zu verzeichnen. Dabei nahmen die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen mit 2.251 TEUR (Vj. 2.881 TEUR) den größten Anteil ein. Die Lieferantenverbindlichkeiten erhöhten sich um 104 TEUR auf 189 TEUR. Insgesamt reduzierte sich der Fremdfinanzierungsanteil der Gesellschaft.

Rückstellungen (24 TEUR) und Rechnungsabgrenzungsposten (5 TEUR) beliefen sich leicht unter Vorjahresniveau. Die Rückstellungen beinhalteten im Wesentlichen Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten (12 TEUR), Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (7 TEUR), Rückstellungen für Archivierungskosten zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren (4 TEUR) sowie Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (1 TEUR).



Gewinn- und Verlustrechnung der BADC GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	2.088.344	2.242.770	1.863.638
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-229.512	-432.528	826.679
3.	Gesamtleistung	1.858.836	1.810.241	2.690.317
4.	Sonstige betriebliche Erträge	2.174	4.090	3.922
5.	Materialaufwand	-1.494.275	-1.501.065	-2.327.082
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.494.275	-1.501.065	-2.327.082
6.	Personalaufwand	-207.430	-174.508	-188.676
	a) Löhne und Gehälter	-169.541	-143.482	-156.407
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-37.890	-31.025	-32.269
7.	Abschreibungen	-2.764	-359	-743
	a) Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	-2.764	-359	-743
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-96.444	-68.845	-62.098
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.215	-5.367	-5.422
10.	Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge	910	910	0
11.	Ergebnis nach Steuern	55.130		110.219
12.	Sonstige Steuern	423	-423	-423
13.	Jahresüberschuss	54.707	64.673	109.796

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Im Geschäftsjahr verminderten sich die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um 154 TEUR auf 2.088 TEUR. Der Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen verringerte sich auf – 230 TEUR, so dass sich die Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahreswert um 49 TEUR auf 1.859 TEUR erhöhte.

Die auf 2.088 TEUR gestiegenen Umsatzerlöse beinhalten Erlöse aus den umgesetzten Projekten Entsiegelung und Rückbau des letzten Teilbereichs der Tauentzienkaserne in Blankenfelde-Mahlow (668 TEUR), des Kinderferienlagers in Wernsdorf (457 TEUR), Rückbau 100 kV (145 TEUR) sowie Umsatzerlöse aus der Geschäftsbesorgung Dialogforum KAG und Erlöse aus Beratungsleistungen in Höhe von 88 TEUR.

Der betriebliche Aufwand befand sich mit 1.798 TEUR auf Vorjahresniveau (1.745 TEUR). Darin enthalten waren der um 7 TEUR gesunkene Materialaufwand (1.494 TEUR) für bezogene Leistungen und der Personalaufwand (207 TEUR). Zum 01.02.2021 konnte die Stelle „Assistenz der Geschäftsführung/Projektmanagement“ auf der Grundlage des beschlossenen Wirtschaftsplans vorerst mit 20 Wochenstunden besetzt werden. Die Personalaufwendungen erhöhten sich daher auf 207 TEUR (Vj. 175 TEUR). Die Kosten für die Vergütung der Geschäftsführerin i. H. v. 100 TEUR sind aufgrund der Personalabordnung gegenüber dem Landkreis Dahme-Spreewald in den Aufwendungen für bezogene Leistungen ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2021 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 55 TEUR erzielt. Das Ergebnis lag somit unter dem Vorjahreswert (65 TEUR) und damit auch um 14 TEUR unter dem geplanten Ergebnis für 2021 von 69 TEUR.

Analysedaten

Aufgrund der projektbezogenen Arbeit der BADC unterliegt die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Kapitalstruktur zum Teil erheblichen Schwankungen. Da es sich um ein Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Objekte handelt, zeigte sich eine hierfür charakteristische niedrige Anlagenintensität.

Eine Vermögensdeckung innerhalb der Gesellschaft ist seit dem Jahr 2016 wieder gegeben, der Verlustvortrag konnte vollständig gedeckt werden. Die Gesellschaft konnte einen Gewinnvortrag in Höhe von 245 TEUR (Vj. 180 TEUR) aufbauen und das Eigenkapital auf 350 TEUR stärken. In Relation zum Vermögen der Gesellschaft erhöhte sich die Eigenkapitalquote von 9 % auf 12 %. Die Eigenkapitalrentabilität verminderte sich aufgrund des geringeren Jahresüberschusses im Vergleich zum Vorjahr von 22 % auf 16 %.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Liquidität 3. Grades in Höhe von 106 % bestätigt dies.

Mit dem Erwerb von Genossenschaftsanteilen in 2018 und der erworbenen Ersatzaufforstungsrechte verfügt die Gesellschaft über immaterielle Vermögensgegenstände, welche gemessen am Eigenkapital zu einer Anlagendeckung in Höhe von 175 % führten.

Die Personalaufwandsquote stieg infolge erhöhter Personalaufwendungen von 10 % auf 11 %. Die im Personalaufwand erfassten Kosten betrafen die drei Stellen Projektmanagement, Projektassistenz sowie die Referentin der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum. Die Kosten für die Geschäftsführung wurden hier nicht erfasst.

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	7%	6%	5%
Eigenkapitalquote	12%	9%	5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	175%	149%	118%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	106%	103%	101%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	57 TEUR	65 TEUR	111 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	16%	22%	48%
Gesamtkapitalrentabilität	2%	2%	3%
Umsatz	2.088 TEUR	2.243 TEUR	1.864 TEUR
Gesamtleistung	1.859 TEUR	1.810 TEUR	2.690 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	55 TEUR	65 TEUR	110 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	11%	10%	7%
Anzahl der Mitarbeiter	4	3	3

Geschäftsverlauf 2021

Die Gesamtleistung der BADC war im Geschäftsjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 49 TEUR auf einen Wert von 1.859 gestiegen, lag damit jedoch um 815 TEUR unter dem Planwert. Die Umsatzerlöse i. H. v. 2.088 TEUR (Vj. 2.243 TEUR) verminderten sich um ca. 7 % gegenüber dem Vorjahr.

Infolge weiterer Projektrealisierungen reduzierten sich die Bestände an unfertigen Leistungen um 230 TEUR.

Den gesamten Erträgen standen Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 1.494 TEUR gegenüber. Im Vorjahresvergleich verminderten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 7 TEUR. Der Anteil der bezogenen Leistungen betrug gemessen an der Gesamtleistung ca. 80 % (Vj. 83%). Das Rohergebnis (Gesamtleistung abzüglich Aufwendungen für bezogene Leistungen) lag im Geschäftsjahr bei ca. 365 TEUR und damit um 55 TEUR über dem Vorjahreswert.

Dem gestiegenen Rohergebnis standen höhere Personalaufwendungen sowie erhöhte sonstige betriebliche Aufwendungen gegenüber, so dass sich im Vorjahresvergleich der Jahresüberschuss um 10 TEUR verringert hat.

2021 wurden sechs Verträge mit Investoren zur Reservierung von Kompensationsmaßnahmen in Höhe von 754 TEUR (netto) geschlossen. Die Zahlungen erfolgen überwiegend erst nach der Rechtskraft der entsprechenden B-Pläne.

2021 haben sieben (Vj. 12) der 14 Gesellschafter die Leistungen der BADC in Anspruch genommen. Die Geschäftsführung ging von einem coronabedingten Rückgang aus. Vor dem Hintergrund, dass die Gesellschaft seit 2015 keine Gesellschafterzuschüsse erhält, ist die projektbezogene Finanzierung durch die Gesellschafter weiterhin essenziell für die positive Fortführung der Gesellschaft.

Der interkommunale Flächenpool der BADC (INKOF BER) konnte im Geschäftsjahr auf der Grundlage aktueller Projektnachfragen um sieben Projekte erweitert werden. Im Flächenpool befanden sich derzeit 222 Maßnahmen, wobei das positive Votum der zuständigen Naturschutzbehörden noch nicht für alle Projekte vorlag. Eine Vermittlung ist jedoch ohne dieses Votum nicht möglich.

Im Ergebnis konnte der Gewinnvortrag der Gesellschaft weiter ausgebaut werden. Die Gesellschaft verfügte zum Bilanzstichtag über ein Eigenkapital in Höhe von 350 TEUR (Vj. 295 TEUR). Die Eigenkapitalquote stieg um 3,4 Prozentpunkte auf 12,4 %.

Im Berichtsjahr erfolgten Investitionen in Höhe von 5 TEUR in das Sachanlagevermögen. Der Zahlungsmittelbestand der Gesellschaft verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 170 TEUR auf 1.482 TEUR. Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2021 jederzeit gegeben.

Mit Wirkung zum 01.01.2018 übernahm die BADC die Geschäftsführung für die KAG DF. In diesem Zuge wurden – zur Entlastung der Geschäftsführung - Aufgaben des Projektmanagements und der Projektsistenz verstärkt durch Mitarbeiter der BADC wahrgenommen.

2020 wurde die neue Stelle „Assistenz der Geschäftsführung/Projektmanagement“ ausgeschrieben. Diese Stelle konnte zum 01.02.2021 besetzt werden. Die Personalkosten für die Stelle Assistenz der Geschäftsführung und Projektmanagement“ wurden 2021 durch Einnahmen aus der Übernahme weiterer Eigenleistungen vollständig gedeckt, bei gleichzeitiger Entlastung der Geschäftsführung.

Die Jahresabschlussprüfung wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BerKon GmbH durchgeführt. Es wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt und die Prüfung führte zu keinen Einwendungen.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Der Wirtschaftsplan 2022 berücksichtigt u.a. die tariflichen Erhöhungen der Personalaufwendungen und die Referentenstelle des Dialogforums, so dass sich der Personalaufwand 2022 insgesamt auf 306 TEUR beläuft.

Der Wirtschaftsplan 2022 ist geprägt von den Projekten: Rückbau der ehemaligen Sauenanlage in Briesen im Landkreis Dahme-Spreewald, Rückbau der ehemaligen Ziegelei in Löpten im Landkreis Dahme-Spreewald, Beginn der Windschutzpflanzung am Großbeerener Graben in Ludwigsfelde, Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen diverser Bauvorhaben / B-Pläne in der Gemeinde Schönefeld, diversen

Rückbaumaßnahmen in Kooperation mit der Landesforst, die weitere Umsetzung des Pappelumbaus und Neupflanzungen am Nottekanal in Königs Wusterhausen sowie der Geschäftsführung für die KAG DF.

Für das Jahr 2022 sind Umsatzerlöse in Höhe von 1.434 TEUR geplant, welche jedoch nur erreicht werden können, wenn keine weiteren unvorhersehbaren Ereignisse eintreten. Sofern sich das Jahresergebnis von 18 TEUR realisieren lässt, könnte das Eigenkapital von 350 TEUR auf 368 TEUR gesteigert werden und damit auch die Eigenkapitalquote von 12 auf 13 %.

Basierend auf dem Bestand an Zahlungsmitteln zum Bilanzstichtag in Höhe von 1.482 TEUR bzw. 1.357 TEUR per 31.01.2022 sind derzeit keine Liquiditätsrisiken zu erkennen. Der Wirtschaftsplan 2022 unterstellt zum Ende des Jahres 2022 eine Liquidität von 1.242 TEUR.

Da der BADC noch immer die finanziellen Rücklagen fehlen, sind die Handlungsmöglichkeiten trotz Jahresüberschüsse nach wie vor begrenzt. Bei weiterhin positiver Entwicklung werden sich nach und nach die Reserven aufbauen, die Liquiditätsentwicklung des Unternehmens ist als stabil zu werten.

Lange und komplizierte Genehmigungsverfahren und steigende Marktpreise für Bauleistungen können jederzeit zu Risiken bei der Umsetzung der vertraglich gebundenen Kompensationsmaßnahmen führen. Die Gesellschaft ist daher bestrebt, weitere Dienstleistungen in Form von Beratungs- und Projektsteuerungsleistungen zu erbringen, um in Ergänzung zu den vertraglich festgelegten Projektsteuerungsleistungen bei Kompensationsmaßnahmen ein kostendeckendes Ergebnis zu erzielen.

Mit der Eröffnung des Flughafens im Oktober 2020 wachsen die Investitionstätigkeiten im Flughafenumfeld stetig. Erstmal kann im Jahr 2022 der Bedarf an Kompensationsmaßnahmen nicht gedeckt werden. Die Geschäftsführung der BADC nimmt diesbezüglich Gespräche mit den Landkreisen / Gesellschaftern der BADC und den Naturschutzbehörden der Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming zur Abstimmung der weiteren Verfahrensweise u.a. zur Anerkennung weiterer sich im Flächenpool der BADC befindlichen Kompensationsmaßnahmen auf.

Zu den Risiken der abnehmenden Flächenverfügbarkeit für Kompensationsmaßnahmen kommen auch Risiken wie Zeitverzögerungen für Umsetzung von Projekten durch lange und komplizierte Genehmigungsverfahren und daraus resultierende Kostenerhöhungen hinzu. Bei momentanen und zukünftigen Preisverhandlungen werden die Kostensteigerungen berücksichtigt. Bei bereits rechtskräftigen Verträgen gestalten sich die Nachverhandlungen sehr schwierig.

Ziel des zentralen Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des derzeitigen Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken. Durch regelmäßige Berichterstattung in Form von Quartalsberichten werden die Gesellschafter über die Erreichung der Unternehmensziele informiert und das Risikobewusstsein geschärft.

Durch die Organisationsoptimierung der Zusammenarbeit der BADC mit dem Dialogforum seit 2018, durch Übernahme der Geschäftsbesorgung, ergaben und ergeben sich neue Chancen für die Gesellschaft. Die BADC ist gemäß Umlaufbeschluss 01/2016 Mitglied der KAG DF und gemäß Umlaufbeschluss 01/2018 geschäftsführendes Mitglied.

Die 2022 begonnenen regelmäßigen Beratungen der Geschäftsstelle mit dem Vorsitzenden und den Arbeitsgruppenleitern der KAG DF schließen das noch 2021 aufgezeigte Risiko eines nicht finanziell abgedeckten Mehraufwands der BADC weitestgehend aus. Die Geschäftsführung geht sogar davon aus, dass sich Chancen zur Entwicklung neuer Tätigkeitsfelder für die BADC ergeben könnten.

Mit Besetzung der Stelle „Assistenz der Geschäftsführung und Projektmanagement“ wurden auch Aufgaben zur Umsetzung von Leitprojekten der KAG, z.B. für den strategischen Klimaschutz, von der BADC übernommen.

Geschäftsvorfälle, die nach Ablauf des Geschäftsjahres im Anhang anzugeben sind, haben sich nicht ereignet. Risiken durch die Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine sind z. Tt. nur sehr schwer einzuschätzen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2021	kein Betriebskostenzuschuss
	2020	kein Betriebskostenzuschuss
	2019	kein Betriebskostenzuschuss

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Konsolidierung der BADC GmbH zu Anschaffungskosten.

I.N.A. Lieberoser Heide GmbH

Mühlenstraße 20

15868 Lieberose

Tel.: +49 (0) 33671 / 326400

E-Mail: ina.lieberoser.heide@gmail.comwww.ina-lieberose.de

	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	75.000	75.000	75.000
Gesellschafter	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital	Anteil am Stammkapital
Landkreis Dahme-Spreewald	20.000 EUR; 26,67 %	20.000 EUR; 26,67 %	20.000 EUR; 26,67 %
Landkreis Spree-Neiße	20.000 EUR; 26,67 %	20.000 EUR; 26,67 %	20.000 EUR; 26,67 %
Amt Lieberose / Oberspreewald	10.000 EUR; 13,33 %	10.000 EUR; 13,33 %	10.000 EUR; 13,33 %
Amt Peitz	10.000 EUR; 13,33 %	10.000 EUR; 13,33 %	10.000 EUR; 13,33 %
Stiftung Naturlandschaften Brandenburg	10.000 EUR; 13,33 %	10.000 EUR; 13,33 %	10.000 EUR; 13,33 %
Gemeinde Schenkendöbern	5.000 EUR; 6,67 %	5.000 EUR; 6,67 %	5.000 EUR; 6,67 %
Datum der Gründung	19.10.2017		
aktueller Gesellschaftsvertrag	31.08.2018		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Koordinierung und Umsetzung von Maßnahmen, die der Stärkung des Images und der Wirtschaftskraft der Entwicklung der Lieberoser Heide dienen</p> <p>Initiierung und Umsetzung von regional wirksamen Projekten in enger Kooperation mit den jeweiligen regionalverankerten Akteuren, um diese Region als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusregion weiter zu entwickeln</p> <p>Akquisition von Mitteln der EU, Bund und Land sowie aus Wirtschaft, um die regional bedeutenden abgestimmten Projekte umsetzen zu können</p> <p>Aufgabe ist, die Umstrukturierung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Lieberoser Heide ästhetisch, sozial und ökologisch, besonders bezüglich der Landschaftsgestaltung und des Naturschutzes zu qualifizieren</p> <p>Zweck der Gesellschaft ist: die Förderung des Umwelt- und Naturschutzes und schutzwürdiger Biotop durch Maßnahmen, die geeignet sind zu erhalten bzw. wiederherzustellen; die Bereitschaft des Bürgers zum Erleben und zur Weiterentwicklung seiner Umwelt zu wecken, insbesondere durch Informationsveranstaltungen und Ausstellungen, Bildungsangebote, Heimatpflege und Heimatkunde, Tierschutz sowie sinnvollen Umgang mit Energie; Förderung von modellhafter Partizipation der Bevölkerung an der Verbindung von Naturschutz und Regionalentwicklung</p>		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführer</u> Herr Gerhard Janßen</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreterin LDS: Beigeordnete Heike Zettwitz (Betrauung gem. § 97 Abs. 1 BbgK Verf ab 01.01.2020)</p>		

Bilanz der I.N.A. Lieberoser Heide GmbH

Bilanz zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	167.174	131.110	16.115
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	161.879	124.037	12.229
1.	Konzessionen, Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	57.788	0	0
2.	Geleistete Anzahlungen	104.091	124.037	12.229
II.	Sachanlagen	5.295	7.073	3.886
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.295	7.073	3.886
B.	Umlaufvermögen	326.084	184.767	194.253
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	702	871	5.684
1.	Sonstige Vermögensgegenstände	702	871	5.684
II.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	325.381	183.896	188.569
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	558	174	420
	Bilanzsumme	493.815	316.050	210.788
Passiva				
A.	Eigenkapital	75.000	75.000	75.000
I.	Gezeichnetes Kapital	75.000	75.000	75.000
B.	Sonderposten für Zuschüsse	56.812	0	0
C	Rückstellungen	9.316	13.920	9.000
1.	sonstige Rückstellungen	9.316	13.920	9.000
C.	Verbindlichkeiten	352.687	227.130	126.788
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	236	70	172
2.	Sonstige Verbindlichkeiten	352.451	227.061	126.615
	Bilanzsumme	493.815	316.050	210.788

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

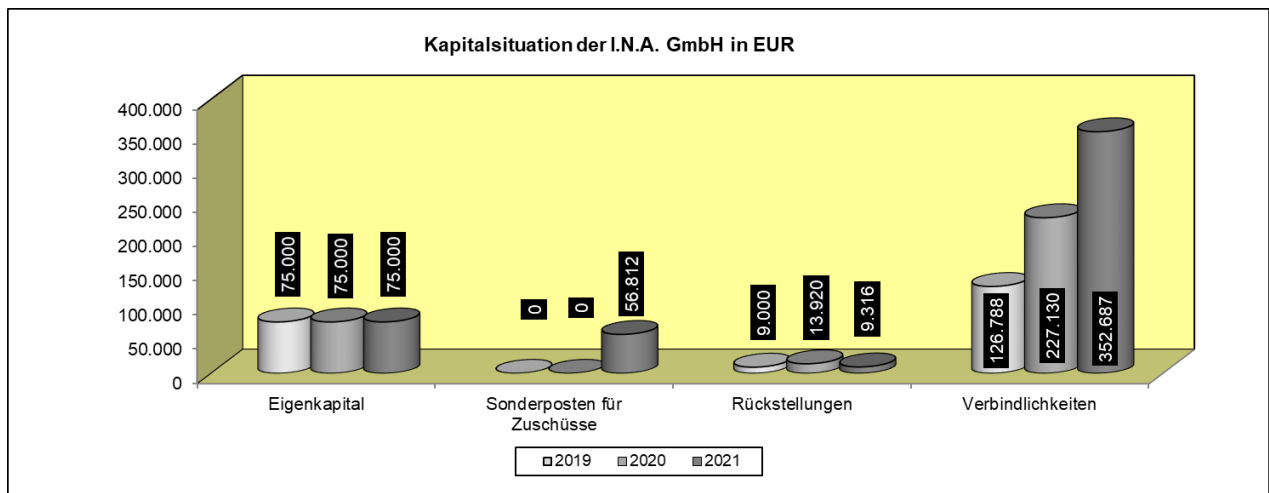
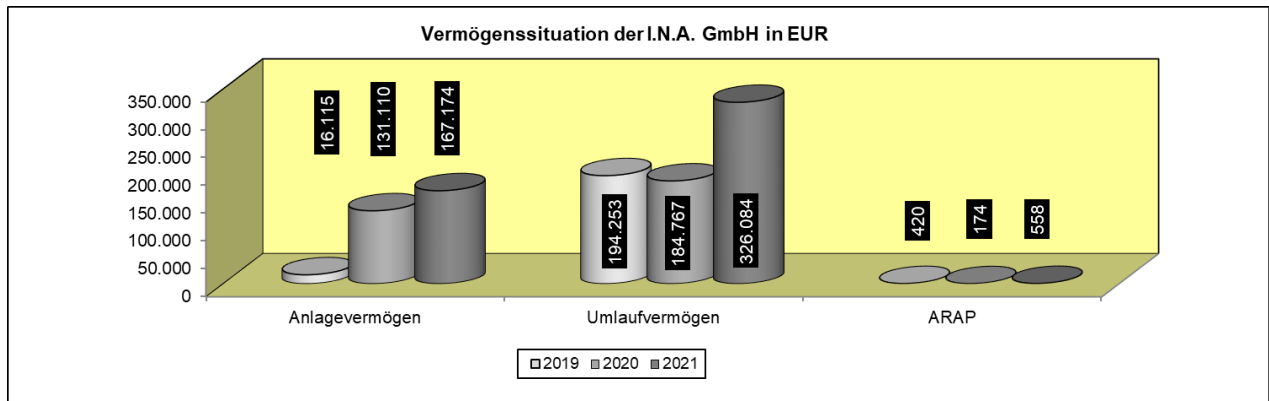
Die Position Anlagevermögen (167 TEUR; Vj. 131 TEUR) erhöhte sich im Wesentlichen im Bereich der Immateriellen Vermögensgegenstände aufgrund der Aktivierung der Website des Unternehmens, die im Berichtsjahr fertig gestellt wurde, vermindert um die Abschreibungen.

Das Umlaufvermögen (326 TEUR; Vj. 185 TEUR) war im Wesentlichen durch den ausgewiesenen Bankbestand (325 TEUR) des Geschäftskontos bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse geprägt.

Das Eigenkapital bildet das Stammkapital der Gesellschaft gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages ab.

Unter den Sonstigen Rückstellungen (9 TEUR) ergab sich eine Verminderung gegenüber dem Vorjahr um 5 TEUR. Die sonstigen Rückstellungen setzten sich aus Rückstellungen für Personalkosten in Höhe von 3 TEUR sowie aus Kosten der Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (6 TEUR) zusammen.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen vor allem die noch nicht verbrauchten Projektzuschüsse und die anzurechnende Lohnsteuer für Dezember 2021. Die Umbuchung und die Auflösung entsprechend der Nutzungsdauer erfolgt jeweils mit der Fertigstellung des geförderten Projektes.



Gewinn- und Verlustrechnung der I.N.A Lieberoser Heide GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Sonstige betriebliche Erträge	264.974	160.429	142.843
2.	Personalaufwand	-117.696	-125.329	-119.414
	a) Löhne und Gehälter	-95.260	-101.331	-97.451
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-22.436	-23.998	-21.963
3.	Abschreibungen	-13.670	-1.515	-1.106
	a) auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sach- anlagen	-13.670	-1.515	-1.106
4.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-133.608	-33.585	-22.323
5.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse waren auch im Berichtsjahr 2021 nicht zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (265 TEUR; Vj. 160 TEUR) betrafen überwiegend den ertragswirksamen Teil der Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter, denen Aufwendungen gegenüberstanden.

Die Position Personalaufwand (118 TEUR; Vj. 125 TEUR) enthielt Zahlungen für die ehemaligen Geschäftsführer und durchschnittlich 2 Mitarbeiter.

Abschreibungen (14 TEUR; Vj. 1,5 TEUR) betrafen die regulären Abschreibungen für bestehende und im Geschäftsjahr 2021 angeschaffte Betriebs- und Geschäftsausstattung, sowie für immaterielle Vermögensgegenstände.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (134 TEUR; Vj. 34 TEUR) sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Dies ist darin begründet, dass die Kosten für die Geschäftsbesorgung der WFG Dahme—Spreewald mbH hier verbucht wurden und auch das Budget für Werbemaßnahmen ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht worden (16 TEUR, Vj. 3 TEUR).

Das Jahresergebnis ist ausgeglichen. Dies ergibt sich aus der Buchungssystematik, wonach von den zugewendeten Zuschüssen eine Inanspruchnahme in der Höhe erfolgt, in der auch die Aufwendungen entstanden sind.

Analysedaten

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Anlagenintensität reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr auf 34 %. Dieser Effekt resultiert trotz gestiegenem Anlagevermögens aus einer deutlich höheren Bilanzsumme als im Vorjahr.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft war für die Unternehmensgröße angemessen, die Eigenkapitalquote betrug 15 % und reduzierte sich ebenfalls in Zusammenhang mit der erhöhten Bilanzsumme.

Der deutlich unter 100 % liegende Wert der Anlagendeckung II zeigt auf, dass das vorhandene Anlagevermögen nicht durch langfristiges Vermögen finanziert ist und könnte daher ein Indiz für eine finanzielle Instabilität der Gesellschaft sein. Die Vermögenslage der Gesellschaft kann jedoch als geordnet bezeichnet werden.

Die Liquidität der Gesellschaft ist geordnet. Das Umlaufvermögen der Gesellschaft beträgt 66 % (fast ausschließlich flüssige Mittel mit 66 %) der Bilanzsumme.

Die Mitarbeiterzahl blieb im Berichtsjahr durchschnittlich bei 2 Beschäftigten.

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	34%	41%	8%
Eigenkapitalquote (ohne Sopo)	15%	24%	36%
Eigenkapitalquote (mit Sopo)	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben	wird nicht erhoben
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	45%	57%	465%
Zinsaufwandsquote	-	-	-
Liquidität 3. Grades	90%	76%	143%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	13,7 TEUR	1,5 TEUR	1,1 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	INA weist keinen Gewinn aus	INA weist keinen Gewinn aus	INA weist keinen Gewinn aus
Gesamtkapitalrentabilität	INA weist keinen Gewinn aus	INA weist keinen Gewinn aus	INA weist keinen Gewinn aus
Umsatz	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Gesamtleistung	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	-	-	-
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	3

Geschäftsverlauf 2021

Zum Start des Berichtsjahres wechselte die Geschäftsführung des Unternehmens und Herr Janßen nahm als Geschäftsführer im Rahmen der Geschäftsbesorgung durch die WFG Dahme-Spreewald mbH seine Tätigkeit auf. Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasste den gesellschaftsrechtlichen Zweck.

Es wurden regionale Projekte vorbereitet, die im folgenden Wirtschaftsjahr zur Umsetzung kommen werden.

Ein Schwerpunktthema war die Neuausrichtung der Gesellschaft in Bezug auf die Aufnahme neuer Gesellschafter und der Änderung des Gesellschaftsvertrages. So wurden bereits im ersten Halbjahr Gespräche mit dem Landkreis Oder-Spree und der Stadt Friedland geführt, die beide ein Interesse daran haben, von der touristischen Entwicklung im Gebiet der Lieberoser Heide zu partizipieren. Zum Jahresende fassen alle kommunalen Gremien den Beschluss zur Erhöhung des Stammkapitals durch die Aufnahme der beiden neuen Gesellschafter, eine weitere Erhöhung des Stammkapitals durch die Erweiterung der Geschäftsanteile des Landkreises Dahme-Spreewald und zu einer Neufassung des Gesellschaftsvertrages, der auch die neue Namensgebung der Gesellschaft zur Folge hat: aus der I.N.A. Lieberoser Heide GmbH wird die Naturwelt Lieberoser Heide GmbH. Die Umsetzung erfolgt zu Beginn des Jahres 2022. In diesem Zusammenhang wurde auch die bisher im Gesellschaftsvertrag verankerte Befristung der Gesellschaft außer Kraft gesetzt.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Im Rahmen des Bundesmodellvorhabens „Unternehmen Revier“ hat das Unternehmen bereits im Jahr 2020 Fördermittel in Höhe von rund 103 TEUR erhalten, die bisher nicht entsprechend der Förderrichtlinie eingesetzt werden konnten. Es besteht das Risiko der Rückzahlung von Fördermitteln und damit das Scheitern des Projektes Applikation Lieberoser Heide 4.0. Aus diesem Grund ist bisher auch eine Entlastung der früheren Geschäftsführer Opitz und Faßmann, die den Auftrag seinerzeit ausgelöst hatten, nicht erfolgt.

Gemeinsam mit dem Landkreis Spree-Neiße, der für dieses Projekt als Abwicklungspartner vom BMWK eingesetzt wurde, wird an einer möglichen Lösung gearbeitet.

Weitere Risiken für die künftige Entwicklung sind derzeit nicht erkennbar, sofern die Gesellschafter die weitere Finanzierung der GmbH mit Zuschüssen sicherstellen. Dies geschieht jährlich im Rahmen der Wirtschaftsplanung und ist für das Jahr 2022 gesichert.

Bei einer weiteren Entwicklung der Gesellschaft hinsichtlich der Planung und Umsetzung einer touristischen Konzeption für die Naturwelt Lieberoser Heide sind entsprechende Anpassungen bei der Finanz- und Personalausstattung des Unternehmens vorzunehmen. Auch ein Erfordernis zur Betrachtung der steuerlichen Gesamtlage ist im Blick zu behalten.

Die voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft ist weiterhin ausgeglichen. Die Finanzierung der laufenden Projekte ist gesichert.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2021	185
	2020	66
	2019	50

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt die Konsolidierung nach der Eigenkapitalmethode.

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-366

E-Mail: info@klinikum-ds.de

www.klinikum-ds.de



	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	2.100.000	2.100.000	2.100.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	1.071.000	51
	Sana Kliniken AG	1.029.000	49
Datum der Gründung	07.11.2002		
aktueller Gesellschafts- vertrag	21.06.2011		
Gegenstand des Unter- nehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Feststellung, Heilung, Linderung oder Verhütung einer Verschlimmerung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden, Leistungen von Geburtshilfe durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen sowie die Gesundheitsförderung. Neben diesen Aufgaben widmet sich die Gesellschaft auch der Vorbereitung auf berufliche Tätigkeiten und der Aus- und Weiterbildung.		
Öffentlicher Zweck	Der öffentliche Zweck an eine gesundheitliche und soziale Betreuung rechtfertigt diese Beteiligung gemäß §§ 122 sowie 131 i. V. m. § 2 Abs. 2 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf). Mit Beschluss des Kreistages vom 23.10.2013 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Dipl.-Kfm. Michael Kabiersch (bis 30.09.2021) Herr Dr. Christian von Klitzing (ab 01.10.2021) <u>Prokuristen:</u> Herr Jürgen Schulte <u>Gesellschafterversammlung:</u> Vertreter LDS: Herr Stefan Klein (Dezernent des Landkreises Dahme-Spreewald) Vertreter Sana Kliniken AG: Herr Dr. Jens Schick (Mitglied des Vorstandes der Sana Kliniken AG) <u>Aufsichtsrat:</u> Vorsitzender: Herr Dr. Jens Schick Stellvertretender Vorsitzender: Herr Stephan Loge Anteilseignervertreter auf Vorschlag des Kreistages des LDS: Herr Rico Kerstan (Abgeordneter des Kreistages; FDP) Herr Ludwig Scheetz (Abgeordnete des Kreistages; SPD) Herr Andreas Lück (Abgeordnete des Kreistages; AfD)		

Anteilseignervertreter auf Vorschlag der Sana Kliniken AG:

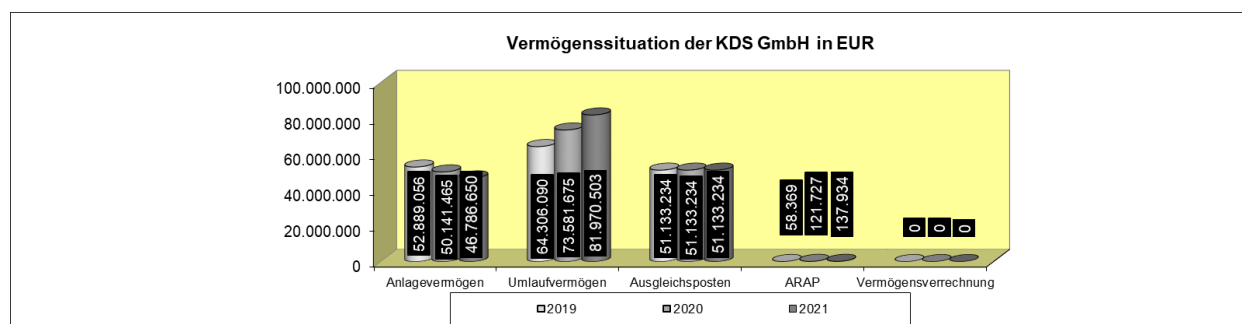
Herr Sadik Tastan	<i>(Geschäftsführer Sana-Herzzentrum Cottbus GmbH)</i>
Herr Dr. Christian von Klitzing	<i>(Regionalgeschäftsführer Berlin-Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern der Sana Kliniken AG)</i>
Frau Jean Franke	<i>(Direktorin Sana Kliniken Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin)</i>

Arbeitnehmervertreter:

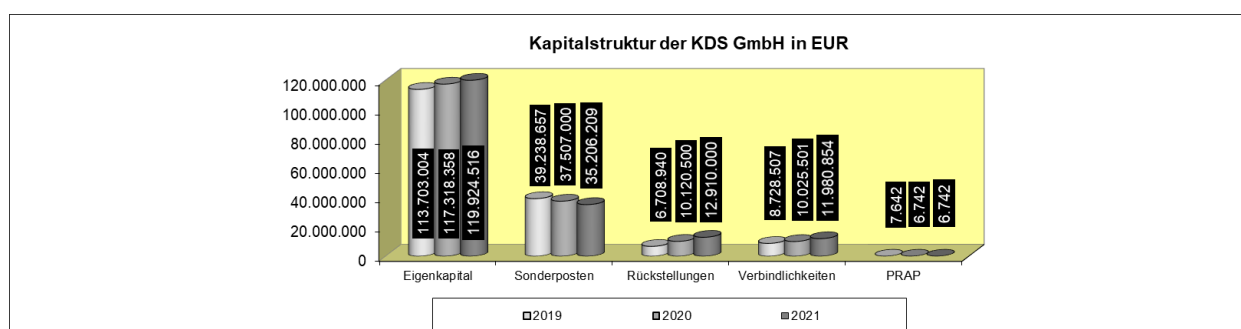
Herr Dr. Henrik Naumburger	<i>(Arzt AKKW, Orthopädie und Unfallchirurgie)</i>
Frau Beatrice Kliefoth	<i>(MTRA KKW, Radiologie)</i>
Frau Sandra Eberwein	<i>(Ärztin SWKL, Notfallambulanz)</i>
Frau Dr. Katrin Müller-Schmehl	<i>(Ärztin AKKW, Notfallambulanz)</i>

Bilanz der KDS GmbH (ohne Tochterunternehmen)

Bilanz zum	31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	46.786.650	50.141.465	52.889.056
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	636.342	726.515	675.771
1. Software	561.122	536.285	590.029
2. Geleistete Anzahlungen	75.220	190.230	85.742
II. Sachanlagen	45.168.130	48.732.771	51.531.107
1. Grundstücke mit Betriebsbauten und Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	35.541.231	38.169.329	40.516.015
2. Technische Anlagen	1.732.291	2.278.581	2.529.832
3. Einrichtungen und Ausstattungen	7.475.249	6.999.526	6.979.446
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	419.358	1.285.335	1.505.814
III. Finanzanlagen	982.179	682.179	682.179
Anteile an verbundenen Unternehmen	982.179	682.178	682.179
B. Umlaufvermögen	81.970.503	73.581.675	64.306.090
I. Vorräte	3.010.006	3.125.883	2.760.807
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.403.262	2.507.819	2.082.614
2. Unfertige Leistungen	606.744	618.064	678.193
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	71.529.221	63.685.034	56.037.276
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.151.228	8.545.190	10.694.471
2. Forderungen nach Krankenhausfinanzierungsrecht	11.374.450	6.014.235	3.212.740
3. Forderungen gegen Gesellschafter	85.880	26	19.318
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	49.624.218	48.609.759	41.623.892
5. Sonstige Vermögensgegenstände	293.445	515.826	486.854
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	7.431.277	6.770.755	5.508.007
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	51.133.234	51.133.234	51.133.234
D. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	137.934	121.727	58.369
E. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	0	0	0
Bilanzsumme	180.028.321	174.978.101	168.386.749



Bilanz zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Passiva				
A.	Eigenkapital	119.924.516	117.318.358	113.703.004
I.	Gezeichnetes Kapital	2.100.000	2.100.000	2.100.000
II.	Kapitalrücklagen	57.942.564	57.942.564	57.942.564
III.	Gewinnrücklagen	9.080.969	9.080.969	9.080.969
IV.	Gewinnvortrag	47.594.825	43.979.472	39.505.481
V.	Jahresüberschuss	3.206.158	4.215.354	5.073.991
B.	Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	35.206.209	37.507.000	39.238.657
1.	Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	34.159.794	36.402.738	38.076.124
2.	Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.046.415	1.104.262	1.162.533
3.	Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	0	0	0
C.	Rückstellungen	12.910.000	10.120.500	6.708.940
1.	Steuerrückstellungen	134.000	188.500	58.000
2.	Sonstige Rückstellungen	12.776.000	9.932.000	6.650.940
D.	Verbindlichkeiten	11.980.854	10.025.501	8.728.507
1.	Erhaltene Anzahlungen	0	0	0
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.602.291	667.637	2.505.750
3.	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.736	12.791	11.544
4.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	8.661.803	7.139.980	4.969.849
5.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen	0	0	0
6.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	799.148	1.253.937	320.317
7.	Sonstige Verbindlichkeiten	914.876	951.155	921.047
E.	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	6.742	6.742	7.642
	Bilanzsumme	180.028.321	174.978.101	168.386.749



Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Vermögen der Gesellschaft ist von 174.978 TEUR auf 180.028 TEUR gestiegen. Dabei reduzierte sich das Anlagevermögen um 3.355 TEUR auf 46.787 TEUR. Den Investitionen in Höhe von 2.696 TEUR standen Abschreibungen von 5.583 TEUR und Abgänge in Höhe von 1.703 TEUR gegenüber. Die Abschreibungen entfielen mit 4.558 TEUR auf geförderte Investitionen. Von den Zugängen betrafen 2.287 TEUR gefördertes Anlagevermögen. In der Position Finanzanlagen waren die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaften KSDS GmbH und MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH ausgewiesen.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8.389 TEUR auf 81.970 TEUR. Der Anstieg basierte im Wesentlichen auf den um 1.014 TEUR gestiegenen Forderungen gegen verbundene Unternehmen (49.624 TEUR). Davon entfallen 48.648 TEUR auf den Cash-Pooling-Vertrag mit der Sana Kliniken AG.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (10.151 TEUR) beinhalteten im Wesentlichen Forderungen gegen Krankenkassen sowie Forderungen gegen Selbstzahler. Auf den Brutto-Forderungsbetrag wurden Wertberichtigungen in Höhe von 822 TEUR vorgenommen.

Der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung repräsentierte die auf die vor dem Inkrafttreten des KHG mit Eigenmitteln angeschafften und dem Grunde nach förderungsfähigen Anlagegüter aufgelaufenen Abschreibungen. Es besteht eine Ausschüttungssperre in Höhe des Ausgleichspostens.

Die Erhöhung des Eigenkapitals um 2.606 TEUR auf 119.925 TEUR resultierte aus dem im Geschäftsjahr erzielten Jahresüberschuss (3.206 TEUR) abzüglich der Ausschüttung an den Gesellschafter Sana in Höhe von 600 TEUR.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens beinhalten hauptsächlich Fördermittel gemäß § 9 Abs. 1 und 3 KHG und werden nach Maßgabe der Abschreibungen auf die mit den Zuschüssen finanzierten Anlagegüter aufgelöst. Die Sonderposten reduzierten sich im Berichtsjahr um 2.301 TEUR auf 35.206 TEUR.

Die Sonstigen Rückstellungen wurden zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 12.776 TEUR bilanziert und beinhalteten im Wesentlichen Personalarückstellungen in Höhe von 3.856 TEUR, Rückstellungen für Budget- und MDK-Risiken in Höhe von 7.071 TEUR und Rückstellungen für ausstehende Rechnungen in Höhe von 1.318 TEUR.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 11.981 TEUR sind ausschließlich kurzfristiger Natur und betrafen im Wesentlichen Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter betrafen ausschließlich Lieferungs- und Leistungsbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald. Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert waren, bestanden nicht. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betrafen den Lieferungs- und Leistungsverkehr.

Gewinn- und Verlustrechnung der KDS GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	89.304.754	87.403.200	83.549.693
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	683.468	731.172	863.091
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	3.881.787	3.585.445	4.541.240
3a.	Umsatzerlöse eines Krankenhauses nach § 277 des HGB, soweit nicht in den Nr. 1 bis 4 enthalten	16.784.441	16.762.759	16.459.525
4.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-11.320	-60.129	-9.120
5.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	11.220	10.160	7.700
6.	Sonstige betriebliche Erträge	1.807.533	1.411.432	1.469.606
		112.461.883	109.844.040	106.881.735
7.	Personalaufwand	-61.501.143	-59.631.407	-58.118.035
	a) Löhne und Gehälter	-51.686.001	-50.154.067	-48.690.374
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	-9.815.142	-9.477.340	-9.427.661
8.	Materialaufwand	-35.391.214	-33.858.244	-31.906.133
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	-11.640.221	-10.373.115	-10.432.228
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-23.750.993	-23.485.129	-21.473.906
		-96.892.357	-93.489.651	-90.024.169
9.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	3.464.627	3.916.944	3.133.984
10.	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	0	0	3.097
11.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten	4.617.183	4.384.463	4.283.182
12.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach KHG u. aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-3.494.138	-3.963.284	-3.229.114
		4.587.672	4.338.123	4.191.149
13.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-5.583.037	-5.538.004	-5.573.837
14.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.514.378	-9.827.947	-9.468.062
		-16.097.416	-15.365.951	-15.041.899
15.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	20.831	0	0
16.	Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	250.995	5.975	5.360
17.	Aufwendungen aus der Verlustübernahme	-241.258	-11.134	-9.180
18.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-60.450	-3.068	-7.545
		-29.882	-8.228	-11.366
18.	Steuern	-823.742	-1.102.979	-921.460
19.	Jahresergebnis	3.206.158	4.215.354	5.073.991

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesamterlöse der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021 wurden mit 112.462 TEUR ausgewiesen und erhöhten sich hauptsächlich aufgrund von Umsatzsteigerungen aus Krankenhausleistungen.

Die Umsatzerlöse (Position 1 bis 3a der Gewinn- und Verlustrechnung) erhöhten sich um 2 % mit 2.172 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf einen Wert in Höhe von 110.654 TEUR. In den Umsatzerlösen sind periodenfremde Erlöse enthalten.

Im Vorjahr waren Erlöse gemäß dem Gesetz zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen („COVID-19 Krankenhausentlastungsgesetz) in Höhe von 10.375 TEUR enthalten. Für das Geschäftsjahr 2021 wurden mit dem „Dritten Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ vom 18. November 2020 weitere finanzielle Ausgleichs für die Freihaltung der intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten festgelegt. Diese sog. Freihaltepauschalen sind entsprechend in den Umsatzerlösen 2021 enthalten. Insgesamt sind in den Umsatzerlösen COVID-19 bedingte Sondererträge inklusive Freihaltepauschalen in Höhe von 12.674 TEUR ausgewiesen.

Die Anzahl der vollstationären DRG-Fälle (19.121) lag um 2.470 unter der des Vorjahres. Der Anstieg der Gesamterlöse um 2.618 TEUR auf 112.462 TEUR ist hauptsächlich aufgrund gestiegener Erlöse aus Krankenhausleistungen (1.902 TEUR) und gestiegener Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses (296 TEUR) begründbar.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.870 TEUR aufgrund der vereinbarten Tarifsteigerungen. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 3,1 %. Der Aufwand für das Jahr 2021 belief sich auf 61.501 TEUR. Im Berichtsjahr lag die durchschnittliche Anzahl bei 705 Vollzeitstellen, im Jahr 2020 waren es 719 Vollzeitstellen. Insgesamt ist die Anzahl der Vollzeitkraftäquivalente gegenüber 2020 rückläufig, insbesondere im Pflegebereich und im medizinisch-technischen Dienst. Beim Rückgang im medizinisch-technischen Dienst ist eine unterjährige Ausgliederung der Physiotherapie in die Dienstleistungsgesellschaft im Geschäftsjahr 2020 zu berücksichtigen

Die Materialaufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1.533 TEUR. Der Anstieg ist durch gestiegene Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe begründet.

Der Jahresüberschuss verringerte sich gegenüber dem Vorjahr trotz erhöhter Gesamterlöse um 1.009 TEUR auf 3.206 TEUR.

Analysedaten

Im Mehrjahresvergleich der Kennzahlen zeichnete sich erneut eine stabile Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich erneut leicht gegenüber dem Vorjahreswert und wies auf eine solide Kapitalsituation der Gesellschaft hin. Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist nach den Empfehlungen des Ministeriums des Innern und Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg berechnet und beinhaltet vollumfänglich die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und der Sachanlagen.

Die KDS GmbH stellt abweichend dazu den Cashflow gemäß DRS 21 (Deutscher Rechnungslegungsstandard) auf. In diesem Standard sind die Grundsätze niedergelegt, die Mutterunternehmen zu beachten haben, die gemäß § 297 Abs. 1 HGB eine Kapitalflussrechnung für den Konzernabschluss aufzustellen haben. Unternehmen, die ihren Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern haben oder freiwillig eine Kapitalflussrechnung aufstellen, wird empfohlen, dies in Übereinstimmung mit diesem Standard zu tun. Darüber hinaus werden neben den allgemeinen Bestimmungen des HGB die speziellen Vorschriften für Kapitalgesellschaften sowie die Sondervorschriften für Krankenhäuser (KHBV) berücksichtigt.

Die Eigenkapitalrentabilität der KDS GmbH blieb mit 3 % in 2021 nahezu stabil im Vergleich zu den Vorjahren.

Die KDS GmbH zeichnete sich weiterhin durch eine stabile Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage aus. Trotz der anhaltenden COVID-19-Pandemie wird für das Geschäftsjahr 2022 eine leicht positive Entwicklung erwartet.

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	26%	28%	31%
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	67%	67%	68%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	86%	88%	91%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II (mit Sonderposten)	332%	318%	290%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	332%	675%	423%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	8.776 TEUR	10.611 TEUR	10.684 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität (ohne Sonderposten)	3%	4%	4%
Eigenkapitalrentabilität (mit Sonderposten)	2%	3%	3%
Gesamtkapitalrentabilität	2%	2%	3%
Umsatz	110.654 TEUR	108.483 TEUR	105.414 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	110.643 TEUR	108.422 TEUR	105.404 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	3.206 TEUR	4.215 TEUR	5.074 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	56%	55%	55%
Anzahl der Mitarbeiter	809	870	855

Geschäftsverlauf 2021

Die Klinikum Dahme-Spreewald GmbH betreibt zwei Krankenhäuser (Regelversorgung): Das Achenbach-Krankenhaus in Königs Wusterhausen (AKKW) und die Spreewaldklinik in Lübben (SWKL).

Das Klinikum konnte das Geschäftsjahr mit keiner zufriedenstellenden Geschäftsentwicklung abschließen. Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2 % gestiegen. Die Steigerung resultiert im Wesentlichen aus den Effekten des Rettungsschirms zur finanziellen Stabilisierung des Krankenhausesektors. So wurden die Ausgleichszahlungen nach § 21 Abs. 1b KHG wiedereingeführt, die Corona-Testungen wurden über ein Zusatzentgelt refinanziert. Ab dem 15. November 2021 wurden außerdem die Behandlung von Corona-Fällen über einen Zuschlag refinanziert. Die Maßnahmen stehen einer weiterhin rückläufigen coronabedingten Leistungsentwicklung gegenüber. Trotz der geringeren Leistung gegenüber dem Geschäftsjahr 2020 ist auch in 2021 ein positiver Preiseffekt durch die Steigerung des Landesbasisfallwertes mit Ausgleichen um 2,16 % gegeben.

Dabei unterschreitet die Fallzahl der vollstationären DRG-Fälle im Jahr 2021 das Vorjahr um 2.470 Fälle. Die rückläufige Entwicklung ist in allen Fachabteilungen und an beiden Standorten festzustellen. Weiterhin lagen die Fallzahlen aller Abteilungen unter den Erwartungen und der Mehrjahresplanung 2021-2023. Ursächlich für diesen Rückgang ist vor allem der Ausbruch der Covid-19-Pandemie im März 2020, die weiterhin im Gesamtjahr 2021 das Tagesgeschehen bestimmt hat. Im Rahmen des pandemischen Präventionsschutzes wurden während der „großen Wellen“ Anfang und Ende des Geschäftsjahres 2021 u. a. die belegbaren Betten und planbare Leistungen reduziert.

Im ambulanten Bereich wurden im Geschäftsjahr 44.779 Fälle (ambulante Fälle und ambulante OP) behandelt. Dies stellt einen Rückgang der Fallzahlen von 7,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum dar. Dagegen sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 8,3 % gestiegen. Begründet wird dies auch hier durch staatliche Maßnahmen zur finanziellen Stabilisierung des Krankenhausesektors.

Weitere Geschäftsfelder, welche die Umsatzerlöse beeinflussen, sind die Gestellung der Notärzte für die Rettungswachen und die Regionalapothekendeckung. Die Erstattungen durch den Landkreis Dahme-Spreewald für die Personalgestellung der Notarztwachen belaufen sich auf 3.555 TEUR. Der Umsatz der Regionalapothekendeckung ist im Jahresvergleich um 259 TEUR auf 11.262 TEUR gesunken.

Die Materialaufwendungen haben sich durch den Einsatz von Fremdpersonal und den Mehraufwand im Rahmen der Covid-19-Pandemie (z. B. Laboraufwendungen für PSA- und PCR-Testungen und Antigen-Schnelltests) gegenüber dem Vorjahr um 4,53 % erhöht. Durch die Kooperation im Sana-Einkaufsverbund und durch die konsequente Nutzung des Blockheizkraftwerkes wurden im Geschäftsjahr die Kostenstrukturen im Sachkostenbereich weiter optimiert. Insgesamt stiegen die Aufwendungen für Sachkosten im Bereich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe trotz des Fallzahlrückganges bei leicht gestiegenem CMI um 12,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Ursächlich hierfür sind neben den genannten pandemiebedingten Mehrausgaben die Sachkostensteigerungen für Implantate und des OP-Bedarfs trotz des Rückgangs der Anzahl an stationären Operationen.

Die Position Aufwendungen für bezogene Leistungen verzeichnet durch einen erhöhten Einsatz von Fremdpersonal, die erhöhten Kosten für Untersuchungen in Fremdinstituten sowie die Weitergabe von Tarifeffekten der Dienstleister einen Anstieg in Höhe von 266 TEUR. Der Effekt wurde durch den verringerten Wareneinsatz in der angeschlossenen Regionalapothekendeckung kompensiert.

Gleichzeitig haben sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 6,9 %, im Wesentlichen aufgrund steigender Aufwendungen für Instandhaltung (14,1 %) und EDV-Aufwand (18,1 %) erhöht.

Die Endoskopieabteilung am Standort Achenbach-Krankenhaus Königs Wusterhausen wurde umgebaut und mit neuer Medizintechnik ausgestattet. Das Investitionsvolumen dafür belief sich auf 522 TEUR. Es wurden weitere elektrische Pflegebetten und Nachttische beschafft. Darüber hinaus wurde in die Netzwerkinfrastruktur investiert, um Risiken zu eliminieren und Redundanzen abzubauen. Weiterhin wurde in das Krankenhausinformationssystem und das Mobile Device Management investiert.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Im Fokus des Chancen- und Risikomanagements der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH steht der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens. Potenzielle Risiken können durch zeitnahe Identifikation gezielt bearbeitet und entsprechende Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Chancen werden in diesem Rahmen besser erkannt und können so genutzt werden, um die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens positiv zu beeinflussen. Eine konzernweit eingesetzte Software unterstützt den Prozess und hilft dabei, wesentliche Themenfelder strukturiert zu erfassen, zu analysieren, zu steuern und zu überwachen. Die Berichterstattung ist in zwei Teile gegliedert, so erfolgt eine regelmäßige quartalsweise Berichterstattung nach spezifischen Themenfeldern und eine Ad-hoc-Risikoberichterstattung an den Vorstand der Sana Kliniken AG, um unmittelbar auf gefährdende Sachverhalte reagieren zu können.

Die Fallzahlen der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH liegen noch immer hinter dem Niveau der vorpandemischen Zeit, somit wurde auch im Jahr 2021 das Leistungsgeschehen durch die COVID-19-Pandemie beeinflusst. Insgesamt wird sich das stationäre Fallgeschehen weiterhin rückläufig entwickeln, so eine branchenweite Prognose. Regulatorische Eingriffe, wie z.B. die Mindestmengenregelung, die Zentrenbildung, aber auch die Strukturanforderungen des Gemeinsamen Bundesausschusses, die die Konzentration von Leistungen auf größere und technisch höher ausgestattete Kliniken zur Folge haben, verstärken den Leistungsrückgang.

Ein weiteres Risiko stellt der Mangel an Fachkräften dar. Die Verschärfung der Pflegepersonaluntergrenzen, aber auch die Ausgliederung der Pflegepersonalkosten aus dem Pflegebudget, führen zu einem intensivierten Wettbewerb um Pflegepersonal. Personaluntergrenzen finden seit Beginn des Jahres 2022 auch in den Bereichen Orthopädie, Gynäkologie und Geburtshilfe Anwendung. Es wird eine vermehrte Fluktuation durch Abwerbmaßnahmen befürchtet. Möglicherweise werden gesetzliche Quoten nur noch über intensive Personal-Werbemaßnahmen oder den Einsatz von zusätzlichem Fremdpersonal erfüllbar sein.

Das Ergebnis der Klinik wird auch aufgrund steigender Rohstoff- und Energiepreise belastet, ebenso durch Engpässe in Lieferketten. Auch in Erwartung von Entlastungen durch regulatorische Eingriffe ist eine Entwicklung derzeit kaum abzuschätzen.

Chancen einer positiven Entwicklung werden eruiert und ergriffen, um die beiden Klinikstandorte Lübben und Königs Wusterhausen nachhaltig zu stärken. Einerseits geschieht dies durch individuelle Vorhaben, wie z.B. die Zertifizierung des Endoprothetikzentrums Lübben, die Einführung des Rapid Recovery Programms sowie dem allgemeinen Ausbau der Leistungen und der Krankenpflegeschule mit einem weiteren Standort in Wildau. Auch im Sana-Verbund bestehen weitreichende Synergienmöglichkeiten, die sich aus der Zusammenarbeit mit anderen Standorten ergeben. Als Beispiel ist hier die geriatrische Tagesklinik im Sana Krankenhaus Gottesfriede Woltersdorf, die das Achenbach Krankenhaus bei der Versorgung hochbetagter Patienten unterstützt, zu nennen. Neue Potentiale für die Zusammenarbeit ergeben sich zusammen mit neuen Häusern im Sana-Verbund, wie z.B. der Sana Klinik Niederlausitz.

Für das kommende Geschäftsjahr erwartet die Geschäftsführung des Klinikums Dahme-Spreewald GmbH aufgrund der COVID-19 Pandemie leicht steigende Fallzahlen und einen stabilen Umsatz. Es werden im Vergleich zum vergangenen Geschäftsjahr leicht steigende Personalkosten erwartet und insgesamt ein etwa konstantes Jahresergebnis. Das pandemische Geschehen kann sich allerdings auch negativ auf Fallzahlen, Umsatzerlöse und das Ergebnis auswirken.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalebürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	Gemäß dem bestehenden Konsortialvertrag zahlt die Sana Kliniken AG eine unbefristete jährliche Ausgleichszahlung in Höhe von 200 TEUR jeweils am 30. Juni eines jeden Jahres, erstmalig am 30. Juni 2011.	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Vollkonsolidierung der KDS GmbH.		

Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	25.000	100
Datum der Gründung	06.05.2008		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von Dienstleistungen, die nicht zum Kernbereich der Aufgaben von Krankenhäusern gehören, insbesondere der Speiserversorgung		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Dipl.-Kfm. Michael Kabiersch (bis 30.09.2021) Herr Dr. Christian von Klitzing (ab 01.10.2021) Herr Jürgen Schulte		

Bilanz der KDSD mbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2019 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	47.819	53.328	43.127
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
	Entgeltlich erworbene Software	0	0	0
II.	Sachanlagen	16.337	21.846	11.645
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.337	21.846	11.645
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	0
III.	Finanzanlagen	31.482	31.482	31.482
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen	31.482	31.482	31.482
B.	Umlaufvermögen	392.995	242.322	311.719
I.	Vorräte	28.540	33.907	24.421
1.	Fertige Erzeugnisse	28.540	33.907	24.421
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	357.012	204.828	278.749
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	120.026	121.211	4.410
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	0	11.134	9.180
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	232.893	64.975	261.643
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	4.093	7.508	3.516
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	7.442	3.586	8.549
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	1.243	724	0
	Bilanzsumme	442.057	296.374	354.846
Passiva				
A.	Eigenkapital	197.828	197.828	197.828
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	172.828	172.828	172.828
III.	Bilanzgewinn	0	0	0
B.	Rückstellungen	95.100	69.200	51.400
1.	Steuerrückstellungen	0	0	0
2.	Sonstige Rückstellungen	95.100	69.200	51.400
C.	Verbindlichkeiten	149.129	29.345	105.617
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.692	1919,03	73424,3
2.	Verbindlichkeiten ggü. Gesellschafter	100.850	1.003	0
3.	Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen	23.974	47	22.545
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	17.613	26.376	9.648
	Bilanzsumme	442.057	296.374	354.846

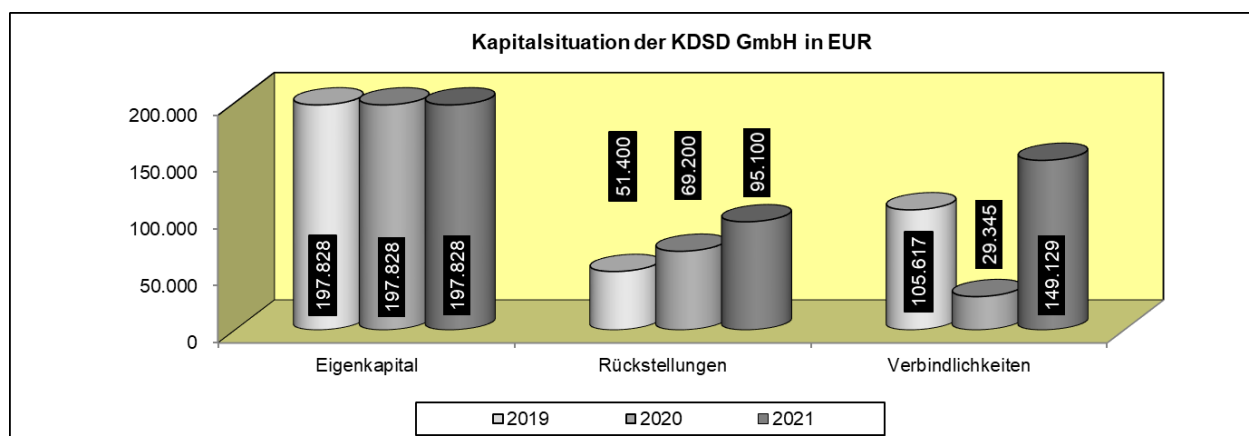
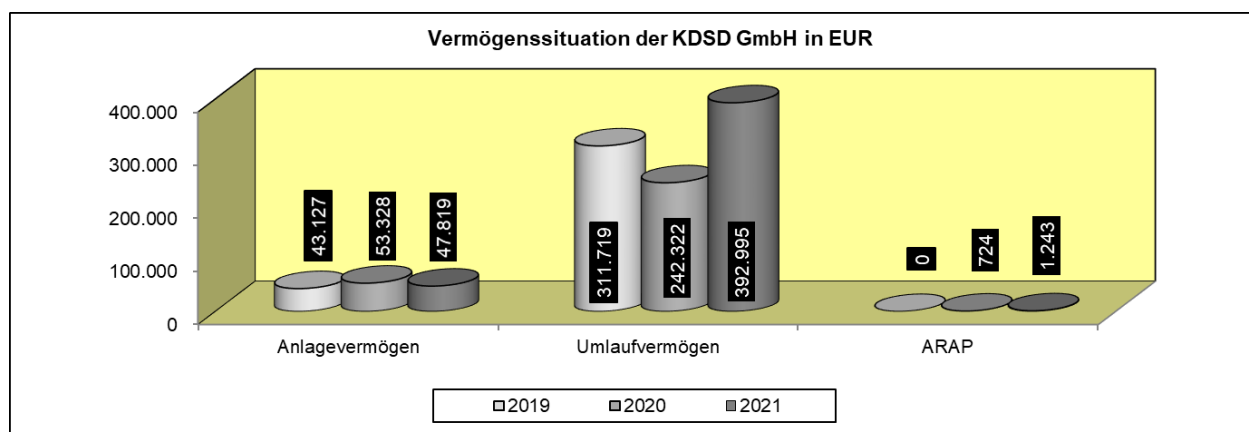
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen reduzierte sich im Berichtsjahr um 6 TEUR auf 48 TEUR aufgrund von Abschreibungen auf Sachanlagen. Die Position Finanzanlagen zeigte die Geschäftsanteile der 100%igen Tochtergesellschaft KDSR mbH.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 151 TEUR auf 393 TEUR, was hauptsächlich auf die erhöhten Forderungen gegen verbundene Unternehmen zurückzuführen war. Hierbei handelt es sich um Forderungen aus einem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG in Höhe von 233 TEUR. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (120 TEUR) blieben etwa auf Vorjahresniveau.

Die sonstigen Rückstellungen wurden zum Ende des Geschäftsjahres in Höhe von 95 TEUR bilanziert und erhöhten sich demnach um 26 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Sie beinhalteten im Wesentlichen Rückstellungen für Personalaufwendungen in Höhe von 42 TEUR sowie für ausstehende Rechnungen in Höhe von 53 TEUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren aus der Verlustübernahme durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH und betragen 24 TEUR. Die Verbindlichkeit gegen Gesellschafter betrifft die Verbindlichkeit aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Klinikum Dahme-Spreewald GmbH und wurde in Höhe von 21 TEUR bilanziert. Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 18 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSD mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	3.703.473	3.183.760	2.378.234
2.	Sonstige betriebliche Erträge	36.331	27.838	25.493
3.	Personalaufwand	-2.586.616	-2.137.195	-1.263.930
	a) Löhne und Gehälter	-2.088.607	-1.726.780	-1.023.171
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-498.010	-410.414	-240.759
4.	Materialaufwand	-714.475	-714.346	-920.208
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-667.342	-671.803	-880.607
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-47.133	-42.544	-39.601
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-5.988	-6.990	-16.430
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-388.960	-362.378	-191.418
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	43.765	-9.311	11.741
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.200	-412	1.783
11.	Sonstige Steuern	-160	-408	-160
12.	Aufwand aus EAV	-44.805	-1.003	-22.545
13.	Ertrag aus EAV	0	11.134	9.180
14.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse setzten sich im Wesentlichen aus der Bereitstellung der Patientenverpflegung mit einem Volumen von 1.571 TEUR, der Bewirtschaftung von Cafeterien (237 TEUR), der Belieferung des Klinikums Dahme-Spreewald (251 TEUR) sowie der Belieferung externer Kunden (43 TEUR) sowie der Abrechnung physiotherapeutischer Leistungen gegenüber der KDS GmbH (508 TEUR) und externer Kunden (1.043 TEUR) zusammen. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Umsatzerlöse um 520 TEUR.

Erträge aus Personalkostenerstattungen, Auflösung von Rückstellungen und Sachbezüge bildeten die Sonstigen betrieblichen Erträge (36 TEUR).

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 449 TEUR auf 2.587 TEUR und beinhaltete die Aufwendungen für insgesamt 68 Mitarbeiter*innen (Vj. 60 Mitarbeiter*innen).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungsleistungen sowie Serviceleistungen für die Verwaltung sowie Mietaufwendungen.

Analysedaten der KDSD mbH

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	11%	11%	12%
Eigenkapitalquote	45%	67%	56%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	414%	371%	459%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	161%	246%	199%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	6 TEUR	7 TEUR	16 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	3.703 TEUR	3.184 TEUR	2.378 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	3.703 TEUR	3.184 TEUR	2.378 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	70%	67%	53%
Anzahl der Mitarbeiter	68	60	45

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der KDSD mbH.		

Medizinisches Versorgungszentrum Dahme-Spreewald GmbH

Schillerstraße 29

15907 Lübben (Spreewald)

Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0

Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	50.000	50.000	50.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH	50.000	100
Datum der Gründung	01.01.2013		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 des Sozialgesetzbuches Fünftes Buch zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringungen der Krankenhausbehandlung und der Versorgung und Rehabilitation und nicht ärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebots und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie der integrierten Versorgung.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Michael Kabiersch (bis 06.10.2021) Dr. Christian von Klitzing (ab 06.10.2021)		

Bilanz der MVZ GmbH (Tochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	265.548	304.981	345.473
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	250.450	284.251	319.110
1.	Geschäfts- oder Firmenwert	250.450	284.251	319.110
II.	Sachanlagen	15.098	20.730	26.363
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.098	20.730	26.363
B.	Umlaufvermögen	513.488	171.770	310.957
I.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	513.488	171.770	310.957
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	80.892	59.390	118.476
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	432.472	110.143	191.330
3.	Sonstige Vermögensgegenstände	124	2.237	1.152
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	57	9	0
	Bilanzsumme	779.093	476.761	656.430
Passiva				
A.	Eigenkapital	540.369	240.369	423.741
I.	Gezeichnetes Kapital	50.000	50.000	50.000
II.	Kapitalrücklagen	900.000	600.000	600.000
III.	Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-409.631	-226.259	-8.306
IV.	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	-183.372	-217.952
B.	Rückstellungen	14.000	18.500	0
1.	Sonstige Rückstellungen	14.000	18.500	0
B.	Verbindlichkeiten	224.724	217.891	232.689
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	673	0	12.533
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	215.146	213.595	214.775
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	8.905	4.297	5.380
	Bilanzsumme	779.093	476.761	656.430

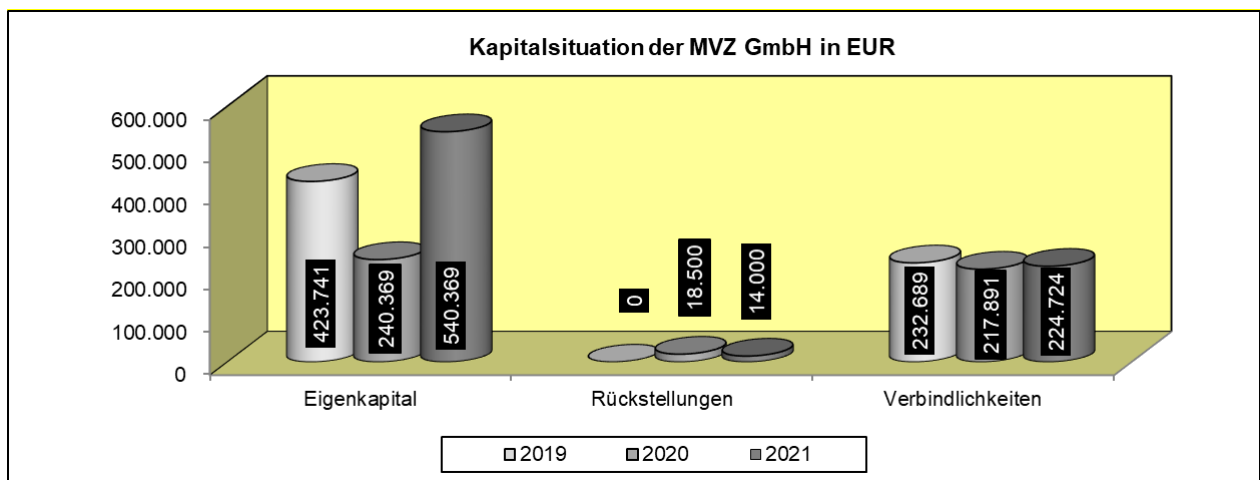
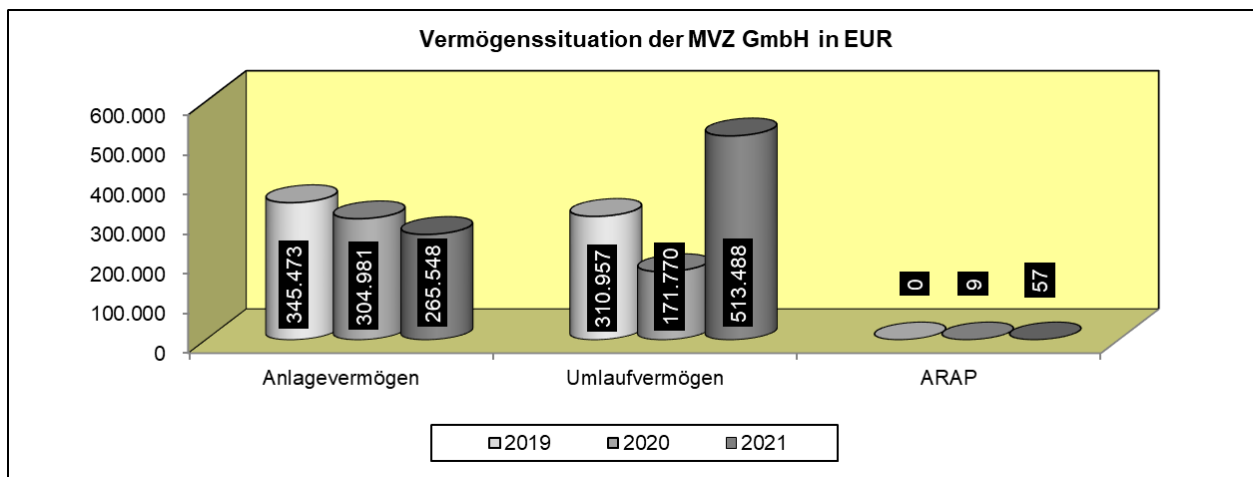
Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen der MVZ GmbH reduzierte sich im Berichtsjahr um 39 TEUR im Vergleich zum Vorjahr aufgrund von Abschreibungen und der Zeitwert-Reduktion des Firmenwertes.

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen erhöhten sich im Berichtsjahr um einen Wert von 322 TEUR und beinhalten vollumfänglich Forderungen gegen die Sana Kliniken AG aus dem Cash-Pool.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (215 TEUR) betreffen Liefer- bzw. Leistungsverbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter und entsprechen etwa dem Vorjahresniveau.

Insgesamt erhöhte sich die Bilanzsumme um 302 TEUR auf 779 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der MVZ GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	468.155	485.098	241.366
2.	Sonstige betriebliche Erträge	14.780	19.559	5.229
3.	Materialaufwendungen	-5.896	-6.345	-4.468
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.585	-2.124	-2.622
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.311	-4.221	-1.846
4.	Personalaufwand	-572.864	-501.880	-352.710
	a) Löhne und Gehälter	-473.898	-414.266	-298.563
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-98.966	-87.614	-54.147
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-40.623	-40.492	-32.794
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-104.813	-139.323	-74.520
7.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	2	11	-55
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-55
9.	Ergebnis nach Steuern	-241.258	-183.372	-217.952
10.	a) Erträge aus der Verlustübernahme auf Grund einer Gewinngemeinschaft	241.258	0	0
11.	Jahresergebnis	0	-183.372	-217.952

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse bildeten im Wesentlichen Erlöse aus Abrechnungen gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung in Höhe von 406 TEUR ab.

Die Personalaufwendungen betragen im Berichtsjahr 573 TEUR und erhöhten sich demnach um 71 TEUR gegenüber dem Vorjahr. Das Unternehmen beschäftigt im Jahresdurchschnitt 12 Mitarbeiter*innen (Vorjahr 14).

Das Geschäftsjahr schloss mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab, da der Verlust in Höhe von 241 TEUR im Rahmen der Gewinngemeinschaft mit der KDS GmbH ausgeglichen wurde.

Analysedaten der MVZ GmbH

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	34%	64%	53%
Eigenkapitalquote	69%	50%	65%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	203%	79%	123%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	215%	73%	134%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	41 TEUR	-143 TEUR	-185 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	-76%	-51%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	-38%	-33%
Umsatz	468 TEUR	485 TEUR	241 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	468 TEUR	485 TEUR	241 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 EUR	-183 TEUR	-218 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	122%	99%	146%
Anzahl der Mitarbeiter	12	14	6

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabschluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der MVZ GmbH.

Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH

Schillerstraße 29
 15907 Lübben (Spreewald)
 Tel.: +49 (0) 3546 / 75-0
 Fax: +49 (0) 3546 / 75-314



	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	25.000	25.000	25.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH	25.000	100
Datum der Gründung	03.05.2010		
Gegenstand des Unternehmens	Gegenstand der Gesellschaft ist die Durchführung aller nichtmedizinischen Dienstleistungen, insbesondere Reinigungstätigkeiten, Tätigkeit des klinischen Hauspersonals, allgemeine hauswirtschaftliche Tätigkeiten, Hol- und Bringdienste, Transporte sowie Funktions- und Servicedienste.		
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> Herr Michael Kabiersch (bis 06.10.2021) Herr Dr. Christian von Klitzing (ab 06.10.2021) Herr Jürgen Schulte		

Bilanz der KDSR mbH (Enkeltochterunternehmen der KDS GmbH)

Bilanz zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	54.852	53.168	62.679
I.	Sachanlagen	54.852	53.168	62.679
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	54.852	53.168	37.903
2.	Geleistete Anzahlungen / Anlagen im Bau	0	0	24.776
B.	Umlaufvermögen	209.345	235.237	174.933
I.	Vorräte	5.732	5.959	2.822
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	203.613	229.278	172.111
1.	Forderungen aus Lieferung und Leistungen	0	0	1.058
2.	Forderungen gegen Gesellschafter	23.974	1.003	22.545
3.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	178.289	226.062	146.996
4.	Sonstige Vermögensgegenstände	1.350	2.213	1.512
III.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	0	0	0
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	264.197	288.405	237.611
Passiva				
A.	Eigenkapital	25.000	25.000	25.000
I.	Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II.	Gewinnrücklage	0	0	0
III.	Bilanzgewinn	0	0	0
B.	Rückstellungen	31.200	37.700	20.000
1.	Sonstige Rückstellungen	31.200	37.700	20.000
C.	Verbindlichkeiten	207.997	225.705	192.611
1.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.275	8.152	9.014
2.	Verbindlichkeiten ggü. Gesellschafter	509	0	0
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	200.212	217.553	183.597
	Bilanzsumme	264.197	288.405	237.611

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

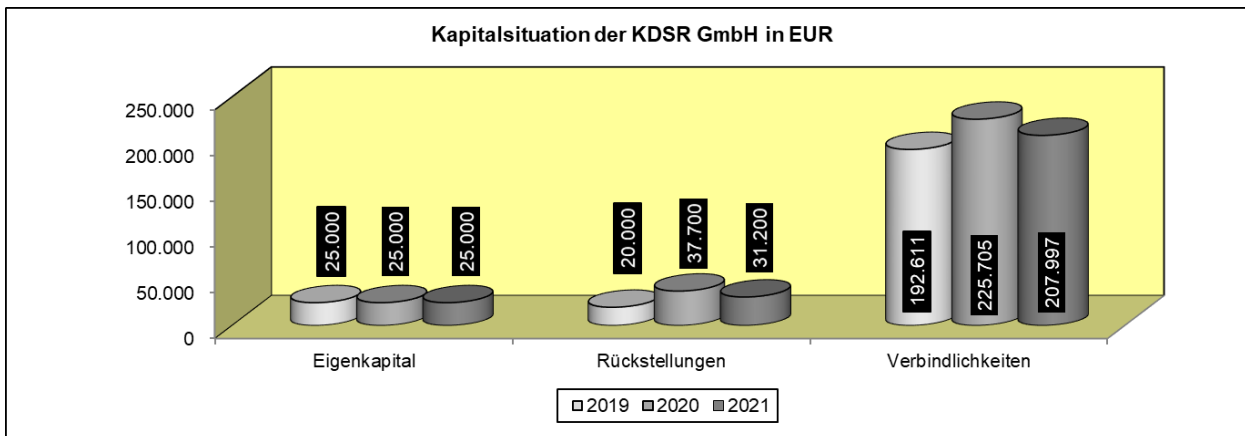
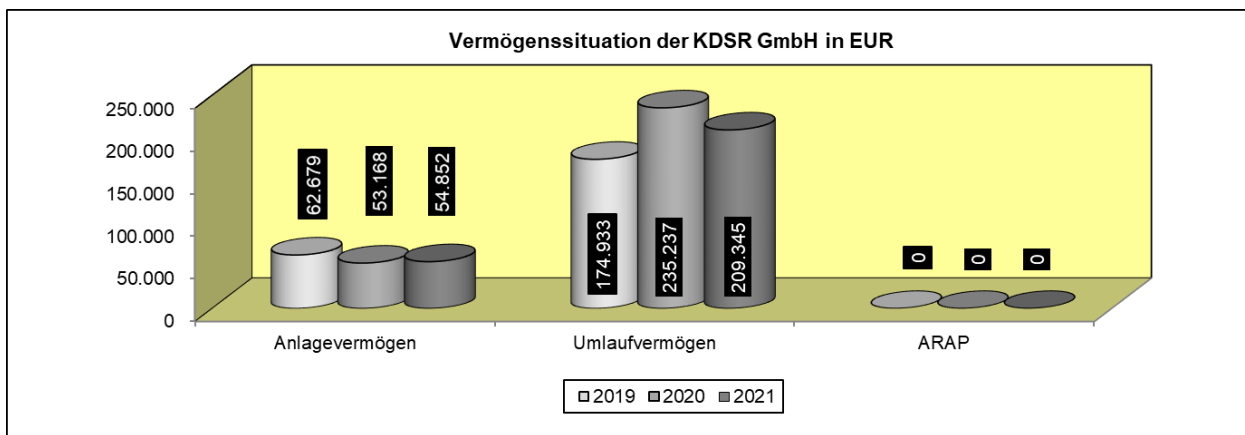
Das Anlagevermögen erhöhte sich im Berichtsjahr um 2 TEUR auf 55 TEUR.

Das Umlaufvermögen reduzierte sich im Vorjahresvergleich um 26 TEUR auf 204 TEUR. Maßgeblich verantwortlich für die Veränderung waren die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, welche aus dem Cash-Pooling-Guthaben bei der Sana Kliniken AG resultierten. Die Forderungen gegen Gesellschafter betrafen die Forderungen aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der KDSG GmbH in Höhe des Jahresverlustes von 24 TEUR.

Die Sonstigen Rückstellungen wurden für Personalaufwendungen (28 TEUR) und ausstehende Rechnungen (4 TEUR) gebildet.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten (181 TEUR) enthielten Verbindlichkeiten für die Lohn- und Gehaltsabrechnung Dezember 2021 und Verbindlichkeiten aus Steuern.

Die Bilanzsumme reduzierte sich im Berichtsjahr um 24 TEUR und belief sich somit auf 264 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der KDSR mbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	3.462.445	3.419.975	3.225.222
2.	Sonstige betriebliche Erträge	36.111	18.498	9.121
3.	Personalaufwand	-3.229.620	-3.088.991	-2.944.036
	a) Löhne und Gehälter	-2.670.983	-2.556.940	-2.431.116
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-558.637	-532.051	-512.921
4.	Materialaufwand	-77.857	-75.860	-66.424
	a) Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	-36.624	-36.422	-36.329
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-41.233	-39.438	-30.095
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-19.752	-18.256	-12.794
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-195.302	-256.368	-233.634
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
9.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-23.974	-1.003	-22.545
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
11.	Sonstige Steuern	0	0	0
12.	Aufwand aus EAV	0	0	0
13.	Ertrag aus EAV	23.974	1.003	22.545
14.	Jahresüberschuss	0	0	0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse resultierten fast ausschließlich aus der Erbringung von Reinigungsleistungen im Klinikum (3.339 TEUR).

Erträge aus Personalkostenerstattungen bildeten im Wesentlichen die Sonstigen betrieblichen Erträge (32 TEUR).

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (195 TEUR) enthielten insbesondere die Aufwendungen für Beratungs- sowie Serviceleistungen für die Verwaltung (155 TEUR).

Auf der Grundlage des geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages erfolgt die vollständige Verlustübernahme des Jahresfehlbetrages 2021 durch die Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungs GmbH.

Analysedaten der KDSR mbH

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	21%	18%	26%
Eigenkapitalquote	9%	9%	11%
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	46%	47%	40%
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	85%	87%	81%
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	18 TEUR	18 TEUR	13 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	3.462 TEUR	3.420 TEUR	3.225 TEUR
Gesamtleistung (ohne Zuschuss)	3.462 TEUR	3.420 TEUR	3.225 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zum Gesamtleistung)	93%	90%	91%
Anzahl der Mitarbeiter	119	123	115

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	keine	
Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.		
Konsolidierung		
Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt keine Konsolidierung der KDSR mbH.		

Teltower Kreiswerke GmbH

Wallstraße 35

10179 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 8060 2206

Fax: +49 (0) 30 / 8060 2207

E-Mail: TKWBERLIN@t-online.de

	2021	2020	2019
Stammkapital in EUR	200.000	200.000	200.000
Gesellschafter	Name Gesellschafter	Anteil in EUR	Anteil in %
	Landkreis Dahme-Spreewald	81.400	40,7
	Landkreis Teltow-Fläming	79.000	39,5
	Landkreis Potsdam-Mittelmark	39.600	19,8
Datum der Gründung	29.05.1929		
aktueller Gesellschaftsvertrag	27.10.2016		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Erwerb, soweit dieser für gesellschaftseigene und kommunale Zwecke erforderlich ist, sowie die Verwaltung, Vermietung, Verpachtung, Instandsetzung, Instandhaltung und Erweiterung von gesellschaftseigenen und sonstigen Grundstücken</p> <p>Neben der Verwaltung des eigenen Vermögens, die Erbringung von Leistungen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16. Januar 1997: Verwaltung von Immobilien des ehemaligen Teltowvermögens in Berlin, die sich im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark als Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow befinden</p>		
Öffentlicher Zweck	Mit der Übertragung der Anteile gemäß § 27 Rechtsträger-Abwicklungsgesetz nach 1990 vom ehemaligen Kreis Teltow auf die Landkreise sind die Gesellschafter der TKW GmbH die Landkreise Dahme-Spreewald mit 40,7 %, Teltow-Fläming mit 39,5 % und Potsdam-Mittelmark mit 19,8 %.		
Organe der Gesellschaft	<p><u>Geschäftsführerin:</u> Frau Annette Hansel</p> <p>Die Geschäftsführerin ist Beschäftigte der WSC GmbH, die mit Vertrag vom 11.12.2001 die Geschäftsbesorgung übernommen hat. Die Vergütung vorgenannter Organe ist mit der Geschäftsbesorgungsvergütung der WSC GmbH vollständig abgegolten.</p> <p><u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS:</u> Marion Degenhardt Dezentin für Rechtsangelegenheiten und Verbraucherschutz</p> <p><u>Stellvertreter LDS:</u> Herr Klein Dezent für Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit und Recht</p>		

Bilanz der TKW GmbH

Bilanz zum	31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	176.876	176.989	177.453
I. Sachanlagen	176.876	176.989	177.453
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte u. Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	176.873	176.873	176.873
2. Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	3	116	580
II. Finanzanlagen	1.231.040	0	0
1. Wertpapiere des Anlagevermögens		0	0
B. Umlaufvermögen		1.160.281	1.104.984
I. Vorräte	7.775	5.691	7.138
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.775	5.691	7.138
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14	33.501	562
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0	32.972	0
2. Sonstige Vermögensgegenstände	14	529	562
III. Wertpapiere		0	0
1. Sonstige Wertpapiere		0	0
IV. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.223.252	1.121.089	1.097.284
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.263	3.114	3.017
Bilanzsumme	1.411.179	1.340.384	1.285.454
Passiva			
A. Eigenkapital	1.369.233	1.238.775	1.180.611
I. Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000
II. Kapitalrücklage	34.461	34.461	34.461
III. Gewinnvortrag	1.067.126	946.151	887.158
IV. Jahresüberschuss	67.646	58.163	58.992
B. Rückstellungen	16.183	19.729	12.349
1. Steuerrückstellungen	5.752	9.240	1.176
2. Sonstige Rückstellungen	10.431	10.489	11.173
C. Verbindlichkeiten	25.097	24.053	17.658
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3.930	0	0
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.995	677	9.900
3. Sonstige Verbindlichkeiten	14.172	12.916	14.153
E. Rechnungsabgrenzungsposten	666	2.366	2.896
Bilanzsumme	1.411.179	1.340.384	1.285.454

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Das Anlagevermögen der Gesellschaft in Höhe von ca. 177 TEUR umfasst im Wesentlichen die Grundstücke Wohn- und Geschäftshaus in der Sachlebenstraße 64/66 sowie das Gewerbegrundstück „Am Stiechkanal“ in Berlin. Das Sachanlagevermögen verminderte sich geringfügig aufgrund der planmäßigen Abschreibungen und befand sich aber zum Bilanzstichtag auf Vorjahresniveau (177 TEUR).

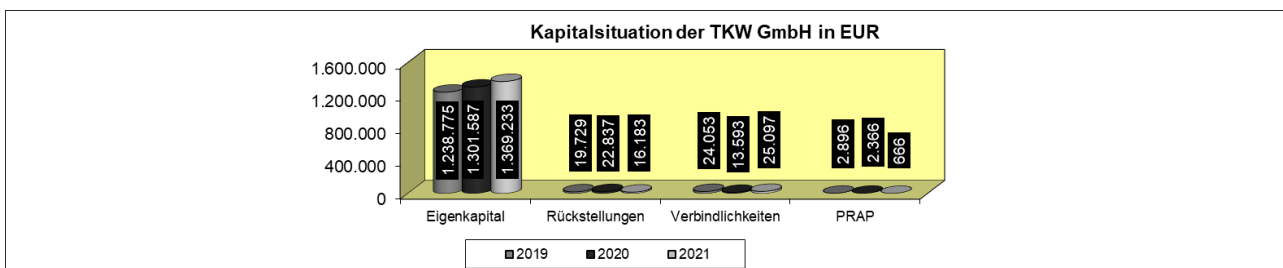
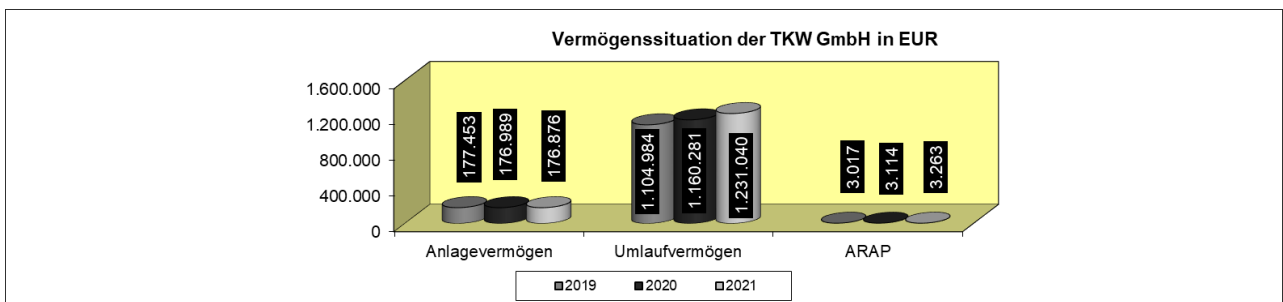
Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 70 TEUR auf 1.231 TEUR. Dies ist insbesondere auf den Anstieg des Bankguthabens um 102 TEUR zurückzuführen. Zum Bilanzstichtag wurden liquide Mittel in Höhe von 1.223 TEUR ausgewiesen. Die Liquidität der Gesellschaft ist sehr hoch.

Das Eigenkapital erhöht sich gegenüber dem Vorjahreswert planmäßig um den Jahresüberschuss von fast 68 TEUR. Zum Bilanzstichtag belief sich das Eigenkapital auf ca. 1.369 TEUR. Gemessen an der Bilanzsumme entsprach das einer Eigenkapitalquote von 97 %.

Die Rückstellungen in Höhe von 16 TEUR sind um ca. 6 TEUR geringer als im Vorjahr, bedingt durch Reduzierung der Steuerrückstellungen.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ca. 25 TEUR ausgewiesen. Der Anstieg von ca. 9 TEUR zum Vorjahr begründet sich durch die Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen und der höheren Umsatzsteuerverbindlichkeiten des Geschäftsjahres. Es bestanden keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 70 TEUR auf 1.411 TEUR.



Gewinn- und Verlustrechnung der TKW GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	229.971	224.479	220.147
2.	Gesamtleistung	229.971	224.479	220.147
3.	Sonstige betriebliche Erträge	5.791	109	1.157
	a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.520	109	616
	b) Übrige sonstige betriebliche Erträge	4.271	0	541
4.	Materialaufwand	-25.291	-21.346	-28.375
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-9.706	-10.120	-11.801
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-15.586	-11.225	-16.573
5.	Personalaufwand	-31.744	-32.499	-31.873
	a) Löhne und Gehälter	-25.704	-25.200	-25.950
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-6.040	-7.299	-5.923
6.	Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-113	-464	-464
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-77.315	-75.929	-72.905
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7	35	61
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-26
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-29.218	-27.131	-25.117
11.	Ergebnis nach Steuern	72.087	67.253	62.604
12.	Sonstige Steuern	-4.441	-4.441	-4.441
13.	Jahresüberschuss	67.646	62.812	58.163

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse wurden gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gesteigert (230 TEUR; Vj. 224 TEUR) Diese wurden aus der Immobilienverwaltung und den Mieteinnahmen generiert.

Der Materialaufwand erhöhte sich um ca. 4 TEUR aufgrund der Heizkosten.

Die Position Personalaufwand (32 TEUR; Vj. 32 TEUR) betrifft ausschließlich das Gehalt des Hausmeisters.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 77 TEUR wurden allgemeine Betriebs- und Verwaltungskosten erfasst. Davon waren 64 TEUR den Aufwendungen für die Geschäftsbesorgung und die Erfüllung der Geschäftsführertätigkeiten durch die WSC GmbH zuzuschreiben.

Die Position Steuern vom Einkommen und vom Ertrag wurde mit ca. 29 TEUR ausgewiesen. Diese umfassten im Wesentlichen die Körperschafts- und Gewerbesteuer.

Die sonstigen Steuern in Höhe von 4 TEUR betreffen die zu entrichtende Grundsteuer.

Die TKW GmbH erwirtschaftete im Wirtschaftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von 67 TEUR.

Analysedaten

Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage war entsprechend der Tätigkeit der Gesellschaft geordnet und stabil.

Der vergleichsweise geringe Anteil von Anlagevermögen im Verhältnis zur Bilanzsumme sowie der untypisch hohe Anteil des Umlaufvermögens, vorwiegend aus liquiden Mitteln resultierend, ist für ein Unternehmen der Immobilienbranche eher unüblich, hier aber bedingt durch Ansparung von Mitteln zur Objektertüchtigung. Die Anlagenintensität belief sich auf 13 %.

Die Eigenkapitalquote von 97 % ist als überdurchschnittlich hoch einzustufen. Diese ergab sich durch die fast durchgängige Erzielung von jährlichen Überschüssen, welche das Eigenkapital erhöhten. Eine Ausschüttung an die Gesellschafter erfolgte bisher nicht.

Die rückläufigen Steuerrückstellungen führten zur Verbesserung der Liquidität 3. Grades, welche sich aber mit 2.935 % weiterhin auf sehr hohem Niveau befindet. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gesichert. Das Umlaufvermögen belief sich auf 87 % (darunter 86 % flüssige Mittel).

Die Eigenkapitalrentabilität hat sich nicht verändert und liegt bei 5 %, ebenso die Gesamtkapitalrentabilität.

Der Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit beträgt 62 TEUR.

In die Personalaufwandsquote flossen nicht die Kosten für die Geschäftsbesorgung durch die WSC GmbH ein, sondern nur die Personalkosten für die Beschäftigung des direkt bei der TKW GmbH beschäftigten Mitarbeiters für Hausmeisterarbeiten. Daher kann die Quote von 13 % als sehr gut beurteilt werden.

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	13%	13 %	14 %
Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten)	97%	97 %	96 %
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	774%	735 %	698 %
Zinsaufwandsquote	0%	0%	0 %
Liquidität 3. Grades	2935%	2.999 %	2.374 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	62 TEUR	63 TEUR	59 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	5%	5%	5 %
Gesamtkapitalrentabilität	5%	5 %	5 %
Umsatz	230 TEUR	224 TEUR	220 TEUR
Gesamtleistung	236 TEUR	225 TEUR	221 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	68 TEUR	63 TEUR	59 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	13 %	14 %	14 %
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	1

Geschäftsverlauf 2021

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasste die Verwaltung der eigenen Immobilien und der Immobilien, die im Eigentum der Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark stehen.

Zu den eigenen Immobilien gehören das durch die TKW GmbH ehemals betriebene märkische Elektrizitätswerk, einschließlich eines integrierten Wohngebäudes mit sieben Wohneinheiten sowie vier Gewerberräumen (einer großen Halle, verschiedene Lager- und Abstellräume) und ein verpachtetes Grundstück am Stichkanal.

Die Umsatzerlöse aus der Verwaltungstätigkeit und aus Vermietung und Verpachtung entwickelten sich ähnlich dem Vorjahr (199 TEUR; Vj. 192 TEUR), dominiert durch die Verwaltungstätigkeit. Hinzu kommen Umsatzerlöse bedingt durch die Anstellung des Hausmeisters bei der TKW GmbH und der Weiterberechnung seiner Leistungen mit 19 % Umsatzsteuer an die Eigentümergemeinschaft mit rd. 31 TEUR/a.

Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2021 betrug ca. 67 TEUR und lag damit um 23 TEUR über dem von der Gesellschafterversammlung bestätigten Wirtschaftsplan. Die Entwicklung mit +7,7 % resultiert wesentlich aus der Steigerung bei den Erlösen aus der Verwaltungstätigkeit.

Im Geschäftsjahr wurden bis auf Kleinstreparaturen keine größeren Reparaturen durchgeführt. Alle Planungen anderer Vorhaben wurden wegen nachbarschaftlicher Grundstücksentwicklung zurückgestellt.

Die Sanierung bzw. der Neubau der Grundstückszufahrt Nr. 66 bis einschließlich Wohnhausecke in der Flucht zur Fassade wurden in Abhängigkeit der Projektentwicklung auf dem Nachbargrundstück und vor dem Hintergrund einer geplanten Fassadensanierung des Wohnhauses und der angrenzenden Hallen zurückgestellt.

Die Fassadensanierung wurde bedingt durch die Projektentwicklung auf dem Nachbargrundstück und davon technisch, technologisch bedingter, abzuleitender Aktivitäten, insbesondere im Zusammenhang mit der Trennung und teilweisen Neuverlegung sämtlicher ingenieurtechnischer Medien zur Grundstücksver- und -entsorgung nicht ausgeführt.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet und die Liquidität gesichert.

Das Eigenkapital der Gesellschaft konnte durch den positiven Geschäftsverlauf auf 1.369 TEUR gesteigert werden.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Geschäftstätigkeit der TKW GmbH bezieht sich auf die Verwaltung von eigenen Immobilien sowie auf die Verwaltung des sogenannten Teltowvermögens. Dabei handelt es sich um 11 Objekte bzw. Liegenschaften der Eigentümergemeinschaft, bestehend aus dem Landkreis Dahme-Spreewald, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und dem Landkreis Teltow-Fläming. Die Verwaltung des Teltowvermögens erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TKW GmbH und der Eigentümergemeinschaft.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung sind derzeit nicht zu erkennen, könnten sich aber bei vollständigem Abverkauf der verwalteten Immobilien oder Entzug des Geschäftsbesorgungsauftrages durch die Gesellschafter ergeben.

Chancen künftiger Entwicklungen werden im Anstieg des Mietpreisniveaus und der Entwicklung der eigenen Immobilien gesehen, weil satzungsgemäß der Unternehmensgegenstand auf die Verwaltung von eigenen und von Immobilien aus dem Teltowvermögen begrenzt ist und nach Satzung ggf. mögliche Erwerbe notwendiger Grundstücke mit Ertragsauswirkung zurzeit nicht gesehen werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

	Wirtschaftsjahr	Wert
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	Keine
	2020	Keine
	2019	Keine
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2021	Keine
	2020	Keine
	2019	Keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2021	387 TEUR
	2020	387 TEUR
	2019	387 TEUR

Darüber hinaus bestanden keine Kapitalzuführungen und -entnahmen, Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen sowie sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können (z.B. Betriebskostenzuschüsse).

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt die Equity-Konsolidierung der TKW GmbH.

Geschäftsbesorgungsbericht über die Verwaltung von Grundstücken

Aufgrund des bestehenden Geschäftsbesorgungsvertrages vom 16. Januar 1997, nebst 1. Änderung vom 10.07.2017 hat die Teltower Kreiswerke GmbH im Geschäftsjahr 2021 für die Eigentümergemeinschaft nach dem Kreis Teltow, angehörend die Landkreise Dahme-Spreewald (40,7 %), Teltow-Fläming (39,5 %) und Potsdam-Mittelmark (19,8 %), die Verwaltung der im Eigentum stehenden Grundstücke durchgeführt.

Im Berichtszeitraum wurde aus der Grundstücksverwaltung ein Überschuss in Höhe von 934 TEUR erzielt. Der erzielte Überschuss lag um ca. 96 TEUR unter dem Planwert und basiert auf Mindereinnahmen der Objekte in der Sarrazinstraße und Am Stichkanal. Das Ergebnis dominiert durch geringere Einnahmen und höhere Ausgaben bei den Heiz- und Reparaturkosten bzw. beim sonstigen Aufwand. Die Objekte sind ausgemietet.

An die Eigentümer wurde beteiligungsquotale Ausschüttung von insgesamt 950 TEUR vorgenommen, wovon der Landkreis Dahme-Spreewald 387 TEUR erhalten hat.

Der Gesamtbestand (Anlagevermögen + liquide Mittel) verringerte sich durch den erwirtschafteten Überschuss von 934 TEUR abzüglich der Ausschüttung von 950 TEUR um 16 TEUR zum 31.12.2021.

Verwaltung von Grundstücken in Berlin:

- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde in der Bäkestraße 13 ist an den Tennisclub „Grün-Weiss“ verpachtet. Es bestanden keine Pachtrückstände. (Haftpflicht- und Gebäudeversicherung werden regelmäßig kontrolliert.
- Das Grundstück Berlin-Britz am Delfter Ufer wird als Kleingartenfläche genutzt. Im Berichtsjahr waren alle Gärten verpachtet.
- Das Grundstück Berlin-Lichterfelde „Am Stichkanal“ besteht aus Industrieflächen und Kleingärten. Es waren alle Parzellen vollständig verpachtet.
- Beim Grundstück Berlin-Tiergarten in der Körnerstraße handelt es sich um ein Grundstück mit Erbbaurecht. Im Wege der Zwangsvollstreckung wurde das Erbbaurecht verkauft und das darauf befindliche Mietshaus wird vom Erbbaurechtsnehmer vermietet.
- Mit dem Grundstück Berlin-Wannsee am Stölpchensee wurden Einnahmen aus Verpachtungen, Stegzinserlösen, Angelkartenverkauf etc. erwirtschaftet.
- Das Grundstück Späthstraße in Berlin-Neukölln ist eine Straßenrandfläche (80 qm) ohne Nutzungsmöglichkeit. Das Grundstück wurde dem Bezirksamt Neukölln bereits zum Erwerb angeboten.
- Das Grundstück in Berlin-Friedenau in der Sarrazinstraße ist mit einem zu 100 % vermieteten Geschäftshaus bebaut. Modernisierung des Konferenzraumes, Renovierungsarbeiten in Mieträumen sowie der Einbau einer Feuerschutztür im Keller wurden durchgeführt.
- Das Grundstück in Berlin-Wannsee am Königsweg betrifft Wald- und Wegeflächen (3.380 qm), die als Verkehrsflächen genutzt werden.
- Das Grundstück in Berlin-Steglitz am Maulbronner Ufer ist ein nicht nutzbarer Geländestreifen (437 qm) am Teltow-Kanal. Einnahmen und Ausgaben entstanden daher nicht.
- Für das Grundstück in Berlin-Wannsee im Jagden 61 (1 qm Waldstreifen) sind weder Ausgaben noch Einnahmen angefallen.

Partnerschaft Deutschland PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Friedrichstraße 149

10117 Berlin

Tel.: +(49) (0) 30 / 25 76 79 0

Fax: +(49) (0) 30 / 25 76 199

E-Mail: info(at)pd-g.de

www.pd-g.de

**2021****Stammkapital 31.12.2021: 2.004.000 EUR verteilt auf 10.020 Geschäftsanteile**

Gesellschafter Stand 31.12.2021 (108 Gesellschafter)	Anzahl erworben- er Geschäftsanteile im Nennbe- trag von je EUR 200,00	Prozentuale Be- teiligung des Gesellschafters am Stammkapital	Anteile in €
PD eigene Anteile	5.685	56,737	1.137.000,00 €
Bund	1.734	17,305	346.800,00 €
Land Baden-Württemberg	100	0,998	20.000,00 €
Land Brandenburg	100	0,998	20.000,00 €
Land Freie Hansestadt Bremen	100	0,998	20.000,00 €
Land Freie Hansestadt Hamburg	100	0,998	20.000,00 €
Land Hessen	100	0,998	20.000,00 €
Land Mecklenburg-Vorpommern	100	0,998	20.000,00 €
Land Niedersachsen	100	0,998	20.000,00 €
Land Nordrhein-Westfalen	100	0,998	20.000,00 €
Land Sachsen-Anhalt	100	0,998	20.000,00 €
Land Schleswig-Holstein	100	0,998	20.000,00 €
Deutscher Landkreistag	1	0,010	200,00 €
Deutscher Städte- und Gemeinde- bund	1	0,010	200,00 €
Deutscher Städtetag	1	0,010	200,00 €
Freie Hansestadt Bremen	25	0,250	5.000,00 €
Stadt Aachen	15	0,150	3.000,00 €
Stadt Bad Hersfeld	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Barsinghausen	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Bergisch Gladbach	15	0,150	3.000,00 €
Stadt Bochum	25	0,250	5.000,00 €
Stadt Brake (Unterweser)	2	0,020	400,00 €
Stadt Braunschweig	15	0,150	3.000,00 €
Stadt Castrop-Rauxel	10	0,100	2.000,00 €
Stadt Dillenburg	5	0,050	1.000,00 €

Gesellschafter Stand 31.12.2021	Anzahl erworben- er Geschäftsanteile im Nennbe- trag von je EUR 200,00	Prozentuale Be- teiligung des Gesellschafters am Stammkapital	Anteile in €
Stadt Dormagen	10	0,100	2.000,00 €
Stadt Duisburg	25	0,250	5.000,00 €
Stadt Ennepetal	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Erkrath	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Frankfurt am Main	25	0,250	5.000,00 €
Stadt Gelnhausen	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Halle (Westf.)	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Hamminkeln	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Heiligenhaus	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Herne	15	0,150	3.000,00 €
Marktgemeinde Holzkirchen	2	0,020	400,00 €
Stadt Hünfeld	2	0,020	400,00 €
Stadt Hürth	10	0,100	2.000,00 €
Stadt Iserlohn	10	0,100	2.000,00 €
Stadt Kamp-Lintfort	5	0,050	1.000,00 €
Samtgemeinde Lachendorf	2	0,020	400,00 €
Stadt Langenfeld	10	0,100	2.000,00 €
Gemeinde Langerwehe	2	0,020	400,00 €
Stadt Lengerich (Westf.)	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Leverkusen	15	0,150	3.000,00 €
Gemeinde Lilienthal	2	0,020	400,00 €
Stadt Lindau	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Lüneburg	10	0,100	2.000,00 €
Gemeinde Marpingen	2	0,020	400,00 €
Stadt Mengen	2	0,020	400,00 €
Gemeinde Merzenich	2	0,020	400,00 €
Stadt Mettmann	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Mönchengladbach	15	0,150	3.000,00 €
Stadt Monheim am Rhein	5	0,050	1.000,00 €
Gemeinde Neubiberg	2	0,020	400,00 €
Gemeinde Nörvenich	2	0,020	400,00 €
Gemeinde Nohfelden	2	0,020	400,00 €
Stadt Nürnberg	25	0,250	5.000,00 €
Stadt Oberhausen	15	0,150	3.000,00 €
Gemeinde Oberthal	2	0,020	400,00 €
Kreisstadt Olpe	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Paderborn	15	0,150	3.000,00 €
Stadt Papenburg	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Pattensen	2	0,020	400,00 €
Stadt Ratingen	10	0,100	2.000,00 €

Gesellschafter Stand 31.12.2021	Anzahl erworben- er Geschäftsanteile im Nennbe- trag von je EUR 200,00	Prozentuale Be- teiligung des Gesellschafters am Stammkapital	Anteile in €
Stadt Recklinghausen	15	0,150	3.000,00 €
Stadt Remscheid	15	0,150	3.000,00 €
Stadt Rheinberg	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Salzgitter	15	0,150	3.000,00 €
Stadt Schwarzenbek	2	0,020	400,00 €
Gemeinde Seeheim-Jugenheim	2	0,020	400,00 €
Stadt Sehnde	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Solingen	15	0,150	3.000,00 €
Stadt Taunusstein	5	0,050	1.000,00 €
Gemeinde Tholey	2	0,020	400,00 €
Stadt Troisdorf	10	0,100	2.000,00 €
Stadt Unna	10	0,100	2.000,00 €
Stadt Waren (Müritz)	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Wessling	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Wittingen	2	0,020	400,00 €
Stadt Wülfrath	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Würselen	5	0,050	1.000,00 €
Stadt Wuppertal	25	0,250	5.000,00 €
Gemeinde Zöllnitz	2	0,020	400,00 €
Burgenlandkreis	15	0,150	3.000,00 €
Landkreis Celle	15	0,150	3.000,00 €
Landkreis Dachau	15	0,150	3.000,00 €
Landkreis Dahme-Spreewald	15	0,150	3.000,00 €
Landkreis Görlitz	15	0,150	3.000,00 €
Kreis Groß-Gerau	15	0,150	3.000,00 €
Kreis Herzogtum Lauenburg	15	0,150	3.000,00 €
Hochsauerlandkreis	15	0,150	3.000,00 €
Landkreis Lichtenfels	10	0,100	2.000,00 €
Main-Taunus-Kreis	15	0,150	3.000,00 €
Kreis Mettmann	25	0,250	5.000,00 €
Landkreis Nienburg/Weser	15	0,150	3.000,00 €
Kreis Ostholstein	15	0,150	3.000,00 €
Kreis Paderborn	25	0,250	5.000,00 €
Landkreis Sigmaringen	15	0,150	3.000,00 €
Landkreis Uckermark	15	0,150	3.000,00 €
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20	0,200	4.000,00 €
Dataport AöR	20	0,200	4.000,00 €
Bundesanstalt für Immobilienaufga- ben AöR	20	0,200	4.000,00 €
Deutsche Gesetzliche Unfallversiche- rung e.V. (DGUV)	20	0,200	4.000,00 €

Gesellschafter Stand 31.12.2021	Anzahl erworben- er Geschäftsanteile im Nennbe- trag von je EUR 200,00	Prozentuale Be- teiligung des Gesellschafters am Stammkapital	Anteile in €
Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20	0,200	4.000,00 €
Sächsische Aufbaubank - Förderbank - AöR	20	0,200	4.000,00 €
FITKO (Föderale IT-Kooperation)	20	0,200	4.000,00 €
Anstalt für kommunale Datenverarbei- tung in Bayern (AKDB)	20	0,200	4.000,00 €
Zweckverband der Berufsbildenen Schulen Opladen	20	0,200	4.000,00 €
Universität Bonn	20	0,200	4.000,00 €
Westfälische Hochschule	20	0,200	4.000,00 €
Beteiligungsverein "Forschung und Medizin"	200	1,996	40.000,00 €
Republik Zypern	100	0,998	20.000,00 €
Leibnitz Institut für Bildungsverläufe e.V.	20	0,200	4.000,00 €
regio iT gesellschaft für informations- technologie mbH	20	0,200	4.000,00 €
BBB Infrastruktur GmbH und Co. KG	20	0,200	4.000,00 €
Wissenschaftszentrum Berlin für So- zialforschung gGmbH	20	0,200	4.000,00 €
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	10	0,100	2.000,00 €
PD-Beteiligungsverein Kommunale Großkrankenhäuser e.V.	160	1,597	32.000,00 €
gesamt	10.020	100,000	2.004.000,00 €
Datum der Gründung	30.08.2016		
aktueller Gesellschaftsvertrag	11.05.2021		
Gegenstand des Unternehmens	<p>Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.</p> <p>Die Interessen des Mittelstandes sind bei der Arbeit der Gesellschaft zu berücksichtigen und zu fördern.</p> <p>Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu dienen. Die Gesellschaft darf keine Finanzkredite gewähren und keine Finanzkredite aufnehmen, wenn durch die Aufnahme des Finanzkredits die Kreditverbindlichkeiten der Gesellschaft insgesamt den Betrag von € 2.000.000 übersteigen, sowie keine Bürgschaften, Garantien, Patronatserklärungen oder ähnliche Haftungen übernehmen</p> <p>Die Gewährung von Krediten und Bürgschaften des Unternehmens an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans und an Beschäftigte der Gesellschaft sowie ihre Angehörigen ist nicht zulässig..</p>		

Öffentlicher Zweck	Der Landkreis ist gemäß § 122 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) verpflichtet, die wirtschaftliche Entwicklung seines Gebietes zu fördern. Mit Beschluss des Kreistages Nr. 2017/112 vom 18.10.2017 und Bewilligung des Ministerium des Innern und Kommunales gemäß Schreiben vom 18.05.2018/13.07.2018 wurde die Erfüllung des öffentlichen Zwecks gemäß den Voraussetzungen über die wirtschaftliche Betätigung nach § 91 BbgKVerf bestätigt.	
Beschäftigte	Insgesamt (durchschnittlich): 521 davon: Geschäftsführer 2 Beschäftigte Mitarbeiter 519	
Organe der Gesellschaft	<u>Geschäftsführung:</u> <u>Gesellschafterversammlung:</u> <u>Vertreter LDS</u> <u>Stellvertreter LDS</u> <u>Aufsichtsrat:</u> <u>Vertreter LDS</u>	Stéphane Beemelmans Claus Wechselmann Herr Stefan Klein (Kämmerer, dauerhaft betraut) Frau Kathleen Wyrsh (-23-, Mitarbeiterin Amt für Wirtschaft und Tourismus) kein AR-Mandat gem. 3.6 Pkt. Gesellschaftervereinbarung

Bilanz der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Bilanz zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
Aktiva				
A.	Anlagevermögen	2.645.568	2.219.647	1.645.499
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	621.386	539.822	357.231
II.	Sachanlagen	2.024.182	1.679.825	1.288.268
1.	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.024.182	1.679.825	1.288.268
III.	Finanzanlagen	0	0	0
B.	Umlaufvermögen	42.955.031	31.970.530	26.679.835
I.	Vorräte	6.185.827	5.848.143	4.439.350
1.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	6.185.827	5.848.143	4.439.350
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.468.834	11.033.155	11.175.026
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.400.387	9.939.453	10.177.406
2.	Sonstige Vermögensgegenstände	2.068.447	1.093.702	997.620
III.	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten u. Schecks	23.300.369	15.089.231	11.065.459
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	440.066	567.433	720.549
	Bilanzsumme	46.040.665	34.757.610	29.045.882
Passiva				
A.	Eigenkapital	31.801.702	20.235.195	13.932.257
I.	Ausgegebenes Kapital	2.004.000	2.004.000	2.004.000
1.	Stammkapital	2.004.000	2.004.000	2.004.000
2.	Nennbetrag eigene Anteile	-1.137.000	0	0
II.	Kapitalrücklage	3.608.073	3.608.073	3.608.073
III.	Gewinnrücklagen	14.623.122	8.320.185	5.421.920
IV.	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	12.703.507	6.302.937	2.898.265
B.	Rückstellungen	7.763.179	8.134.063	4.567.319
1.	Steuerrückstellungen	1.288.344	2.617.000	150.857
2.	Sonstige Rückstellungen	6.474.835	5.517.063	4.416.462
C.	Verbindlichkeiten	6.475.784	6.388.352	10.546.306
1.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.095.052	2.787.864	3.715.982
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.949.910	1.310.473	5.816.601
3.	Sonstige Verbindlichkeiten	3.430.823	2.290.015	1.013.723
D.	Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
	Bilanzsumme	46.040.665	34.757.610	29.045.882

Erläuterungen zu Positionen der Bilanz

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Vermögen der Gesellschaft um ca. 33 % auf 46.041 TEUR (Vj. 34.758 TEUR).

Zum Bilanzstichtag verfügte die Gesellschaft über Anlagevermögen im Wert von 2.646 TEUR (Vj. 2.220 TEUR). Mit Inbetriebnahme von zwei weiteren Bürostandorten in Nürnberg und Wiesbaden erfolgten Investitionen in die Büroausstattung und in das EDV-Equipment. Das Anlagevermögen erhöhte sich somit um ca. 19 %.

Die im Berichtsjahr abermals gesteigerte Geschäftstätigkeit der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH spiegelte sich auch im Umlaufvermögen wieder. Dementsprechend erhöhten sich die unfertigen Leistungen (noch nicht abgeschlossene Beratungsaufträge) um 6 % auf 6.186 TEUR (Vj. 5.848 TEUR).

In diesem Zusammenhang stiegen auch die gesamten Forderungen auf 13.449 TEUR (Vj. 11.033 TEUR) an. Darin enthalten sind Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 11.400 TEUR (Vj. 9.939 TEUR), die Forderungen aus erbrachten Beratungsleistungen gegenüber Gesellschaftern (7.603 TEUR) betreffen. Sämtliche Forderungen sind innerhalb eines Jahres fällig.

Die sonstigen Vermögensgegenstände (2.068 TEUR) beinhalten überwiegend die gezahlten Mietkautionen für die Geschäftsräume in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Wiesbaden und Nürnberg (1.762 TEUR).

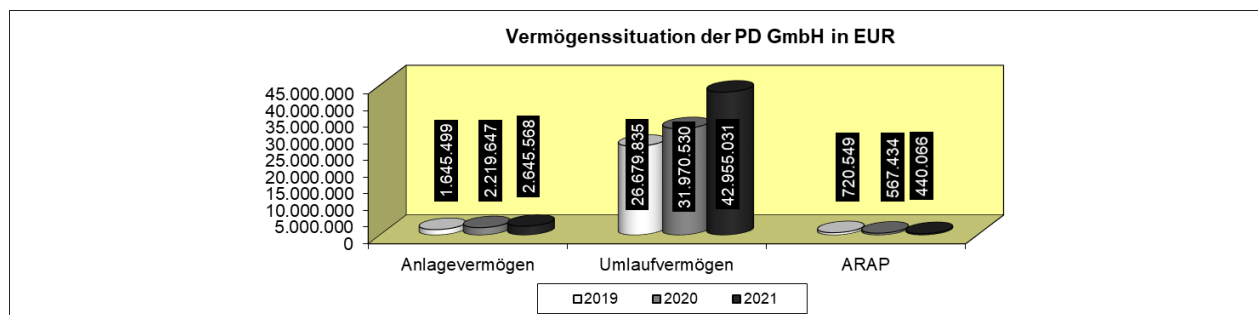
Der Kassenbestand erhöhte sich deutlich um ca. 54 % auf 23.300 TEUR (Vj. 15.089 TEUR). Die Liquidität 1.Grades betrug ca. 164 % (Vj. 104 %) und ist damit gesichert.

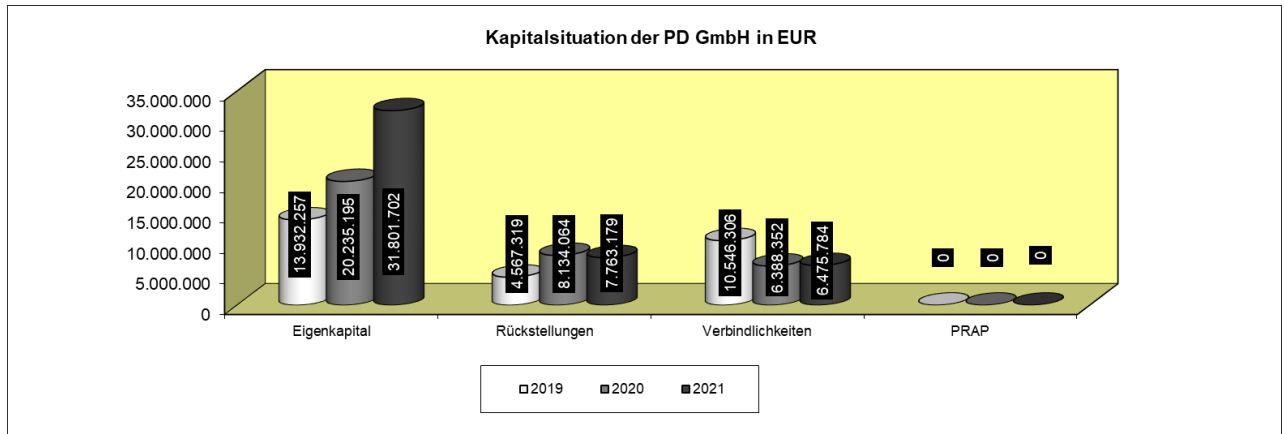
Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (440 TEUR) waren im Wesentlichen Aufwendungen für die Haftpflichtversicherung, IT-Dienstleistungen, Mietvorauszahlungen sowie Aufwendungen für eine Unfallversicherung enthalten.

Das Eigenkapital der Gesellschaft belief sich zum Bilanzstichtag auf 31.802 TEUR (Vj. 20.235 TEUR). Dies stellt eine Erhöhung um 57 % gegenüber dem Vorjahr dar. Bei der Darstellung des Eigenkapitals wurde berücksichtigt, dass die Gesellschaft einerseits eigene Anteile in Höhe von 1.137 TEUR erworben hatte und andererseits der Jahresüberschuss für 2020 der Gewinnrücklage zugeführt wurde. Infolge dessen erhöhte sich die Gewinnrücklage um 76 % auf 14.623 TEUR (Vj. 8.320 TEUR). Damit stieg die Eigenkapitalquote auf 69,1 % (Vj. 58,2 %).

Die gesamten Rückstellungen, bestehend aus Steuerrückstellungen und Sonstigen Rückstellungen in Höhe von 7.763 TEUR (Vj. 8.134 TEUR) reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr. Durch die Auflösung von Steuerrückstellungen reduziertes sich diese auf 1.288 TEUR (Vj. 2.617 TEUR). Währenddessen erhöhten sich die Sonstigen Rückstellungen auf 6.475 TEUR (Vj. 5.517 TEUR) insbesondere durch die erhöhte Bildung von Rückstellungen für Tantiemen und Rückstellungen für sonstige Personalkosten.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von 6.476 TEUR (Vj. 6.388 TEUR) erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht und sind kurzfristiger Natur. Trotz deutlichem Mitarbeiterzuwachs auf 519 (Vj. 355) waren externe Dienstleister zur Erfüllung der Beraterleistungen erforderlich. Infolge dessen bestanden Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen für dessen Beauftragung in Höhe von 1.950 TEUR (Vj. 1.310 TEUR).





Gewinn- und Verlustrechnung der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung zum		31.12.2021 in EUR	31.12.2020 in EUR	31.12.2019 in EUR
1.	Umsatzerlöse	93.702.161	63.451.663	52.449.834
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen	337.684	1.408.793	2.127.975
3.	sonstige betriebliche Erträge	50.356	148.142	475.285
4.	Materialaufwand	-20.870.666	-16.788.070	-23.105.221
5.	Personalaufwand	-42.457.973	-29.747.772	-20.163.128
	a) Löhne und Gehälter	-36.726.754	-25.918.167	-17.640.623
	b) Soziale Abgaben und Aufw. für Altersversorgung und Unterstützung	-5.731.220	-3.829.605	-2.522.505
6.	Abschreibungen	-1.216.061	-749.433	-554.792
	a) Abschreibungen auf imm.VG und Sachanlagen	-1.216.061	-749.433	-554.792
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.272.297	-8.389.541	-7.016.083
8.	Ordentliches Betriebsergebnis	18.273.204	9.333.782	4.213.870
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1.102
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-73.559	-15.165	-993
11.	Finanzergebnis	-73.559	-15.165	108
13.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-5.495.679	-3.015.158	-1.315.126
12.	Ergebnis nach Steuern	12.703.966	6.303.459	2.898.852
14.	Sonstige Steuern	-459	-521	-588
15.	Jahresergebnis	12.703.507	6.302.938	2.898.264

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse beliefen sich im Berichtsjahr auf 93.702 TEUR (Vj. 63.452 TEUR) und lagen damit um 48 % über dem Vorjahreswert. Die Bestandsveränderungen in Höhe von 338 TEUR (Vj. 1.409 TEUR) betrafen Erträge aus noch nicht vollständig erbrachten Beratungsleistungen. Durch die Ausweitung der Beratertätigkeit war ein Anstieg der Gesamtleistung um 45 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (94.040 TEUR; Vj. 64.860 TEUR).

Sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 50 TEUR (Vj. 148 TEUR) beinhalten im Wesentlichen periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 36 TEUR.

Aufgrund der im Geschäftsjahr erneuten Ausweitung der Beraterleistungen erhöhten sich trotz Personalaufbau die Aufwendungen für bezogene Leistungen auf 20.871 TEUR (Vj. 16.788 TEUR). Gleichwohl war gemessen am Betriebsergebnis ein unterproportionaler Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen festzustellen. Dies entspricht der Strategie der PD, bezogene Leistungen, zunehmend durch Leistungen eigener Mitarbeiter zu ersetzen.

Basierend auf der Neueinstellung von durchschnittlich 164 Mitarbeitern erhöhte sich der Personalaufwand auf 42.458 TEUR (Vj. 29.748 TEUR). Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 519 (Vj. 355) Arbeitnehmer bei der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH beschäftigt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen auf 11.272 TEUR (Vj. 8.390 TEUR). Aufgrund der Coronapandemie wurden geplante Aufwendungen vor allem für Mieten, Fortbildung und Reisen eingespart.

Die Abschreibungen in Höhe von 1.216 TEUR (Vj. 749 TEUR) betrafen planmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 12.704 TEUR (Vj. 6.303 TEUR) ab. Der Jahresüberschuss ist damit um 6.401 TEUR höher als im Wirtschaftsjahr 2020. Die Geschäftsführung schlug vor, den Jahresüberschuss 2021 in Höhe von 4.000 TEUR an die Gesellschafter auszuschütten und den übrigen Betrag in Höhe von 8.704 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Analysedaten

Da es sich um ein Dienstleistungsunternehmen ohne eigene Objekte handelt, zeigt sich eine charakteristische niedrige Anlagenintensität von 6 %.

Die Finanzierung des Anlagevermögens, gemessen am Eigenkapital in Form der Anlagendeckung, ist mit 1.202 % sichergestellt.

Mit einer Eigenkapitalquote in Höhe von 69 % weist die Gesellschaft weiterhin eine sehr solide Kapitalausstattung aus. Die Eigenkapitalrentabilität konnte auf 40 % gesteigert werden und liegt damit über dem Niveau von 2020.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Liquidität 3. Grades in Höhe von 302 % bestätigt dies. Die positive Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr spiegelt sich auch im erneut gestiegenen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 8.211 TEUR (Vj. 5.352 TEUR) wieder.

Gemessen an der Gesamtleistung (94.040 TEUR) war eine unterproportionale Entwicklung der Personalaufwendungen zu verzeichnen, so dass die Personalaufwandsquote im Vergleich zum Vorjahr um 1 %-Punkte auf 45 % gesunken ist. Im Berichtsjahr wurden 164 neue Mitarbeiter eingestellt. Externe Beratungsleistungen, die zur Erfüllung der Beratungsverträge erforderlich waren, sind nicht in den Personalaufwendungen enthalten.

Kennzahl	2021	2020	2019
Vermögens- und Kapitalstruktur			
Anlagenintensität	6%	6 %	6 %
Eigenkapitalquote	69%	58 %	48 %
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 TEUR	0 TEUR	0 TEUR
Finanzierung und Liquidität			
Anlagendeckung II	1.202%	912 %	847 %
Zinsaufwandsquote	0%	0 %	0 %
Liquidität 3. Grades	302%	220 %	176 %
Cashflow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	8.211 TEUR	5.352 TEUR	3.453 TEUR
Rentabilität und Geschäftserfolg			
Eigenkapitalrentabilität	40%	31 %	21 %
Gesamtkapitalrentabilität	28%	18 %	10 %
Umsatz	93.702 TEUR	63.452 TEUR	52.450 TEUR
Gesamtleistung	94.040 TEUR	64.860 TEUR	54.578 TEUR
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	12.703 TEUR	6.303 TEUR	2.898 TEUR
Personalbestand			
Personalaufwandsquote (im Verhältnis zur Gesamtleistung)	45%	46 %	37 %
Anzahl der Mitarbeiter (durchschnittlich)	519	355	256

Geschäftsverlauf 2021

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH schloss das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 12.704 TEUR ab und realisierte damit eine Planüberschreitung von ca. 5.144 TEUR. Das Geschäftsjahr 2021 kann daher als sehr erfolgreich bewertet werden. Im Vergleich zum Vorjahr lag eine Ergebnisverbesserung von ca. 6.401 TEUR vor.

In den beiden Kernbereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung und Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung gelang es der Gesellschaft ihre Präsenz und Beratung für ihre Gesellschafter weiter auszubauen. Die in 2018 und 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich weiter positiv. Neben den etablierten Betriebsstätten und der bereits in 2020 eröffneten Hamburger Außenstelle kamen mit Wiesbaden und Nürnberg in 2021 zwei weitere Betriebsstandorte dazu.

Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wird bewusst auf Regionalisierung der Beratungsangebote und Zukunftsthemen wie nachhaltiges Bauen und Betreiben, die Digitalisierung des Bauwesens oder auch die Exploration von innovativen/beschleunigten Verfahrenswegen des Bauens gesetzt. Weitere wichtige Aktionsbereiche sind der Wohnungsbau und die Ausdifferenzierung der Beratungstätigkeiten für den künftigen Marktbereich Umwelt.

Die Steigerung der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater zurückzuführen. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen abgeschlossenen Beratungsprojekten wuchs das Auftragsvolumen mit Hauptkunden weiter. Zudem gelang es, den Kundenstamm im kommunalen Bereich weiter auszubauen. Mit Steigerung der Gesamtleistung stiegen auch die Gesamtaufwendungen, insbesondere die Personalaufwendungen durch den überplanmäßigen Personalaufbau aufgrund der hohen Nachfrage an Beratungsleistungen.

Mit Anstieg der Gesamtleistung erhöhten sich die betrieblichen Aufwendungen insbesondere die Mietkosten aufgrund neuer Bürostandorte in Wiesbaden und Nürnberg sowie für zusätzliche Büroflächen in Berlin.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung und operativem Jahresergebnis deutlich übertroffen. Damit einhergehend waren gegenüber der Prognose weiterhin hohe Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen sowie überplanmäßige Personalaufwendungen durch den starken Anstieg des Personalkörpers zu verzeichnen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen in der Berichtsperiode gegenüber der Vorjahresprognose wegen hoher Personalbeschaffungskosten und bezogenen Leistungen durch externe Dienstleister.

Weiterhin hatte die anhaltende Corona-Pandemie Auswirkungen auf die betrieblichen Abläufe. Daraus resultieren auch im Berichtsjahr Verschiebungen der betrieblichen Aufwendungen. Während die Weiterbildungsmaßnahmen größtenteils digital stattfanden und die Reiseintensität auf das Nötigste beschränkt wurde, blieb die Homeoffice-Tätigkeit der PD-Mitarbeitenden konstant hoch. Dies führte zu relativ gesunkenen betrieblichen Aufwendungen für Mieten, Weiterbildung, Reisekosten und Büromaterial.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2021 zu jedem Zeitpunkt sichergestellt. Die Gesellschaft verfügte zum Ende des Jahres 2021 über direkte Geldmittel in Höhe von 23,3 Mio. EUR. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten keine Anlagen in Termin- oder Tagesgeldern. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rund 8,2 Mio. EUR angestiegen, insbesondere durch den sehr guten Jahresüberschuss und den Verzicht auf die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2020.

Voraussichtliche Entwicklung, Chancen und Risiken

Die Gesellschaft sieht Wachstumspotenziale in der Vertiefung der Wertschöpfung in den Kernbereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung und Bau/Infrastruktur/Kommunalberatung. Des Weiteren sollen die Beratungskompetenzen in den Bereichen Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen weiter ausgebaut werden.

Der Fokus liegt u.a. auf der Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei strategisch wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten. Im Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen sowie Beratungsleistungen bei der Ausstattung mit innovativer Medizintechnik – gekoppelt mit Partnerschaftsmodellen - im Mittelpunkt. Ein weiterer Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur zunehmend an Bedeutung für die Haushaltsplanung der öffentlichen Hand gewinnt.

Neue Wachstumschancen werden im Ausbau der Geschäftstätigkeiten in den Aufgabenfeldern Umwelt und Wohnungsbau gesehen, die in 2022 als eigenständige Marktbereiche etabliert werden. Für 2022 ist zunächst die Eröffnung eines Büros in München geplant, um hier Büroarbeitsplätze für eine begrenzte Anzahl an Mitarbeitenden in Kundennähe zu schaffen.

Für das Jahr 2022 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Wirtschaftsplan geht von einer Steigerung der Eigenleistung von 20 % aus. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau in 2021 zum Tragen. Das operative Ergebnis für 2022 wird jedoch deutlich niedriger als 2021 ausfallen. Dies wird mit den Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, der Personalentwicklung sowie der damit einhergehenden Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen begründet. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren aus den notwendigen Standortvergrößerungen, die Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Standortinvestitionen.

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH verfügt über ein softwaregestütztes Risikomanagementsystem. Im Fokus der Risikoerkennung und Analyse stehen insbesondere die Projektplanung, Projektsteuerung und –überwachung. Innerhalb des Controllings erfolgt eine unterjährige Berichterstattung zur Unternehmensentwicklung bezogen auf die Erreichbarkeit der Jahres- und mittelfristigen Unternehmensplanung sowie damit zusammenhängende Markteinflüsse. Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Die Gesamtrisikosituation der Gesellschaft ist im Berichtsjahr als stabil einzustufen.

Die Coronakrise führte bedingt durch die bundesweiten Schutzmaßnahmen ab März 2020 zu Auswirkungen auf den operativen Geschäftsablauf bei der PD, welche aber weitestgehend durch digitale Kommunikationsmittel und Homeoffice kompensiert werden konnten. Kundenprojekte wurden mit nur geringen Einschränkungen weiterbearbeitet. Negative Auswirkungen auf die Liquidität des Unternehmens ist in Bezug auf die Kundenstruktur derzeit nicht zu erkennen. Gleichwohl muss die Lage bzgl. der kommunalen Gesellschafter weiter beobachtet werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald

Der Landkreis erwarb zum 20.02.2018 15 Geschäftsanteile zum reduzierten Nominalpreis in Höhe von 100 EUR/Geschäftsanteil vom Bund, Gesellschafter der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH. Aufgrund der gewählten Variante des Anteilerwerbs verzichtet der Landkreis auf einen Gewinnbezug, Rücklagen, Ansprüche aus Liquidationserlösen u.ä., trägt aber auch kein finanzielles Risiko. Geschäftsanteile könnten verlustfrei an den Bund rückübertragen werden.

	Wirtschaftsjahr	Wert in TEUR
Kapitalzuführungen	2021	0
	2020	0
	2019	1.500
Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche	2021	0
	2020	0
	2019	0
Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen (Kommunalbürgschaften)	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine
Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises unmittelbar beziehungsweise mittelbar auswirken können	2021	keine
	2020	keine
	2019	keine

Weitere Leistungs- und Finanzbeziehungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald wie Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche sowie gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen bestehen nicht.

Konsolidierung

Im Gesamtabchluss des Landkreises erfolgt eine Konsolidierung der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH zu Anschaffungskosten.

Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts

Zweckverbände

Die Jahresabschlussdaten von Zweckverbänden werden im Beteiligungsbericht nicht zwingend erfasst (vgl. § 61 KomHKV). Der Landkreis Dahme-Spreewald ist in folgenden Zweckverbänden Mitglied:

- Kommunaler Abfallzweckverband „Niederlausitz“ (KAEV)
- Südbrandenburgischer Abfallzweckverband (SBAZV)
- Zweckverband Niederlausitzer Studieninstitut (NLSI),
- Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA),
- Zweckverband für die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam.

Die nachfolgenden Zweckverbände KAEV und SBAZV zählen jedoch zum Konsolidierungskreis des Landkreises Dahme-Spreewald. Daher soll ein kurzer Einblick in diese Zweckverbände gegeben werden.

Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ (KAEV)

Frankfurter Straße 45
15907 Lübben (Spreewald)
Tel.: +49 (0) 3546 - 27 04 11
Fax: +49 (0) 3546 - 27 04 44
E-Mail: info@kaev.de
www.kaev.de



Der KAEV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für Teile des Landkreises Dahme-Spreewald und Teile des Landkreises Oberspreewald-Lausitz. Verbandsmitglieder sind somit die Landkreise Dahme-Spreewald und Oberspreewald-Lausitz.

Die Gründung erfolgte am 02.10.1991.

Die Organe des Zweckverbandes sind die Versammlung, der Vorstand und der Vorstandsvorsitzende.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Verbandsmitglieder Stimmverteilung:

Landkreis Dahme-Spreewald	50 %
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	50 %

Dem Kommunalen Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“ obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der KAEV ist Eigentümer, Betreiber und Inhaber der Siedlungsabfalldeponien Lübben-Ratsvorwerk Deponieabschnitt I und Deponieabschnitt II, Göritz (bei Vetschau), Luckau-Wittmannsdorf sowie Bergen (Stadt Luckau) und ist verantwortlich für deren Sicherung, Rekultivierung und Nachsorge. Die Anlage zur mechanisch-biologischen Aufbereitung von Hausmüll und Erzeugung von Ersatzbrennstoff (MBV/EBS-Anlage) am Standort des Entsorgungszentrums in Lübben-Ratsvorwerk musste aufgrund eines Brandereignisses am 07.04.2020 den Betrieb früher als geplant einstellen. Die Absteuerung der Restabfälle war zu jeder Zeit abgesichert. Die Regulierung der schadensbedingten Entsorgungsmehrkosten durch die Versicherung erfolgte.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2021 auf 29.519 TEUR. Es wurde ein Jahresgewinn in Höhe von 29 TEUR ausgewiesen.

Südbrandenburgischer Abfallzweckverband

Teltowkehre 20
 14974 Ludwigsfelde
 Tel.: +49 (0) 3378 / 51 80 0
 Fax: +49 (0) 3378 / 51 80 101
 E-Mail: verband@sbazv.de
 www.sbazv.de



Der SBAZV ist der öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger für den Landkreis Teltow Fläming und Teile des Landkreises Dahme-Spreewald (Amt Schenkenländchen sowie die amtsfreien Gemeinden Bestensee, Eichwalde, Heidesee, Schönefeld, Schulzendorf, Zeuthen und die Städte Königs Wusterhausen, Wildau und Mittenwalde).

Die Gründung erfolgte am 27.08.1993.

Die Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verbandsvorstand und der Verbandsvorsteher.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Verbandsmitglieder Stimmenverteilung

Landkreis Dahme - Spreewald	7 (41 %)
Landkreis Teltow-Fläming	10 (59 %)

Dem SBAZV obliegen die Aufgaben der Abfallwirtschaft gemäß deren Gesetzmäßigkeiten.

Der SBAZV ist Inhaber von 5 Deponien (Deponie "Frankenfelder Berg" in Luckenwalde, Deponie Senzig, Deponie Horstfelde, Deponie "Markendorfer Chaussee" bei Jüterbog und Deponie Oehna), die nicht mehr zur Annahme von Abfällen genutzt werden. Es besteht für die geschlossenen Deponien eine langfristige Nachsorge und Sicherungspflicht. Die REST Regionale Entsorgungsservice und Transport GmbH, eine 100 %ige Tochter des SBAZV, übernimmt u. a. die Aufgabe der Nachfolgenutzung der Deponien.

Neben der haushaltsnahen Abfallsammlung im Holsystem erfolgt die Abfallannahme im Bringsystem über die 3 Recyclinghöfe des SBAZV an den Standorten in Luckenwalde, Niederlehme und Ludwigsfelde.

Gemeinsam mit der Heidelberger Sand und Kies GmbH hat der SBAZV die gemischtwirtschaftliche Gesellschaft terravas GmbH gegründet. Gegenstand der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb einer Deponie zur Entsorgung von Abfällen der Deponieklasse I.

Der SBAZV ist Mitglied im Zweckverband Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB), dessen Aufgaben der Bau und der Betrieb einer Restabfallbehandlungsanlage sowie die Abfallaufbereitung zur weiteren Verwertung bzw. Beseitigung sind.

Die Bilanzsumme belief sich zum 31.12.2021 auf 70.349 TEUR. Es wurde ein Jahresergebnis in Höhe von 256 TEUR erwirtschaftet.

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald

Regionale Planungsstelle
 Gulbener Straße 24
 03046 Cottbus
 Tel.: +49 (0) 3555 / 49 49 24 10
 Fax: +49 (0) 3555 / 49 49 24 18
 E-Mail: poststelle@rpgls.brandenburg.de
www.region-lausitz-spreewald.de



Die Regionale Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Wirkungskreis der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz Spreewald erstreckt sich auf das Gebiet der kreisfreien Stadt Cottbus und der Landkreise Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster.

Die Organe der Regionalen Planungsgemeinschaft sind die Regionalversammlung und der Regionalvorstand.

Seit dem Jahr 2000 wird eine Umlage auf der Basis der Einwohnerzahlen erhoben. Der Anteil des Landkreises beträgt ca. 15 TEUR. Die Stimmenverteilung in der Regionalversammlung richtet sich ebenfalls nach der Einwohnerzahl zum Stand der Kommunalwahl.

Folgendes Beteiligungsverhältnis besteht:

Mitglieder	Stimmenverteilung
Stadt Cottbus	5
Landkreis Dahme-Spreewald	9
Landkreis Elbe-Elster	6
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	7
Landkreis Spree-Neiße	7
Vertreter Braunkohlenausschuss	1

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AKKW	Achenbach- Krankenhaus Königs Wusterhausen
ARAP	Aktive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
ARGE CNB	Arbeitsgemeinschaft Center Nahverkehr Berlin
AV	Anlagevermögen
BADC	Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BER	Flughafen Berlin Brandenburg
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
DESY	Deutsches Elektronen Syntrotron
DMBILG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutsche Mark und die Kapitalneufestsetzung
DRG	Diagnosis Related Groups; Klassifikationssystem für ein pauschaliertes Abrechnungsverfahren mit den Krankenhausfällen (Patienten)
DRS 21	Deutscher Rechnungslegungsstandard 21 zur Kapitalflussrechnung
EAV	Ergebnisabführungsvertrag
EFRE	Europäischer Fond für regionale Entwicklung
EK-Charakter	Eigenkapitalcharakter
EK-Quote	Eigenkapitalquote
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
FTTB	Fibre to the Building
FTTH	Fibre to the Home
GF	Geschäftsführer
GKV	Spitzenverband Bund der Krankenkassen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HNO	Hals-Nasen-Ohren
IAP	Institut für Angewandte Polymerforschung
i.d.R.	in der Regel
i. H. v.	in Höhe von
ILB	Investitionsbank des Landes Brandenburg
imm.	immaterielle
I.N.A.	Internationale Naturausstellung Lieberoser Heide GmbH
INKOF	Interkommunaler Flächenpool
i.S.d.	im Sinne des
IT	Informationstechnik
KAEV	Kommunaler Abfallentsorgungsverband „Niederlausitz“
KAG DF	Kommunale Arbeitsgemeinschaft Dialogforum
KISA	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
KDS	Klinikum Dahme-Spreewald GmbH
KDSD	Klinikum Dahme-Spreewald Dienstleistungsgesellschaft mbH
KDSR	Klinikum Dahme-Spreewald Reinigungsgesellschaft mbH
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KHBV	Verordnung über die Rechnungs- und Buchführungspflichten von Krankenhäusern
KHG	Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze
KomHKV	Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung
KW	Königs Wusterhausen
LEADER	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale, EU-Förderprogramm zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
LDS	Landkreis Dahme-Spreewald
LEP FS	Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung vom 16.06.2006

LK	Landkreis
LKGBbg	Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg
LOS	Landkreis Oder-Spree
MAWV	Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband
mbH	mit beschränkter Haftung
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenversicherung
MORO	Modellvorhaben der Raumordnung
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Achenbach-Krankenhaus GmbH
NSF	Naturschutzfonds
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖV- Netz	Öffentliches Verkehrsnetz
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PD	Berater der öffentlichen Hand GmbH
PRAP	Passive(r) Rechnungsabgrenzungsposten
QM-System	Qualitätsmanagementsystem
RIK	Regionales Investitionskonzept Lausitz
RVS	Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
SAB	Sächsische Aufbaubank
SBAZV	Südbrandenburgischer Abfallzweckverband
SoPo	Sonderposten
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
stellver.	stellvertretende
SWKL	Spreewaldklinik Lübben
TAZV	Trink- und Abwasserzweckverband Luckau
TF	Teltow-Fläming
TGZ	Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH
TH Wildau	Technische Hochschule Wildau
TKW	Teltower Kreiswerke GmbH
u.a.	und andere
u. ä.	und ähnliches
UStG	Umsatzsteuergesetz
VBB	Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH
Vj.	Vorjahr
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH
Wgkm	Wagenkilometer
WRL	Wirtschaftsregion Lausitz GmbH
WSC	Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft
ZLR	Zentrum für Luft- und Raumfahrt
ZFZ	Zentrum für Zukunftstechnologien
ZWL	Zukunftswerkstatt Lausitz

Vertreter des Landkreises in den wirtschaftlichen Unternehmen

Gesellschaft	Vertreter bis 14.12.2022	Vertreter ab 15.12.2022
---------------------	-------------------------------------	------------------------------------

Regionale Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Landrat Stephan Loge Benjamin Kaiser Beate Burgschweiger Lothar Treder-Schmidt Ilka Gelhaar-Heider Lutz Krause	Landrat Stephan Loge Denis Gottwald Beate Burgschweiger Lothar Treder-Schmidt Lutz Krause Ute Fuchs
<i>Gesellschafterversammlung (Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Michael Wolter Michael Reimann Sabine Freund Monika von der Lippe Frank Selbitz	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Michael Wolter Michael Reimann Ilka Gelhaar-Heider Veronika Birnack Vincent Fuchs

Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter) (Stellvertreter)</i>	Stefan Klein (Dez. I) Christian Jank (-23-)	Stefan Klein (Dez. I) Christian Jank (-23-)
<i>Aufsichtsrat</i>	Landrat Stephan Loge	Landrat Stephan Loge
<i>Beirat der Gesellschaft (Vertreter) (Stellvertreter)</i>	Christian Jank (-23-) Katrin Lehmann (-23-)	Christian Jank (-23-) Katrin Lehmann (-23-)

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Landrat Stephan Loge Beate Burgschweiger Andrea Weigt Norbert Schmidt Claudia Mollenschott	Landrat Stephan Loge Beate Burgschweiger Andrea Weigt Norbert Schmidt Andreas Lück
<i>Gesellschafterversammlung (Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Michael Reimann Andrea Lübcke Peter Dittrich Anne Müller	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Michael Reimann Sabine Freund Peter Dittrich Anne Müller Jan Schenk

Gesellschaft	Vertreter bis 14.12.2022	Vertreter ab 15.12.2022
---------------------	-------------------------------------	------------------------------------

Technologie- und Gründerzentrum Wildau GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Landrat Stephan Loge Peter Dittrich Beate Burgschweiger Claudia Mollenschott Martin Kronacher	Landrat Stephan Loge Peter Dittrich Beate Burgschweiger Claudia Mollenschott Andrea Weigt
--	---	---

<i>Gesellschafterversammlung (Stellvertreter)</i>	gem. § 97 BbgKVerf. Norbert Schmidt Michael Reimann Anne Müller N.N.	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf Norbert Schmidt Michael Reimann Anne Müller Sabine Freund
---	--	--

Wirtschaftsregion Lausitz GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Heike Zettwitz	Heike Zettwitz
<i>(Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf

<i>Aufsichtsrat</i>	Stefan Klein	Stefan Klein
---------------------	--------------	--------------

Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Heike Zettwitz	Heike Zettwitz
<i>(Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf	Dr. Matthias Städter

I.N.A. Lieberoser Heide GmbH / /Naturwelt Lieberoser Heide GmbH

<i>Gesellschafterversammlung (Vertreter)</i>	Heike Zettwitz	Heike Zettwitz
<i>(Stellvertreter)</i>	§ 97 Abs. 1 BbgKVerf	Stefan Klein

Gesellschaft	Vertreter bis 14.12.2022	Vertreter ab 15.12.2022
---------------------	-------------------------------------	------------------------------------

Klinikum Dahme-Spreewald GmbH

Gesellschafterversammlung

(Vertreter LDS)

Stefan Klein

Stefan Klein

(Stellvertreter LDS)

Landrat Stephan Loge

Landrat Stephan Loge

Gesellschafterversammlung

(Vertreter Sana Kliniken AG)

Dr. Jens Schick

Dr. Jens Schick

Aufsichtsrat

(Vertreter LDS)

bis 14.12.2021

Landrat Stephan Loge

Landrat Stephan Loge

Rico Kerstan

Dr. Lutz Franzke

Ludwig Scheetz

Stefan Ludwig

ab 15.12.2021

Stefan Ludwig

Dirk Thomas Wagner

Andreas Lück

Aufsichtsrat

(Vertreter Sana Kliniken AG)

Dr. Jens Schick

Dr. Jens Schick

Sadik Tastan

Sadik Tastan

Dr. Christian von Klitzing

Dr. Christian von Klitzing

Jean Franke

Jean Franke

Aufsichtsrat

(Arbeitnehmervertreter)

Dr. Henrik Naumburger

Dr. Henrik Naumburger

Beatrice Kliefoth

Beatrice Kliefoth

Sandra Eberwein

Sandra Eberwein

Dr. Katrin Müller-Schmehl

Dr. Katrin Müller-Schmehl

PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Gesellschafterversammlung

(Vertreter LDS)

Stefan Klein

Stefan Klein

(Stellvertreter)

Kathleen Wyrsh

Kathleen Wyrsh

Aufsichtsrat

kein AR-Mandat gem. 3.6. Gesellschaftervereinbarung